prodomo

zeitschrift in eigener sache

Nummer 2 - Februar 2006 € 4

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Die "Cicero-Affäre"
Ein Präventivschlag an der deutschen Heimatfront

Der Muslim-Test
Oder das zwangsläufige Scheitern einer notwendigen Intervention

Die Erfindung des "Kapitalismus"
Hundert Jahre deutscher Antikapitalismus

Radical Münte
Antipolitik ist die Negation der Politik, nicht deren Kritik

Die Klinsmanndeutschen
Ein "amerikanisierter" Bundestrainer und die Last der Vergangenheit

Inhalt

Editorial: In eigener Sache ..... Seite 4

WALTER FELIX: Die „Cicero-Affäre“
Ein Präventivschlag an der deutschen Heimatfront ..... Seite 5

THOMAS BECKER: Hochmut kommt vor dem Fall
Das Scheitern des Bashar al-Assad ..... Seite 10

BASTIAN ASSION: Peretz Israel?
Israel hat die Wahl ..... Seite 14

HORST PANKOW: Der Muslim-Test
Über das zwangsläufige Scheitern einer notwendigen Intervention ..... Seite 18

JAN HUISKENS: Propagandisten der Gegenaufklärung ..... Seite 22

JOACHIM WURST: Staatsphilosoph Habermas
Von der kommunikationstheoretischen Bewältigung der Vergangenheit zur historischen Mission der Berlin Republik Seite26

PHILIPP LENHARD: Radical Münte
Antipolitik ist die Negation der Politik, nicht deren Kritik ..... Seite 32

DIRK LEHMANN: Die Erfindung des „Kapitalismus“
Hundert Jahre deutscher Antikapitalismus ..... Seite 36

Rezensionen

CHRISTOPH HORST: Mission Klassenzimmer ..... Seite 42

JAN HUISKENS: Insel der Aufklärung ..... Seite 43

PHILIPP LENHARD: Parallelgesellschaft ..... Seite 45

FABIAN KETTNER: Die Dülmener Karnevalsprinzessin ist zurück
„Unsere“ Franka Potente berichtet aus dem *Evil Empire* ..... Seite 46

GEORG WEERTH: Verkannte Genies ..... Seite 48

ALEX FEUERHERDT: Die Klinsmanndeutschen
Ein „amerikanisierter“ Bundestrainer und die Last der Vergangenheit ..... Seite 49

FELIX HEDDERICH: Dogma 2005
Lars von Trier und Thomas Vinterberg sind die „Avantgarde für Vollidioten“ ..... Seite 53

Termine ..... Seite 56

Die Website der Prodomo ist zu finden unter

http://www.prodomo-online.org

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser,

„Man erwartete den Islam und den Terrorismus. Gekommen ist die soziale Frage", schreibt die Zeitschrift *Wildcat* angesichts der Gewaltexzesse in den französischen Vorstädten. Sicher ist man sich, dass es „nicht um Religion" geht, denn die „Bärtigen machten eher die Clowns zwischen CRS-Bullen und brennenden Autos".

Dass die „Bärtigen" nicht den Clown, sondern den Vermittler zwischen Staat und Straßenbanden machten, entgeht den Klassenkämpfern vom *Wildcat* ebenso wie dem Klassenfeind, der bürgerlichen Presse: Es sei „falsch, die Unruhen der letzten Tage mit dem Islam in Verbindung zu bringen. Zwar löste die Tränengaskapsel der Polizei, die in einer Moschee landete, sofort die üblichen Pawlowschen Reflexe aus. Doch die Aufrufe der muslimischen Sprecher zur Ruhe und die Aufstellung einer muslimischen Bürgerwehr, die Konfrontationen zwischen der Polizei und den Krawallmachern verhindern soll, zeigen, daß die Vertreter der Religion weit davon entfernt sind, das Feuer zu schüren" (*Die Welt*, 3.11.05). Nicht der Islam sei also das Problem, sondern „wo das wirkliche Problem" liege, habe „ein namenloser junger Bewohner von Clichy-sous-Bois auf den Punkt" gebracht, „der sich nach der Kranzniederlegung an der Unglücksstelle des Mikrofons bemächtigte: ‚Wir halten nichts davon, Autos kaputtzumachen. Aber es gibt keine Wohnungen, es gibt keine Arbeit, und der Bürgermeister hat kein Geld. Das ist es, was man Sarkozy sagen muß.'" (ebenda).

Und so sind sich mal wieder alle einig in Deutschland: Der Aufstand in den *Banlieues* war ein sozialer Protest, ein verzweifelter Schrei der Unterdrückten und Ausgegrenzten nach Liebe und Anerkennung. Die *Taz* drückt diese merkwürdige Form des Mitleids noch unverblümter aus: „Die jungen Franzosen aus den Vorstädten sind auf die Barrikaden gegangen, weil sie sich ohne Arbeit und Perspektive ihrer Würde beraubt sehen. Das muss sich dringend ändern. Mit dem Islam haben diese Unruhen nichts zu tun." (*Taz*, 8.12.05)

Nicht auszudenken, was los wäre, wenn in Duisburg-Hochfeld oder Köln-Chorweiler auf einmal Jugendliche auf die Idee verfallen würden, ein bisschen Intifada zu spielen. Aber wenn es in Frankreich passiert, dann ist man sich allerorten sicher, dass die Gewalt mit der verfehlten Sozialpolitik zusammenhängt, weshalb dergleichen im Musterstaat Deutschland überhaupt nicht vorstellbar sei. In Deutschland bedarf es keines Aufstandes, der den Staat zur Verhängung des Ausnahmezustandes provoziert. Hier sind Ausnahme- und Normalzustand nicht voneinander zu trennen, gehört die Krisenprävention zur vornehmsten Aufgabe des Staates. Deshalb ist die Übernahme staatlicher Ordnungsfunktionen durch Repräsentanten der islamischen Gemeinschaft hierzulande auch ohne Staatsnotstand gängige Praxis. Natürlich fällt in Deutschland niemandem auf, dass es ein Skandal allererster Güte ist, ausgerechnet die Imame, die in regelmäßigen Abständen Gewalt in der Ehe, Zwangsheirat, Steinigung und Selbstmordattentate rechtfertigen, zur Konfliktbewältigung einzusetzen. Der Islam ist in Deutschland eine geachtete und respektierte Herrschaftsform, weshalb er naturgemäß zur „Mitbestimmung" aufgefordert wird.

Eine Gesellschaftskritik, die auf die Abschaffung von Herrschaft zielt, muss den Islam an prominenter Stelle als Feind benennen. Er ist nicht mehr länger ein exotisches Phänomen, das fernab der westlichen Metropolen als feudaler Überrest existiert und als ein Problem unter vielen anderen behandelt werden kann. Der Islam wird zusehends stärker und bedroht emanzipatorische Bestrebungen weltweit. Aus diesem Grund wird die Islam-Kritik weiterhin an zentraler Stelle in der *Prodomo* zu finden sein. ■

Viel Vergnügen bei der Lektüre.

Redaktion Prodomo,
Köln, Januar 2006

Prodomo #1 kann für € 3 zzgl. € 1 Versandkosten bestellt werden.

AUS DEM INHALT:
Thomas Becker über die iranische Bombe/ Simone Dinah Hartmann über den Gazaabzug/ Philipp Lenhard über den Höhenflug des Deutsch-Pop/ Fabian Kettner über Christoph Türcke/ Walter Felix über den Wahnkampf der SPD/ Gerhard Henschel über den Koran/ Bastian Assion über die neue sudanesische Verfassung/ Felix Hedderich über Vincent Gallo/ Alex Feuerherdt über linke Ressentiments gegen den FC Bayern München/ Dirk Lehmann über Martin Walser/ Jan Huiskens über eine kulturrelativistische Veranstaltungsreihe.

Die „Cicero-Affäre"

Ein Präventivschlag an der deutschen Heimatfront

WALTER FELIX

Eine Woche vor der Bundestagswahl ließ die Staatsanwaltschaft Potsdam die Redaktionsräume der Zeitschrift *Cicero* sowie die Privatwohnung eines ihrer Mitarbeiter, Bruno Schirra, polizeilich durchsuchen. Anlass der Durchsuchung waren Ermittlungen wegen Beihilfe zum Geheimnisverrat - Schirra hatte in der April-Ausgabe des Blattes unter dem Titel „Der gefährlichste Mann der Welt" (1) aus vertraulichen Dossiers des Bundeskriminalamtes über den im Irak aktiven jordanischen Jihadisten Mussab al-Zarqawi zitiert. Dabei hatte er auch angebliche Handynummern al-Zarqawis abgedruckt, was ihm umgehend die erwähnte Strafanzeige einbrachte. Auch wenn man davon ausgeht, dass die Veröffentlichung dieser Telefonnummern die Ermittlungen gegen islamische Terrorgruppen tatsächlich erschwert, zeigte sich rasch, dass dieser journalistische Kunstfehler nicht mehr als ein eher nebensächlicher Vorwand war, um einen unliebsamen Journalisten mundtot zu machen. Mittels der Durchsuchung sollte der Informant aus den Kreisen des BKA identifiziert werden – vergeblich. Dafür beschlagnahmten die Beamten das gesamte Archiv des Journalisten mit Materialien zu verschiedenen Themen, auch zu solchen, die mit dem islamischen Terror überhaupt nichts zu tun haben. „Ich kann nicht mehr arbeiten", beschreibt Schirra seine Situation nach dem Verlust seines Archivs.

Ein Finger in der klaffenden Wunde

Der *Spiegel* machte den Vorfall publik und taufte den Fall in einer Reminiszenz an glorreiche Zeiten des Enthüllungsjournalismus unter Augstein auf den geheimnisvoll klingenden Namen „Cicero-Affäre". Die übrigen Medien und einige Politiker reagierten, wenn auch verhalten, mit einer jener deutschen Debatten, deren genauer Gegenstand sich niemals fixieren lässt, weil nicht eine Verständigung über Tat-

Freut sich über das Unheil, das er anrichtet: Mahmoud Ahmadinejad

sachen, sondern die Produktion von Gesinnung das Ziel ist. Um den Inhalt des inkriminierten Artikels ging es nicht im Entferntesten. Daher sei an dieser Stelle die zentrale Passage noch einmal wiedergegeben (Hervorhebung W.F.):

„Wie sehr Zarqawi aus dem Schatten bin Ladens getreten ist, belegen umfangreiche Akten und Dossiers westlicher wie nahöstlicher Geheimdienste ebenso wie Informationen und Dokumente deutscher Sicherheitsbehörden. Sie dokumentieren nicht nur den Werdegang des Kopfjägers Zarqawi, sie zeigen vielmehr, dass seine Karriere im Namen Allahs nur stattfinden konnte, weil Gottes Killer über Jahre hinweg logistische Unterstützung, Geld und Waffen von staatlichen Organisationen verschiedener nahöstlicher Staaten erhalten hat. Ganz oben auf der Liste der Förderer Zarqawis: die Islamische Republik Iran und die Hardliner aus dem Umfeld der Al-Quds-Brigaden der Revolutionären Garden - der Pasdaran. Ausgerechnet das Bundeskriminalamt (BKA) attestiert dem Iran, dass er Zarqawi ‚logistische Unterstützung von staatlicher Seite' zukommen ließ. Der Iran, so die Akten des BKA, sei ‚eine wichtige logistische Basis' gewesen."

Der Artikel blieb nicht der einzige, in dem Schirra auf die gerne geleugnete Verbindung von Al Qaeda zum Iran hinwies. Doch die strafrechtliche Verfolgung Schirras führte nicht zu dessen Schweigen, im Gegenteil: Die Kriminalisierung seiner Enthüllungen veranlasste ihn, nachzulegen. In einem Artikel, der direkt auf die Durchsuchungsaktion folgte, legte Schirra den Finger in die klaffende Wunde. Unter dem mehr als deutlichen Titel „Wie gefährlich ist Iran?" (2) führte er in der Novemberausgabe der *Cicero* aus:

„Tatsächlich bietet der Geheimdienst der Revolutionären Garden der Führungsspitze von Al Qaida seit Jahren sicheren Unterschlupf, logistische Unterstützung, militärisches Training sowie Ausrüstung. ‚Die Tatsache, dass sunnitische Dschihadisten und Schiiten einander hassen, ist für beide kein Grund, nicht zu kooperieren. Sie haben einen gemeinsamen Feind', wissen westliche Geheimdienste." Schirra selbst habe „eine Liste der Killer Gottes, die in Iran einen sicheren Hort gefunden haben, einsehen" können. „Die Liste liest sich wie das Who's Who des globalen Dschihads. Knapp 25 hochrangige Füh-

rungskader von Al Qaida: Planer, Organisatoren und Ideologen des Dschihads aus Ägypten, Usbekistan, Saudi-Arabien, Nordafrika sowie aus Europa. Ganz oben in der Al-Qaida-Hierarchie: drei der Söhne von Osama bin Laden, Saeed, Mohammad und Othman. Al-Qaida-Sprecher Abu Ghaib genießt ebenso iranischen Schutz wie Abu Dagana al Alemani (genannt: der Deutsche), der aus Iran heraus die Zusammenarbeit der unterschiedlichen dschihadistischen Netzwerke in aller Welt koordiniert. Sie leben in sicheren Häusern der Revolutionären Garden in und um Teheran. ‚Das ist keine Haft oder Hausarrest', so die Schlussfolgerung eines hochrangigen Geheimdienstmitarbeiters. ‚Die können schalten und walten, wie sie wollen.'"

Al-Zarqawis Strategie

Auf den ersten Blick klingt das alles recht unglaubwürdig. Warum sollte die schiitische Islamische Republik Iran (im Folgenden IRI) den Schiitenhasser al-Zarqawi protegieren und finanzieren? Daran, dass al-Zarqawi die Schiiten hasst, kann schließlich nicht der geringste Zweifel bestehen. Man denke nur an die wiederholten Selbstmordanschläge auf schiitisch-religiöse Feiern im Irak. „Hinsichtlich der Anschläge auf Schiiten erklärte al-Zarqawi auf einem im Juli 2005 veröffentlichten Tonband den Djihad gegen sie zu einer muslimischen Pflicht, weil sie Abtrünnige seien und ein Bündnis mit den Kreuzfahrern gegen die Djihad-Kämpfer geschlossen hätten." (3)

Außerdem ist zunächst nicht einzusehen, warum der Iran ausgerechnet den Terror gegen den neuen Irak finanzieren sollte, wo doch die demokratischen Wahlen qua Bevölkerungsmehrheit und ethnisch-religiösen Zugehörigkeitsgefühls die Schiiten in Bagdad ohnehin an die Macht befördert haben. Ein demokratisierter, befriedeter Irak, der von religiösen Parteien regiert wird und in seine Verfassung Elemente der Scharia übernimmt, müsste ein geradezu idealer Verbündeter des Iran sein - könnte man meinen und viele europäische „Nahostexperten" argumentieren auch so, unter anderem einige Kommentatoren, die damit Schirra der Unglaubwürdigkeit überführen wollen. Sie übersehen, dass al-Zarqawi in erster Linie gegen den Frieden im Irak kämpft. Nur der permanente Ausnahmezustand füttert die individuelle Panik und bietet den idealen Nährboden für den islamischen Volkskrieg gegen den Westen, der al-Zarqawi vorschwebt. Sein Terror richtet sich deshalb zunächst gegen alle Kräfte, die an Stabilität interessiert sind und das Land wieder aufbauen möchten. Gegen die US-Army, gegen die irakische Polizei und – unabhängig davon, ob diese nicht ihrerseits den Jihad planen - gegen Schiiten. Den Bürgerkrieg anzustacheln, Schiiten in den Krieg gegen Sunniten zu treiben und umgekehrt, das ist al-Zarqawis Strategie.

Dies ist auch die Bestrebung derjenigen iranischen Gruppierungen, die hierzulande gerne als „Konservative" verharmlost werden und die in der gegenwärtigen faschistischen Konterrevolution im Iran alle Machtpositionen an sich gerissen haben. Es handelt sich hierbei, neben dem Revolutionsführer Khamenei, vor allem um die bereits erwähnten Revolutionären Garden, aus deren Reihen auch der neue Präsident Ahmadinejad stammt. Die Unterstützung al-Zarqawis zeigt, von welchem Charakter die gegenwärtigen Machthaber im Iran sind. Es handelt sich um religiöse Apokalyptiker, deren Ziel die Errichtung einer weltweiten islamischen Theokratie ist, deren Krieg daher prinzipiell keine Grenze und kein Ende kennt. Der Jihad gegen „Abtrünnige", „Kreuzfahrer" und Juden ist deshalb nicht nur Kriegsstrategie, sondern zugleich immer schon der Zweck.

Der Krieg des Iran

Nebenbei erfüllt al-Zarqawi für die IRI aber zwei taktische Zwecke, die nicht übersehen werden dürfen. Zum einen nach außen: Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler (4) meint, heutzutage zwei verschiedene Typen der Kriegsführung unterscheiden zu können, nämlich den konventionellen Staatenkrieg und den Krieg nicht staatlicher terroristischer Gruppierungen. Woran Münkler nicht denkt, ist, dass beide Typen sich kombinieren lassen. Und was die IRI offensichtlich zielstrebig betreibt, ist genau die Kombination dieser beiden Formen des Krieges. Denn der islamische Terror lässt sich sehr wohl auch durch einen Staat benutzen, um Krieg gegen andere Staaten zu führen. Iran tut dies bereits, und es handelt sich dabei um einen veritablen Weltkrieg. Ein rundes Dutzend Staaten ist davon betroffen. Außer Israel gehören der Irak, die USA und ihre Verbündeten sowie Jordanien dazu: Al-Zarqawis Organisation hat sich zu den Anschlägen auf Hotels in Amman am 9.11.05 bekannt. Auch die Anschläge in Madrid gehen auf ihr Konto. (5) Allein die Existenz von Al-Qaeda und erst recht deren Verflechtung mit dem iranischen Staatsapparat ist eine vehemente Drohung gegen jeden Staat, der versucht, es nicht bei verbalen Protesten gegen das Atomprogramm zu belassen. Ahmadinejad hat das explizit ausgesprochen, als er behauptete, es gebe zehntausende Jihad-Kämpfer in Europa und auch in den USA, die nur auf einen Einsatzbefehl aus Teheran warteten. Zum anderen gibt es die Abschreckung nach innen: die Aussicht auf eine erfolgreiche Befriedung und Demokratisierung des Irak muss den Machthabern im Iran schlaflose Nächte bereiten. Eine solche würde der Welt, und insbesondere auch der großen Mehrheit der Iraner demonstrieren, dass der Versuch einer Veränderung der Verhältnisse zum Besseren auch im Nahen Osten nicht von vornherein ausgeschlossen ist und nicht unbedingt zum Schlimmeren führen muss. Die Iraner wären ermutigt, ihre Regierung müsste um ihre Existenz bangen und Europa wäre um einen gebetsmühlenhaft vorgetragenen Glaubenssatz ärmer. Andererseits führt der islamische Terror im Irak den Iranern vor, mit welcher Art konterrevolutionärer Gewalt sie zu rechnen hätten, sollten sie ernsthaft einen Sturz der IRI versuchen. Mit anderen Worten: die islamischen Faschisten versuchen, mit Hilfe des Terrorismus jede Hoffnung auf einen halbwegs friedlichen *Regime Change* zunichte zu machen. Wenn es den

USA und ihren Verbündeten mit mehreren hunderttausend schwer bewaffneten und hochprofessionellen Soldaten nicht gelingt, den islamischen Furor einzudämmen, wie soll es dann einer iranischen demokratischen und antiislamischen Revolution gelingen?

Anhänger al-Zarqawis im Irak

Unter all den Vorwänden und Ausflüchten, die hierzulande vorgebracht werden, um jeder halbwegs vernünftigen Diskussion über den *War on Terror* aus dem Wege zu gehen, ist der am häufigsten verwendete der folgende Gedanke: Es sei, so hört und liest man allenthalben, unmöglich, gegen den islamischen Terror effektiv vorzugehen, da dieser Ausdruck einer wenn auch nicht unbedingt begrüßenswerten, so aber doch unabänderlichen islamischen oder arabischen Mentalität sei. Jeder Versuch einer Gegenwehr, die über bloßen Objektschutz hinausgeht, führe, da zwangsläufig mit einer „Demütigung" der Moslems verbunden, naturnotwendig nur zu noch mehr Terror. Was unter den Tisch fällt, ist nicht nur, dass Menschen sich auch immer anders entscheiden können, also beispielsweise die oben geschilderte Reaktionsweise durchbrechen und sich zum Widerstand gegen die islamfaschistischen Staaten und Rackets entschließen könnten. Es gerät auch aus dem Blick, dass der Jihad ein Ausdruck des Bürgerkrieges innerhalb der islamischen Welt ist. Die Urheber und Nutznießer des Jihad verschwinden in dieser Wahrnehmung, und damit auch die Aussicht, eben diesen Kräften vielleicht erfolgreich entgegentreten zu können. Je mehr europäische Meisterdenker und Stammtischstrategen den islamischen Jihad zu einer Naturtatsache verklären, desto ungehinderter können sich dessen Apologeten daran machen, ihn als eben eine solche Naturgewalt erscheinen zu lassen und das europäische Credo auf diese Weise in die Realität umzusetzen.

Ein Warnschuss an ausländische Geheimdienste?

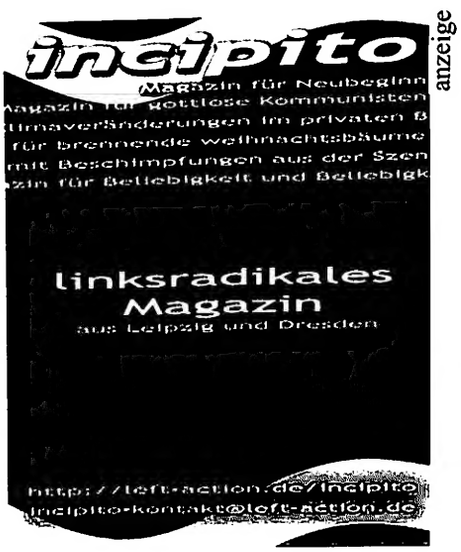
Wie weit dieser Realitätsverlust in Deutschland fortgeschritten ist, kann an den Reaktionen der deutschen Politik und Presse auf die „Cicero-Affäre" abgelesen werden. Das Gesamtbild dieser Reaktionen straft die Vorstellung Lügen, es sei nur ein Mangel an Informationen, der die Menschen an einer klaren Positionierung hindere. Im Gegenteil: obwohl eine polizeiliche Hausdurchsuchung die größte denkbare Publicity-Steigerung ist, die einem Journalisten widerfahren kann, obwohl ein Mausklick genügt hätte, sich den Artikel zu beschaffen und weitere zehn Minuten, ihn zu lesen, war die einzige Zeitung, die den Inhalt, wenn auch in verschwörungstheoretischer Manier, zur Kenntnis nahm, ausgerechnet die *junge Welt*. Knut Mellenthin resümierte (6): „Bruno Schirras Tätigkeit steht schon seit Jahren unter eindeutigen politischen Vorzeichen. Im Juni 2002 beispielsweise veröffentlichte er in der Zeit einen Artikel ‚Arafat bombt, Europa zahlt', in dem er sich zum Sprecher der israelischen Forderung machte, die EU-Finanzhilfe für die palästinensische Regierung zu stoppen. Zur Erinnerung: Israel hatte die Stimmung nach dem 11. September 2001 genutzt, um massiv gegen die palästinensischen Behörden vorzugehen. Im Frühjahr 2002 drangen Panzer bis in den Amtssitz von Präsident Yassir Arafat vor und setzten ihn dort praktisch gefangen. Bei diesen Vorstößen fielen den israelischen Streitkräften angeblich große Mengen geheimer Dokumente in die Hände, die beweisen sollten, daß Arafat der eigentlich Schuldige für zahlreiche Selbstmordanschläge sei. Aus solchem Material speiste sich Schirras Zeit-Artikel." Damit war der Fall für die *junge Welt* geklärt: Schirra sei ein vom Mossad zum Zwecke der Desinformation bezahlter Agent. Dementsprechend sei auch das Handeln der deutschen Behörden zu interpretieren: „So gesehen mag die überdimensionierte Polizeiaktion gegen Schirra primär ein Warnschuß an ausländische Geheimdienste gewesen sein, sich an bestimmte Spielregeln zu halten."

Die einzige große deutsche Zeitschrift, die Schirra wenigstens gegen die juristischen Attacken in Schutz nahm und das in mehr als nur einem Kommentar, war der *Spiegel*, wenngleich das Magazin der Mehrwisser sich in einer *déformation professionelle* ausschließlich den Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen investigativer Journalisten widmete. Die übrigen deutschsprachigen Medien weigerten sich, Schirra zu unterstützen. Das Bürgerblatt *Zeit* etwa, dessen Autoren sich ansonsten eher selten zum Hilfsstaatsanwalt aufblähen, forderte schärfere juristische Maßnahmen gegen ihren ehemaligen Autor Schirra. Robert Leicht schlug auf *Zeit online* (17.10.05) vor, Schirra nicht wegen Beihilfe zum Verrat

von Dienstgeheimnissen anzuklagen, sondern wegen des schwereren Deliktes des Verrates von Staatsgeheimnissen. Staatsgeheimnisse dürften zwar in besonders schwerwiegenden Fällen auch von ansonsten unbefugter Seite durchaus veröffentlicht werden, aber ein solch schwerwiegender Fall liege nicht vor: „Es wurde kein Skandal offen gelegt." Kein Skandal? Die iranische Regierung finanziert eine Terrorgruppe, die unter anderem in Madrid 200 Menschen ermordet hat, und die europäischen Regierungen haben in dieser Sache bis heute nicht den leisesten Protest erhoben; der iranische Präsident droht Israel mit der Vernichtung und das Regime ist entschlossen, sich Atomwaffen zu beschaffen, mit dem Ziel, diese Drohung wahr zu machen - und das BKA befindet es nicht für notwendig, der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie eng nach seinen Erkenntnissen eben dieses Regime mit der Terrororganisation Al-Qaeda verflochten ist?

Kumpanei mit dem militanten Islam

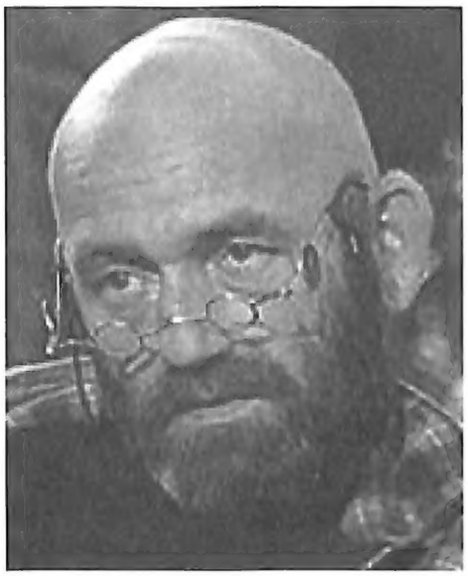
Dass diese diskrete Kumpanei mit dem militanten Islam offensichtlich zur handlungsleitenden Devise deutscher Politik geworden ist und dass gerade hierin die *Ursache* für die „Cicero-Affäre" liegt, konnte man einem Interview entnehmen, das Schirra dem *Deutschlandradio* gab. Frage: „Warum vertrauen sich Beamte mit geheimen Informationen ihm überhaupt an, wissentlich, dass sie damit ihren Amtseid brechen?" Antwort Bruno Schirra: „Das sind Leute, die unter einer mörderischen Anstrengung teilweise eine hochgefährliche Arbeit machen. Sie fühlen sich von den politischen Entscheidern gnadenlos vorgeführt, haben Null Unterstützung. Das ist das subjektive Erfahrungsfeld, in dem diese Leute arbeiten und irgendwann ist die Frustration so groß, dass sie sich dem einen oder anderen Journalisten anvertrauen und sich ausweinen und irgendwann geben sie halt Informationen wieder." (7) Keineswegs ist es nämlich so, dass die von Schirra recherchierten Zusammenhänge wohlbekannt wären und in den deutschsprachigen Medien ausführlich diskutiert würden. Nicht obwohl, sondern gerade weil Ahmadinejad mehrfach Israel mit der atomaren Vernichtung gedroht hat, weil die Verhandlungen um das iranische Atomprogramm in einer Sackgasse angelangt sind, weil es überdeutlich wird, dass die Politik des iranischen Regimes eine militärische Konfrontation offensiv herbeiführt, gerade deshalb möchte man in Europa am liebsten nicht so genau wissen, was von dem Regime in Teheran im Zweifelsfall alles zu erwarten ist: es könnte einen um den Schlaf des Gerechten bringen. Schließlich bereitet man sich in Deutschland momentan unabsehbar auf die nächste Friedensoffensive vor, und dabei könnten unangenehme Fakten hinderlich sein.

anzeige


Wer den Grund für die Gleichgültigkeit oder Gehässigkeit, mit der die meisten deutschsprachigen Medien auf die „Cicero-Affäre" reagierten, verstehen möchte, muss Schirras Texte lesen. Schirra ist nämlich kein Fernfuchtler, sondern kennt die Verhältnisse im Nahen Osten aus eigener Anschauung, allerdings ohne dabei zum Schönredner des islamischen Faschismus zu werden. Er hat nicht nur eine ganze Reihe von Informanten in diversen Geheimdiensten und Polizeibehörden, sondern reist auch in arabische Staaten und den Iran, um sich mit Mitgliedern von Terrororganisationen zu unterhalten. Er interviewte einen Anführer der Al-Aqsa-Brigaden und einen palästinensischen Lehrer, der seinen Schülern lehrt, niemals vom Hass gegen die Juden abzulassen. Die hierzulande beliebten Friedensphrasen, die deutsche Journalisten gerne ihren Interviewpartnern souffl ieren, sucht man in Schirras Reportagen vergeblich. Schirra präsentiert seinen Lesern die Ansichten der Jihadisten in ihrer ganzen Boshaftigkeit und ohne jegliche Beschönigungen. Weiter oben wurde bereits ein von der *jungen Welt* im wesentlichen korrekt referierter Text über die Finanzierung des palästinensischen Terrors erwähnt; in *Cicero* 01/05 („Und sie funktioniert doch") verteidigte er den Bau des israelischen Sicherheitszaunes gegen das europäische Völkerrechtsgegreine, in *Cicero* 06/05 („Wer ist Mahmud Abbas") kratzte Schirra am Image des neuen Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas, indem er darauf hinwies, dass Abbas in seiner Dissertation den Holocaust geleugnet und 1972 zu den Finanziers des Attentates auf die israelische Olympiamannschaft in München gehört hatte.

Es liegt auf der Hand, dass dieser Journalismus einem Hans-Christian Ströbele ein Dorn im Auge sein muss. Der Antizionist, frühere RAF-Anwalt und heutige Grünen-Politiker, der berufsbedingt die Mentalität konspirativer Organisationen kennt, wusste denn auch ein besonders hinterhältiges Manöver gegen Schirra einzufädeln. Schirras Arbeitsmethode beruht darauf, dass ihm seine Interviewpartner aus den islamischen Terrorgruppen einen Status journalistischer Unabhängigkeit und Objektivität zuerkennen. Nichts ist geeigneter, diesen Status zu zerstören, als das Gerücht, Schirra gebe seine Informationen an Geheimdienste weiter. Auf Ströbeles Homepage findet sich eine Erklärung, in der er Schirra scheinbar konsequent gegen die staatliche Repression verteidigt. Doch was unternahm Ströbele nach einer geheimen Sitzung des Innenausschusses des deutschen Bundestages, die durch eine kleine Anfrage seitens der Grünen zustande kam? In der Sitzung stellte der Präsident des BKA, Jörg Ziercke, die Behauptung auf, Schirra habe das BKA mit Material versorgt. Nach der Sitzung stellte sich Ströbele vor die Presse und wiederholte genau diese Behauptung. Später warf

Schirra Ströbele (und anderen grünen Abgeordneten) in einem Interview mit dem *Spiegel* vor, ihn „in vollem Bewusstsein über die Konsequenzen in eine lebensgefährliche Lage gebracht zu haben". Denn: „In den Kreisen, in denen ich über Terror recherchiere - bei den Hintermännern, in den Lagern etc. - kommt diese Bemerkung einem Todesurteil gleich." (8) Er könne nun nicht mehr in den Iran, wo ihm Gefängnishaft drohe, nicht nach Pakistan, von wo er nicht mehr lebend zurückkehren würde.



Bruno Schirra

Schirra, der Landesverräter

Der Landesverrat, den Schirra begangen haben soll, liegt nicht darin, dass er die Ermittlungen gegen Al Qaeda durch die Veröffentlichung der Telefonnummern al-Zarqawis behindert hätte, sondern dass er ein Verräter an der islamisch-deutschen Kriegsfront ist. Dies zeigt ein Papier von EU-Kommissar Franco Frattini, das die Journalistin Sabine Pamperrien, die sich kurz zuvor schon in der *NZZ* über Schirra echauffieren durfte, (9) in dem Internetmagazin *netzeitung* offensichtlich zustimmend referierte. In diesem Papier wird ein *Code of Conduct* für die europäische Presse gefordert, der laut Pamperrien sicher stellen soll, „dass Zeitungen, Sender und Internet nicht als Propagandisten für Terroristen agieren". Das Frattini-Papier behauptet, „die Medien vermittelten eine vereinfachende Sicht der Welt, womit den Terroristen in die Hände gespielt werde. Die Kommission glaube weder an die Existenz eines islamischen, noch eines katholischen noch roten Terrorismus. Die Tatsache, dass skrupellose Individuen versuchen, ihre Verbrechen im Namen von Religionen oder Ideologien zu rechtfertigen, dürfe keinesfalls dazu führen, einen Schatten auf eine dieser Religionen oder Ideologien zu werfen." (10) Mit anderen Worten: Wer den Terror von Al Qaeda als das bezeichnet, was er ist, nämlich islamisch, betreibt Propaganda für terroristische Gruppen und ist daher ein Landesverräter.

Es ist allzu durchsichtig: Die Bekämpfung des islamischen Terrorismus dient hier nur noch als Vorwand, gegen Journalisten wie Schirra vorgehen zu können. Der Landesverrat, den Schirra begeht, besteht darin, dass er das deutsch-europäische Bündnis mit dem militanten Islam gefährdet, indem er den illusionären Charakter der Vorstellungen über den heimlichen Bündnispartner offen legt. Unübersehbar ist, dass in den deutschen Medien bereits die Vorbereitungen für einen möglichen Krieg mit dem Iran getroffen werden. An der „Cicero-Affäre" lässt sich ablesen, auf wessen Seite man sich schlagen wird, auch wenn die Empörung über Ahmadinejads antisemitische Tiraden und die Sorge vor einer atomar bewaffneten Theokratie keineswegs bloß geheuchelt ist. Unwahrscheinlich zwar, aber immerhin möglich ist es, dass dann Zeitungsberichte wie die Bruno Schirras der deutschen Friedenssehnsucht empfindliche Schläge versetzen und die Ruhe der deutschen Heimatfront stören könnten.

Was die Ströbeles, Leichts und Pamperriens und - *last but not least* - die Bundesregierung umtreibt, ist das Bestreben, dies zu verhindern und einen als feindlichen Agenten wahrgenommenen Kritiker aus dem Weg zu räumen. ■

Anmerkungen:

(1) „Der gefährlichste Mann der Welt", http://www.cicero.de/97.php?ress_id=1&item=554.

(2) „Wie gefährlich ist Iran?", http://www.cicero.de/97.php?ress_id=1&item=870.

(3) www.memri.de/uebersetzungen_analysen/themen/islamistische_ideologie/isl_zarq_maq_14_09_05.html

(4) Vgl. Münkler, Herfried, *Die neuen Kriege*, Berlin 2002.

(5) Siehe dazu „Der gefährlichste Mann der Welt".

(6) „Nichts Konkretes", *junge Welt* 1.11.05.

(7) *Deutschlandradio*, 8.10.05, http://www.dradio.de/dlf/sendungen/marktundmedien/426990.

(8) http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,382850,00.html.

(9) "Überhitzte Debatte um Medienfreiheit", *NZZ*, 7.10.05.

(10) „Fragwürdiger Journalismus", http://www.netzeitung.de/voiceofgermany/362699.html.

Hochmut kommt vor dem Fall

Das Scheitern des Bashar al-Assad

THOMAS BECKER

„Alles, was unternommen wurde, um Libanon zu destabilisieren, wird sich am Ende gegen Syrien selbst kehren."
Jacques Chirac nach einem Gespräch mit dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak am 3. Januar 2006 in Paris.

2005 war kein gutes Jahr für Bashar al-Assad. Denn was immer der syrische Präsident während der zurückliegenden 12 Monate unternommen hatte, um seine Gegner im Libanon zu beeindrucken - es ging schief. Jeder Versuch, wieder Herr der Lage zu werden, führte dazu, dass al-Assad in immer größere Schwierigkeiten geriet. Mit einer Serie von Bombenanschlägen und Morden, ausgeführt von seinen Schergen in Beirut, trachtete der Mann aus Damaskus, der keine Widerworte duldet, seine Herrschaft über das Nachbarland zu festigen. Schließlich ist es - wenn es Probleme mit der politischen Opposition gibt - die einfache und altbewährte Strategie der al-Assads, jeweils einen Widersacher zu ermorden und dadurch die anderen zum Schweigen zu bringen. Das hatte über Jahrzehnte hinweg immer funktioniert. Dieses Mal jedoch ließ sich die libanesische Opposition nicht mehr von den brutalen Methoden des syrischen Besatzungsregimes einschüchtern, sie ging auf die Straßen und provozierte die Einmischung der „internationalen Gemeinschaft". Deren maßregelnde Worte und unausgesprochene Drohungen genügten, um Syrien zum Nachgeben zu zwingen, so dass es schon im April seine Truppen aus dem Libanon zurückziehen musste. Das Regime des Bashar al-Assad geriet mehr und mehr in die Fänge der schon jetzt legendären Mehlis-Kommission, die von den Vereinten Nationen dazu bestimmt wurde, jenes Verbrechen aufzuklären, durch welches die Krise ursprünglich ausgelöst worden war: die Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri am 14. Februar 2005 in Beirut.

Die Mordserie und die Nachforschungen der Mehlis-Kommission

In ihrem Zwischenbericht vom 20. Oktober 2005, nach einem halben Jahr gründlicher - ihr Chef, Detlev Mehlis, ist ein deutscher Staatsanwalt - kriminologischer Arbeit, schlussfolgerte die Mehlis-Kommission noch vergleichsweise vorsichtig: „Es besteht hinreichende Veranlassung zu der Annahme, dass die Entscheidung, den ehemaligen Ministerpräsidenten Rafik Hariri zu ermorden, nicht ohne die Zustimmung hochrangiger syrischer Sicherheitsbeamter zustande gekommen sein konnte, und ohne eine geheime Absprache mit den libanesischen Sicherheitsbeamten nicht hätte durchgeführt werden können." Spätestens nachdem Detlev Mehlis im Dezember 2005 angekündigt hatte, seine Arbeit in der Kommission einstellen und nur noch „koordinierend" bis zur Einsetzung eines Nachfolgers weiterführen zu wollen, ließ er jedoch keinen Zweifel mehr daran, wen er für den Mörder hielt. Manche Zeitungen mutmaßten, es sei gerade seine „Loyalität" gegenüber der neuen Bundesregierung, die Mehlis dazu veranlasst habe, seinen Posten abzugeben – schließlich ist das syrische Regime ein wichtiger politischer und ökonomischer Partner der Bundesregierung im Nahen Osten. (1) Da wollte man auf einmal doch nicht mehr so genau wissen, ob der syrische Präsident den Auftrag zum Mord gegeben hatte. Mehlis trat zurück.

Doch die Fakten waren bereits offen gelegt: Rafik Hariri starb am 14. Februar 2005 auf der Rückfahrt von einer Parlamentssitzung mittags im Zentrum Beiruts durch eine Autobombe. Die Bombe war in einem Pickup untergebracht und verursachte eine Explosion, die so stark war, dass sie einen tiefen Krater in der Straße hinterließ, umstehende Autos in die Luft flogen und Häuserfassaden einstürzten. Außer Hariri wurden mehr als 20 Menschen ermordet. Mit großer Liebe zum Detail führt der Mehlis-Report die Maßnahmen auf, welche die verdächtigten „hochrangigen Beamten" aus dem von al-Assad befehligten syrischen und libanesischen Sicherheitsapparat, Geheimdienst und Militär unmittelbar nach dem Anschlag einleiteten, um die Spuren zu verwischen. Während der folgenden Wochen, als sich die antisyrische Opposition und die prosyrische Terrororganisation Hizbullah durch immer größere Demonstrationen gegenseitig zu übertrumpfen versuchten, schlugen die Bombenleger erneut zu. Bei diesen Anschlägen, die im März ihren Höhepunkt hatten, traf es vor allem die Bewohner „christlicher" oder anderer irgendwie „oppositioneller" Stadtviertel. Der Ermordung Hariris folgten das ganze Jahr über Autobombenanschläge auf libanesische Politiker und Journalisten. In jedem Fall kann al-Assad ein Mordmotiv nachgewiesen werden. Zuletzt, im Dezember 2005, wurde der libanesische Journalist Gibran Tueni in Beirut ermordet, der seit Jahren offen den Abzug der syrischen Truppen gefordert hatte und nicht zuletzt deshalb über einige Popularität verfügte.

Der inzwischen nach Berlin zurückgekehrte Detlev Mehlis brachte gegenüber Reportern seine Überzeugung zum Ausdruck, für alle Anschläge seien dieselben Leute verantwortlich, nämlich diejenigen, die auch Rafik Hariri auf dem Gewissen hätten. Im Klartext bedeutete das, der syrische Präsident persönlich

stecke hinter der nicht enden wollenden Mord- und Anschlagserie im Libanon. Die politische Krise nahm für den syrischen Präsidenten einen ungünstigen Verlauf. Das neue Jahr fing für ihn jedenfalls nicht weniger frustrierend an als das alte geendet hatte. Der Jahreswechsel bescherte ihm zur Einstimmung ein kleines Feuerwerk unangenehmer Ereignisse: Gleich am Sylvestermorgen nährte auch der ehemalige syrische Vize-Präsident, Abdel Halim Khaddam, der die syrische Regierung vor einem halben Jahr verlassen und sich auf die Seite der al-Assad-Gegner geschlagen hatte, in einem Interview mit dem arabischen Satellitensender *Al-Arabiya* den Verdacht, der syrische Präsident sei der Anführer des Mordkomplotts gegen Hariri gewesen. Mit Khaddam begab sich zum ersten Mal ein über Jahrzehnte hin führender Repräsentant des Staates und der Baath-Partei in Opposition zu Bashar al-Assad. Khaddam war lange Zeit eine feste Stütze des Regimes gewesen, diente seit den 1980er Jahren getreu dem damaligen Präsidenten Hafez al-Assad als Außenminister und später dessen Sohn als Vize-Präsident, bevor er überraschend im Juni 2005 zurücktrat. Khaddam ist so zugleich ein „Insider" und ein „Verräter".

Doch al-Assad fackelt nicht lange, wenn es in seinen Reihen „Verräter" gibt. Noch am Neujahrstag beschloss das syrische Parlament, in dem die al-Assad-Getreuen das Sagen haben, dass Khaddam der Prozess wegen Hochverrats gemacht werden müsse. Die syrische Regierung schloss sich dieser Forderung an, so dass al-Assad umgehend das Vermögen Khaddams, seiner Frau, seiner Kinder und Enkel konfiszieren lassen konnte. Doch in der heiklen politischen Lage, in der sich al-Assad angesichts der Untergrabung seines Machtanspruches durch die von maßgeblichen Teilen der „internationalen Gemeinschaft" wohlwollend begleitete libanesische Protestbewegung befand, musste auch dieses Unterfangen scheitern. Ebenso gut hätte er Khaddam einen alten Lügner schelten können, der nicht mehr alle Sinne beisammen, oder einen Neider, der es bloß auf sein Amt abgesehen habe. Doch al-Assad konnte nicht aus seiner Haut heraus und präsentierte sich als ebenso rücksichtslosen wie absolut unfähigen Politiker, der die Zeichen der Zeit partout nicht erkennen wollte. Bei Khaddam ging es, wie sich bald herausstellen sollte, keineswegs nur um Hochverrat; der Neider, dem nachgesagt wird, dass er nach dem Tode von Hafez al-Assad selbst einen Moment auf das Präsidentenamt spekuliert hatte, plante zu dieser Zeit nichts geringeres als einen Staatsstreich.

Allein gegen die „Internationale Gemeinschaft"

Während also Khaddam, statt endlich zu schweigen, zunehmend unverschämter wurde und jetzt unverblümt seine Absicht offenbarte, einen Volksaufstand organisieren und al-Assads Regime, das er als „schamlose Mafia" umschrieb, stürzen zu wollen, griff die Mehlis-Kommission Syrien mit einer brisanten Namensliste an: Vorladungen zum Verhör für Bashar al-Assad, Außenminister Farouq al-Sharaa und einige weitere hochrangige Repräsentanten des syrischen Staates - eine Forderung, die al-Assad natürlich umgehend ausschlug. Das wiederholte Begehren der Mehlis-Kommission – al-Assad wurde schon mal im Juli 2005 um ein „Interview" mit der Kommission gebeten - den Präsidenten einer polizeilichen Befragung zu unterziehen, sei ein „Angriff auf die Souveränität des Landes", erklärte al-Assad, der Landesherr, in einem Gespräch mit der ägyptischen Wochenzeitung *Osboa*. Als Präsident sei er schließlich gegen solcherlei Zumutungen gefeit, genieße „internationale Immunität", verlautbarte der gewitzte Völkerrechtsexperte.

Für Abdel Halim Khaddam, den „Verräter", interessierte sich die Mehlis-Kommission als Zeugen. Sie besuchte ihn sogleich in seiner Pariser Wohnung, wo er ihr, wie er sagte, alle Fragen beantwortete. Zeitgleich zog sich ein diplomatisches Donnerwetter über Damaskus zusammen, das al-Assad zeigen sollte, was seine These der „internationalen Immunität" tatsächlich taugte. In Jeddah, einer kleinen Stadt an der saudischen Rotmeerküste, trafen sich der ägyptische Präsident Mubarak und der saudische König Abdullah, um über die syrische Krise zu beraten. Nach ihrer Besprechung forderten sie al-Assad dazu auf, mit der Mehlis-Kommission zusammenzuarbeiten, damit diese „die Wahrheit" über den Mordfall Hariri herausfinden könne. Später holten die beiden arabischen Potentaten al-Assad persönlich nach Jeddah, um ihm ihre Lagebeurteilung klar zu machen. Wie Mubarak und Abdullah forderte auch der britische Außenminister Jack Straw nach einem Treffen mit Fouad Siniora, dem libanesischen Ministerpräsidenten in Beirut, von al-Assad, endlich klein beizugeben. Straw sagte, es sei jetzt „showtime" für al-Assad. Zudem erinnerte er daran, dass Syrien durch eine Resolution des

Im Diktatoren-Profil: Bashar al-Assad

Weltsicherheitsrates nicht nur dazu verpflichtet sei, mit den Vereinten Nationen bei der Aufklärung des Hariri-Falles zu kooperieren, sondern auch die Souveränität seines kleinen Nachbarstaates Libanon zu achten, sowie die Unterstützung der palästinensischen Terrorgruppen, die ihre Büros in Damaskus führen, und der Hizbullah zu unterlassen habe. Auch der französische Präsident Chirac hatte für al-Assad keine mildere Botschaft zu überbringen, nachdem er sich mit Mubarak getroffen hatte, der vom Roten Meer gleich nach Paris gereist war, um sich mit seinem Verbündeten zu verständigen.

Chirac gab dem syrischen Präsidenten zu verstehen, dass Frankreich, falls es gefragt würde, den „Verräter" Khaddam nicht an Syrien ausliefern werde.

Daraufhin versuchte al-Assad, die Mehlis-Kommission mit seinem Außenminister abzuspeisen, dem er, um von sich abzulenken, die Schmach gestatten wollte, das für alle Beteiligten peinliche Verhör über sich ergehen zu lassen; dabei konnte ja schließlich doch nichts als die schon bekannten Lügen ans Tageslicht kommen, mit denen Farouq al-Sharaa bereits im vergangenen Jahr die UNO an der Nase herumgeführt hatte. Die Mehlis-Kommission ließ sich jedoch von all dem nicht beeindrucken und stellte der syrischen Regierung ein Ultimatum: bis zum 10. Januar solle sie alle Forderungen erfüllen. Al-Assad dagegen dachte nicht daran und inszenierte sich stattdessen als Kritiker des internationalen Rechts. Als ahnte er, dass Recht nur dann gültig ist, wenn es einen Souverän gibt, der es durchsetzt, schlussfolgerte er spitzfindig, die Forderungen der Mehlis-Kommission hätten keine „legale Basis". Wenn Leute seines Schlages spitzfindig werden, fühlen sie sich entweder unangreifbar, oder sie sehen in der Spitzfindigkeit den letzten Ausweg. Ob es die Angst vor Khaddams „Volksaufstand" war, die al-Assad zum trotzigen Rebell der Marke Milosevic werden ließ, oder die Tatsache, dass sich ein Bündnis führender Industrienationen auf einmal geschlossen vor ihm aufbaute, ist ungewiss.

Dass aber Bashar al-Assad die Macht nicht mehr lange halten kann, ist nicht ausschließlich auf sein herrschaftstechnisches Ungeschick zurückzuführen - dem Machterhalt ist ja der Serienmord zur Ausschaltung oder Einschüchterung des politischen Gegners nicht prinzipiell abträglich. Doch Bashar al-Assad kann heute so viele libanesische Politiker umbringen, wie er will, seine Ziele erreicht er damit nicht mehr. Denn die Gegner, die al-Assad heute zu fürchten hat, wohnen nicht mehr in Beirut, wo seine Lakaien auch heute noch, nach dem syrischen Truppenabzug, Angst und Schrecken verbreiten. Seine Gegner sind heute die Regierungen in Paris, London und Washington, und sie sind Gegner, die für den kleinen größenwahnsinnigen Diktator zu stark sind. Mit dem Eingreifen der „Internationalen Gemeinschaft", angeführt von George W. Bush und Jacques Chirac, die in diesem Fall, und das macht al-Assad das Leben so schwer, in trauter Eintracht gegen ihn agierten, schlugen seine Verschwörungen gegen libanesische Politiker als Weltverschwörung gegen ihn selbst zurück. Das Erstaunliche ist, dass al-Assad dies hätte wissen und vermeiden können, denn noch bevor er sich dazu entschlossen hatte, Hariri ermorden zu lassen, formierte sich das amerikanisch-französische Bündnis, dem er sich nun recht hilflos gegenübersieht.

Laut dem Mehlis-Report vom Oktober 2005, der sich auf die Zeugenaussagen anderer „Insider" stützt, ist die Entscheidung zum Mord an Hariri Mitte September 2004 gefallen, „ungefähr zwei Wochen nach der Annahme der Resolution 1559 durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen". Der Hinweis auf die UN-Resolution ist nicht ohne Belang: Schon diese Resolution war das Ergebnis einer konzertierten Aktion Frankreichs und Amerikas im Weltsicherheitsrat, die im Herbst 2004 gemeinsam gegen Syrien Front machten, nachdem al-Assad es im Libanon zu weit getrieben hatte. Die Resolution 1559 verlangte bereits zu diesem Zeitpunkt den Abzug Syriens aus dem Libanon, die Entwaffnung der Hizbullah und der palästinensischen Terrorgruppen, die ursprünglich unter dem Schutz der syrischen Besatzungstruppen im Südlibanon, an der Nordgrenze Israels und im libanesisch-syrischen Grenzgebiet, im Bekaa-Tal, ihr Unwesen getrieben hatten. Resolution 1559 war ein Wink mit dem Zaunpfahl, aber al-Assad hatte ihn entweder übersehen, was schlecht vorstellbar ist, oder er dachte, ähnlich dem iranischen Präsidenten, der jetzt sein letzter mächtiger Freund in der Welt ist, dass er stark genug sei, die übrige Welt zu ignorieren.

Das Mordkomplott

Al-Assad schlug alle Warnungen in den Wind. Er wollte, dass sein Statthalter in Beirut, der libanesische Präsident Emil Lahoud, unbedingt noch einmal in dieses Amt gewählt würde, obwohl dieser bereits seit 1998 regierte, so dass die libanesische Verfassung einen Personalwechsel ultimativ vorschrieb. Zwar hätte sich vermutlich ohne größere Schwierigkeiten ein Ersatzmann für diesen Handlangerjob finden lassen, aber nachdem Hariri ihm im Vorfeld angekündigt hatte, dieses Manöver nicht mitmachen zu wollen, war al-Assad die Sache zu Kopf gestiegen. Ernst wurde es spätestens Anfang August 2004. Zu diesem Zeitpunkt fand laut Khaddam eine Begegnung zwischen al-Assad und Hariri statt; al-Assad hatte Hariri nach Damaskus zitiert, um ihm seine Todesgrüße direkt und persönlich zu übermitteln. Er kündigte Hariri bei dieser Gelegenheit an, er werde ihn aus dem Weg räumen, wenn dieser sich nicht freiwillig füge. Den Satz, „ich bringe jeden um, der mir im Weg steht", habe er von Bashar al-Assad vor dem 14. Februar 2005 mit eigenen Ohren gehört, ist Khaddam heute bereit, öffentlich zu bezeugen. Der kurze, aber folgenreiche „Besuch" Hariris in Damaskus Anfang August 2004 war der Öffentlichkeit lange vor Khaddams Geständnissen bekannt, auch im Mehlis-Report wurde er als Belastungsmaterial gegen die syrische Regierung angeführt; von den Beschuldigten freilich wird die Geschichte bis heute bestritten. Hariri hatte unter anderem Walid Jumblatt, einem Verbündeten in der Opposition gegen die syrische Besatzung, damals von der Begegnung mit al-Assad erzählt, und die Medien berichteten nach der Ermordung Hariris im Frühjahr 2005 darüber.

Al-Assad nahm am 7. Januar 2006 erstmals Stellung zu dem Vorwurf, Hariri bedroht zu haben. In dem schon erwähnten Interview mit der ägyptischen Wochenzeitung *Osboa* bestritt er, Hariri die Ermordung angedroht zu haben. Es sei bei dem Treffen zwischen ihm und Hariri schließlich kein anderer zugegen gewesen, der eine derartige Bedrohung bezeugen könnte: „Dies ist nie geschehen und das Ziel war, die Bedrohung mit dem Mord in Verbindung zu bringen. Das Spiel ist durchsichtig. Niemand war beim letzten Treffen zwischen mir und Hariri anwesend, daher, wie können sie diese Anschuldigungen erheben?" Die angeblich nicht geschehenen Drohungen halfen

al-Assad, seine Machenschaften erfolgreich zum Abschluss zu bringen. Am 3. September beschloss das libanesische Parlament, samt der eingeschüchterten Hariri-Fraktion, eine Verfassungsänderung, die die von al-Assad gewollte Wiederwahl Lahouds ermöglichte. Hariri trat einen Monat später, am 4. Oktober, von seinem Amt als libanesischer Ministerpräsident zurück. Al-Assad schien das Spiel gewonnen und wieder freies Feld zu haben. Sein alter Freund Lahoud ist bis auf den heutigen Tag der Präsident des Libanon.

Aber Hariri hatte sein Amt nicht niedergelegt, um für immer für al-Assad unsichtbar zu werden. Hariri war zwar zunächst gegen al-Assad machtlos gewesen, er konzentrierte sich jedoch auf die Wahlen im Mai 2005, um dann, getragen von einer vereinigten antisyrischen Opposition, die er in der Zwischenzeit aufbauen wollte, und mit Unterstützung der „Internationalen Gemeinschaft", al-Assad erneut die Stirn bieten zu können. Dazu ist es leider nicht mehr gekommen, doch al-Assad ist auch ohne Hariri am Ende. Al-Assad wird keine allzu große politische Zukunft mehr beschieden sein, so dass nun nur noch zu hoffen ist, dass es nicht zu einem weiteren Albtraum kommt: dass nach dem Verbrecherregime des Bashar al-Assad ein Bündnis aus gescheiterten arabischen Faschisten und radikalen Moslems, unter Führung Abdel Halim Khaddams, an die Macht gelangt, wie es Ali Sadreddine Bayanouni, der Führer der syrischen Moslembrüder, bereits angeboten hat. Khaddam jedenfalls schlug dieses Angebot nicht aus. ■

Anmerkungen:

(1) Das Auswärtige Amt betont, dass sich die „gesamte Bandbreite der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Syrien (...) seit dem Amtsantritt des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad deutlich belebt" hat. Die „hohe Wertschätzung guter Beziehungen zu Deutschland wird in der syrischen Politik deutlich. Für die deutsche Entwicklungspolitische Zusammenarbeit (EZ) ist Syrien nun wieder Partnerland." Vgl. http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=14&land_id=166

anzeige

Peretz Israel?

Israel hat die Wahl

BASTIAN ASSION

Wenige Tage nach der Wahl um den Vorsitz der Arbeitspartei in Israel, am 9. November 2005, erklärte der Gewinner Amir Peretz den Austritt seiner Partei aus der Regierungskoalition mit dem Likud. Die Legitimation für die Koalition – der Abzug aus dem Gazastreifen – sei nicht mehr gegeben. Die Folge des Bruches war der Verlust der Parlamentsmehrheit der Regierung unter Ariel Sharon und die darauf folgende Ankündigung von Neuwahlen für den 28. März 2006. Am 21. November trat Ariel Sharon als Vorsitzender des Likud zurück und verließ die Partei, um mit weiteren hochrangigen Likud-Politikern die neue Partei Kadima zu gründen. Seine Entscheidung war die Konsequenz aus dem innerhalb des Likud bestehenden Konfliktes zwischen den Befürwortern und den Gegnern des Gaza-Abzuges (1). Bis zu den Neuwahlen im März sollte eine Übergangsregierung unter Leitung von Sharon die Regierungsgeschäfte führen. Nach dem gesundheitlich bedingten Ausfall von Sharon wurde dem israelischen Finanzminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Ehud Olmert bis zum Wahltag die Regierungsverantwortung übertragen.

Was wird aus dem Likud?

Durch die Gründung der Kadima erlitt der Likud einen massiven Rückgang der Wählerstimmen und Parteimitglieder. In Umfragen galt die Partei lange Zeit als größter Verlierer der bevorstehenden Wahl. Der anzunehmende Rückzug von Ariel Sharon aus der Politik und die damit einhergehende Schwächung der Kadima könnten dem Likud jedoch zu einem Wiederanstieg der Wählerstimmen verhelfen. In den Vordergrund seines Wahlkampfes stellt der Likud die Sicherheitspolitik und die daraus resultierende Ablehnung eines palästinensischen Staates, zumindest solange der Terror anhält. Der Likud vermutet, dass auf die Gründung eines Palästinenserstaates eine Stärkung der radikalen Moslems und eine dramatische Erhöhung des Sicherheitsrisikos für Israel folgt. Plausibilität gewinnt diese These durch die Betrachtung der heutigen Entwicklung im Gazastreifen. Der Rückzug bedeutete einen Sieg für die radikalen Moslems, weil die Hamas seitdem völlig ungehindert agieren und sich noch stärker als bisher als einzige Ordnungsmacht aufspielen kann. Deutlichster Ausdruck der offenen Herrschaft der Hamas über den Gazastreifen waren die antisemitischen Exzesse, die auf den Rückzug folgten – unmittelbar nach dem Abzug der IDF-Truppen brannten im gesamten Gazastreifen die Synagogen.

Die Schutzzone, die heute im Gazastreifen errichtet wird, um israelische Grenzsiedlungen vor Raketenangriffen zu schützen, beweist, dass der Abzug nicht zum anvisierten Ziel einer besseren Grenzsicherung und Überwachung geführt, sondern im Gegenteil eine Verstärkung der Angriffe zur Folge hat. Die Ablehnung des Gaza-Abzuges durch den neuen Vorsitzenden des Likud, Benjamin Netanjahu, die er durch seinen Rücktritt als Finanzminister der alten Regierung bekräftigte, ist daher auf eine realistische Einschätzung der logistischen Bedeutung des Gaza-Streifens für die islamischen Terroristen zurückzuführen. So bezeichnete er den Rückzug aus dem Gazastreifen als „Belohnung für den Terror" und warf Sharon vor, dass „die Auflösung der jüdischen Siedlungen aus dem Gazastreifen eine Basis des islamistischen Terrorismus mache". Deutliche Worte gegen die Gotteskrieger äußert Netanjahu aber nicht nur in Bezug auf den palästinensischen Antisemitismus: um die atomare Bedrohung von Seiten des Iran abzuwenden, schlug er vor, „dessen Atomanlagen zu bombardieren, so wie es Israel 1981 gemacht hatte, als die Luftwaffe auf Anordnung des damaligen Premiers Menachem Begin einen halbfertigen Atomreaktor im Irak zerstört hatte". Unabhängig davon, dass sich das Atomprogramm des Irak von 1981 nicht mit dem heute über das ganze Land verstreuten und teilweise unterirdisch angelegten des Iran gleichsetzen lässt, sprechen diese Äußerungen doch eine deutliche Sprache: *Time's running out.*

Kadima im Aufwind

Die aus einer Abspaltung vom Likud entstandene Kadima teilt diese Einsicht, aber argumentiert zurückhaltender, vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil die Augen der Weltöffentlichkeit wesentlich stärker auf sie gerichtet sind. Innerhalb kürzester Zeit wuchs die Kadima zu einer ernst zu nehmenden politischen Kraft in Israel heran. Sie stellt nicht nur die meisten Minister in der momentanen Übergangsregierung, sondern könnte selbst nach dem Ausfall ihrer Gallionsfigur Ariel Sharon jüngsten Umfragen zufolge mit einem Drittel der 120 Sitze in der Knesset rechnen (2). Entscheidend bleibt jedoch, wie schnell die Kadima ihre mit dem Ausfall von Sharon entstandene Führungskrise lösen kann, da auch in Israel Politik weitgehend als Spektakel inszeniert wird. Aussichtsreichster Kandidat für den Posten des Vorsitzenden ist der schon erwähnte Ehud Olmert. Als enger Vertrauter Sharons gehörte er zu den Ersten, die vom Likud zur Kadima übertraten. Seine langjährige politische Erfahrung, unter anderem als Bürgermeister von Jerusalem, hat ihm den Ruf eines auf kommunaler und nationaler Ebene erfahrenen Politikers eingebracht, vielen

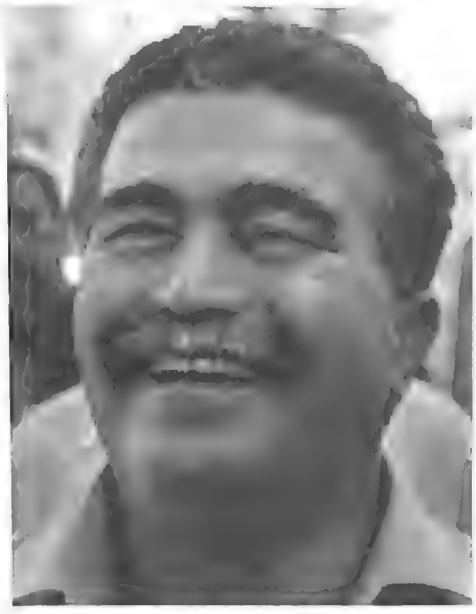
Kommentatoren ist Olmert jedoch zu farblos und uncharismatisch für das Amt. Außer ihm werden als aussichtsreiche Kandidaten für das Amt der momentane Verteidigungsminister Schaul Mofas, Shimon Peres, der von der Arbeitspartei zur Kadima wechselte, sowie die Justizministerin Zipi Liwini gehandelt.

Schaul Mofas bekämpfte in seiner fünfjährigen Amtszeit als Chef der israelischen Armee durch gezielte Luftanschläge und Häuserräumungen offensiv den palästinensischen Terror. Als Verteidigungsminister ordnete er unter anderem die Errichtung der Schutzzone im Gazastreifen an. Shimon Peres ist wohl jedem als Architekt des eingestürzten Osloer Abkommens sowie als Träger des mit reichlich Weihrauch umnebelten Friedensnobelpreises bekannt, den er zusammen mit Arafat erhielt. Insbesondere seine internationale Anerkennung als „Mann des Friedens" färbt auch innenpolitisch

Bald Vorsitzender der Kadima? Ehud Olmert

auf ihn ab, so dass er eine der populärsten Figuren der israelischen Politik ist. Er könnte nach Umfragen die meisten Wählerstimmen auf sich vereinen, doch an Peres haftet der große Makel, noch nie mit einer Partei gewonnen zu haben. Vielleicht ist es gerade seine andauernde Erfolglosigkeit, die ihn für die Europäer sympathisch erscheinen lässt. Peres kann, seiner Politik als früherer Vorsitzender der Arbeitspartei zufolge, bezüglich der Verhandlungen mit den Palästinensern als nachgiebigster Kandidat bezeichnet werden. Zipi Liwini schließlich setzte sich als Justizministerin insbesondere für einen stärkeren Druck ausländischer Regierungen auf die Autonomiebehörde zur Zerschlagung und Entwaffnung von Terrorgruppen wie Islamischer Jihad und Hamas ein.

Alle vier Kandidaten sind starke Befürworter des Gaza-Abzuges und treten mehr oder weniger vehement für die im Programm der Kadima festgelegte Räumung des Westjordanlandes und die Gründung eines palästinensischen Staates ein. Kadima will ihrem Programm zufolge 90 Prozent des Westjordanlandes in naher Zukunft verlassen. Lediglich die großen Siedlungsblöcke, etwa Ariel und Gush Etzion, sollen erhalten bleiben. (3) Auf dem geräumten Gebiet ist die Entstehung eines Palästinenserstaates geplant. Die Bedingungen für die Gründung dieses Palästinenserstaates sind die vollständige Entwaffnung und Auflösung der Terrorgruppen. Es stellt sich die Frage nach der Durchsetzbarkeit eines solchen Programmes angesichts des Mangels an potentiellem Staatspersonal, das nicht Mitglied irgendeiner terroristischen Vereinigung ist (die Al-Aksa-Brigaden sind bekanntermaßen der militante Arm von Abbas' Fatah). Selbst wenn es gelingen sollte, die Gruppen im Westjordanland zu entwaffnen, ist die Möglichkeit gering, dass dieser Zustand längere Zeit anhält. Denn nach wie vor floriert der Waffenschmuggel über die ägyptische Grenze in den Gazastreifen. Zudem hat die Autonomiebehörde offensichtlich kein Interesse an einem solchen Zustand, in dem sie gegen ihre eigene Klientel vorgehen müsste. Der Zustand der Entwaffnung dürfte so nur von kurzer Dauer sein und ein palästinensischer Staat würde eine weitaus größere Gefahr für die Sicherheit Israels darstellen als der momentane Zustand. Ein souveräner Staat Palästina würde die Terrorismusbekämpfung wesentlich schwieriger gestalten und der antizionistischen Propaganda einen weiteren Sieg gegen den jüdischen Feind einbringen. Hinzu kommt eine dritte Partei, die UNO, deren eifrigste Verfechter nur darauf warten, endlich eine UN-Schutztruppe ins Westjordanland schicken zu können, um Israel an Selbstverteidigungsmaßnahmen zu hindern. Wie islamische Terrororganisationen ungestört an UN-Schutztruppen vorbei ihren Krieg führen können, ohne dafür belangt zu werden, lässt sich derzeit



Volkstribun Amir Peretz

nicht nur an Israels Grenze zum Libanon, sondern auch im Kosovo und in Afghanistan studieren.

Bei aller Kritik ist zu erwarten, dass unabhängig davon, wer letztendlich zum neuen Vorsitzenden der Kadima gewählt wird, diese sich weiterhin für einen offensiven Kampf gegen den palästinensischen Terror einsetzen wird. Dies bringt sie in einen deutlichen Gegensatz zur Politik der Arbeitspartei unter Amir Peretz.

Ethical Road Map

Das Hauptthema Peretz' im Wahlkampf ist die soziale Ungleichheit in der israelischen Gesellschaft und der Abbau von Sozialleistungen durch die Likud-Regierung. Er sieht sich in der Tradition ausgerechnet Menachem Begins, der 1977 als Vorsitzender des Likud durch das Versprechen eines sozialen Wechsels und dem Aufbau eines Zugehörigkeitsge-

fühles zur Arbeiterklasse einen gesellschaftlichen Stimmungswandel entfacht und den Likud so an die Macht zurück gebracht hatte. Er will „der Begin der Arbeitspartei sein", aber im Gegensatz zu diesem sehe sein Programm Frieden statt Besatzung vor. Dieses Programm hat Peretz auf seiner Internetseite unter dem Namen „Ethical Road Map" ausgebreitet. (4) Er sieht sich berufen, „die zionistische Vision zu erfüllen".

Der Weg zur Erfüllung seines „zionistischen Traumes" ist „die Aufgabe der Besatzung", welche die „Moral von Israel untergräbt" und „es seiner demokratischen und jüdischen Natur beraubt". Die „Besatzung" sei durch den Abschluss eines „Friedensabkommens" und des „Aufbau(es) eines palästinensischen Staates" zu beenden. Der Grund für die Besatzung, nämlich die mit ihr verbundenen Sicherheitsinteressen Israels, und die momentane Verfasstheit der palästinensischen Gesellschaft kommen bei Peretz nicht zum Ausdruck. Peretz erklärt zwar, dass „der Schutz der individuellen Sicherheit einen kompromisslosen Kampf gegen Terrorismus nötig macht", auf die Art und Weise der Maßnahmen gegen den Terrorismus geht er jedoch nicht weiter ein.

Interessant wäre es auch zu erfahren, wie und mit wem Peretz sich sein Friedensabkommen vorstellt. Nach den Erfahrungen in der Vergangenheit ist sicher, dass weite Teile der palästinensischen Gesellschaft einen wirklichen Frieden nicht wollen, sondern ihr Ziel weiterhin darin besteht, die Juden ins Meer zu treiben. Angesichts der auch von Mahmud Abbas aufrecht erhaltenen Forderung nach Rückkehr aller so genannten Flüchtlinge, deren Umsetzung die Aufgabe des jüdischen Charakters des Staates Israel bedeuten würde, müsste eigentlich selbst Peretz auffallen, dass es keine Verhandlungsgrundlage gibt. (5) Doch wie so oft in seinem Programm sind auch in diesem Punkt die Forderungen allgemein gehalten und entspringen einem utopischen Menschheitsideal.

Der „Kampf für den Frieden" steht bei Peretz immer in Verbindung mit seinem Kampf für soziale Gerechtigkeit. So äußerte er in einem Interview, dass, „wenn man die Besatzung aufgibt, mehr Geld für die Bildungs- und Sozialpolitik in Israel vorhanden ist". (6) Dies ist die typisch sozialdemokratisch vorgetragene Illusion über den Charakter des Geldes als beliebig einzusetzendes Mittel. Dass die Sicherheit eines Staates aber nicht mit der Alimentierung von Arbeitslosen auf gleiche Stufe zu setzen ist, weil der bürgerliche Staat kein Institut zur Beglückung der Menschheit und das Geld kein Mittel, sondern dinglicher Ausdruck einer verrückten gesellschaftlichen Eigendynamik ist, kann einem israelischen Sozialdemokraten ebenso wenig aufgehen wie einem italienischen, australischem oder deutschen. Pathetisch heißt es auf Peretz' Internetseite weiter, dass, sobald seine Ziele verwirklicht seien, „die Flagge der sozialen Gerechtigkeit ebenso wie die Flagge des Friedens auf jedem Haus in Israel stolz wehen" würde. (7) Seine Aufgabe sieht er daher – ganz erfüllt von gutem Willen – in dem Aufbau einer solidarischen und sozial gerechten Gemeinschaft. Einer Gemeinschaft, in der „es weder Suppenküchen noch luxuriöse Wohlfahrtsdinner geben soll". Die Abschaffung der Abhängigkeit der unteren Gesellschaftsschichten von staatlichen oder gutmenschlichen Wohlfahrtleistungen ist eine Idee, die durchaus sympathisch ist. Die konkreten Vorschläge erweisen sich jedoch als die bekannten sozialdemokratischen Vorstellungen von einem Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. So bedeutet für ihn eine „gesunde und prosperierende Wirtschaft" „die Reduzierung von Arbeitslosigkeit, faire

anzeige

www.charlie-ccp.de.vu

CCP #4

Plapperorgan gegen deutsche Zustände

aus dem Inhalt:

- **Auf dem Weg zur Sonne zur Freiheit..nichts Neues** - Daniel York über das fortwährende Elend der deutschen Sozialdemokratie am Beispiel der Linkspartei.
- **Vom Kopf in den Schritt und wieder zurück**: Marlen Jacobsons Versuch, binäre Geschlechtskategorien auf dem Müllhaufen der Geschichte abzulegen.
- Walther F. Kruger gräbt im historischen Gemüsegarten des **deutschen Antiamerikanismus** und stößt auf so manch übelriechende Wurzel.
- **Schreier lässt singen** - zur Debatte um die deutsche Nationalhymne in saarländischen Grundschulen.

Bezug, Abonements und alle Ausgaben online unter ***www.charlie-ccp.de.vu***

und gleiche Arbeitsbedingungen und de(n) Anstieg des Mindestlohnes". Der sozialdemokratische Standardsatz, dass „er sein bestes tue, um die Einkünfte aus dem gesellschaftlichen Wachstum auf alle Mitglieder der Gesellschaft aufzuteilen", darf in einem solchen Programm natürlich auch nicht fehlen.

Logisch, dass aus einer solchen moralischen Betrachtung der Gesellschaft eine ebenso moralische Erklärung des Übels erwächst, etwa wenn Peretz von den „hilflosen Massen" spricht, „die einem politischen System gegenüber stehen, das den moralischen Charakter des Staates Israel bedroht". Die für diese Politik verantwortlichen Volksfeinde seien natürlich im Likud zu finden. So heißt es im Interview weiter: „Es besteht kein Zweifel, dass die Wahl 2006, wo ich hoffentlich antreten werde, zwischen mir als Kopf der Arbeitspartei und Nethanju als Kopf des Likud stattfinden wird. Das wird das erste Mal in Israel sein, dass diese unterschiedlichen Weltsichten in einer Wahl zur Abstimmung stehen - die Öffentlichkeit wird entscheiden müssen zwischen einem Weg des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit, welchen ich repräsentiere, und einem politischen Extremismus und rechter Ökonomie wie ihn Netanjahu repräsentiert." An anderer Stelle heißt es, der Likud hätte bewusst den Arbeitsmarkt zu einem Dschungel ausgebaut, in dem nur die Stärksten überleben könnten. Der Likud wird zum Sinnbild des Raubtierkapitalismus und des *Survial of the Fittest*, dem Peretz sein Konzept der „Förderung von humanem Kapital statt ökonomischen Kapital" entgegenstellt. Peretz erweist sich so in der Tat als „letzter Sozi" (8), der seinen sozialverträglichen und guten Kapitalismus dem gemeinschaftszerstörenden, unmoralischen Kapitalismus des Likud entgegenstellt.

Peretz' Freunde

Angesichts solcher Positionen verwundert es nicht, dass Peretz nicht nur in Europa, sondern auch in arabischen Staaten Sympathien besitzt. Selbst Syrien, wo sonst jedem Juden die Pest an den Hals gewünscht wird, sendete nach seiner Wahl zum Vorsitzenden ein Glückwunschtelegramm an ihn. Der Präsident von Syrien, Bashar al-Assad, erklärte, dass er durch Gespräche mit Peretz im August festgestellt habe, dass er ein echter Partner für Friedensverhandlungen bezüglich eines palästinensischen Staates sei. Der palästinensische Außenminister Nabil Schaath erklärte nach dem Ausfall von Sharon: „Wir hoffen durchaus, dass Oppositionschef Amir Peretz jetzt gute Chancen hat. Peretz will weitere Siedlungen räumen, auch in Gebieten, die Scharon behalten hätte." Doch Perez bekommt nicht nur die Unterstützung von arabischen Antisemiten. Auch Friedensfreunde wie Uri Avnery oder der Generaldelegierte Palästinas in Deutschland und Fatahvorsitzende im Gazastreifen, Abdullah Franghi, gehören zu seinen Unterstützern.

So schreibt Avnery : „Es bleibt nicht mehr viel Zeit. Peretz muss kühne strategische Entscheidungen treffen. Jetzt, sofort. Dies ist ein Test für die Führungsqualitäten. Ein schicksalhafter Test, weil eine Niederlage nicht nur eine Katastrophe für die Labourpartei, sondern für das Friedenslager im Ganzen und tatsächlich auch für Israel wäre." (9) Bei Franghi heißt es in einem Interview: „Die neue Politik der Arbeitspartei ist positiv für Israel und für die Annäherung von Palästinensern und Israelis." An einer anderen Stelle heißt es weiter: „Ich wünsche mir, dass es in Israel eine neue Führung unter dem neuen Vorsitzenden der Arbeitspartei gibt. Peretz hat durchaus die Chance, die Mehrheit der Israelis hinter sich zu bekommen." (10)

Die Neuwahlen sind so zu einem Richtungsentscheid über die Palästinenserpolitik der neuen israelischen Regierung geworden. Wahrscheinlich ist, dass die Kadima, die in vielen Israelis die Hoffnung auf ein Leben in Frieden und Sicherheit weckt, sich mit ihrem Programm durchsetzen wird. Die Folge wäre langfristig aller Voraussicht nach der von der Partei angekündigte palästinensische Staat, dessen Vernichtungspotential die Gefahr für die Existenz des jüdischen Staates nicht mindern, sondern noch erhöhen dürfte. ■

Anmerkungen:

(1) Die Mehrheit der Likud-Abgeordneten hat in der Knesset gegen den Rückzug aus dem Gaza gestimmt. Nur mit den Stimmen der Arbeitspartei hatte Sharon den Rückzug verwirklichen können.

(2) Befragung des Institutes Dialog, veröffentlicht in der Haaretz. www.haaretz.com.

(3) *Ma`ariv* vom 29.11.2005.

(4) http://www.amirperetz.co.il/English3rd.html.

(5) Die Zahl der von der UN benannten Flüchtlinge wird derzeit mit etwa vier Millionen angegeben. Diese absurde Zahl kommt durch die Übertragung des Flüchtlingsstatus auf alle Blutsverwandten eines Flüchtlings zustande.

(6) Interview in der *Labourstart* vom 12. Juni 2005.

(7) http://www.amirperetz.co.il/english1st.htm.

(8) vgl. Eric Lee, *Der letzte Sozi*, in: *Jungle World*, Nr. 46.

(9) http://www.uri-avnery.de/magazin/artikel.php?artikel=273&type=&menuid=4&topmenu=4.

(10) Interview in der *jungen Welt* vom 17.12.2005.

Der Muslim-Test

Über das zwangsläufige Scheitern einer notwendigen Intervention

HORST PANKOW

Manchmal scheinen Probleme sich tatsächlich in wohlgefälliges Nichts aufzulösen. Das gilt offenbar nicht nur für Individuen, auch Staaten und ihre Staatsbürgerkollektive kommen hin und wieder in den Genuss dieser unerwarteten Schicksalsgunst. Zum Beispiel Deutschland: Noch in der zweiten Hälfte der 90er Jahre litten deutsche Politiker, Journalisten und Medienkonsumenten unter einem *Sektenproblem*. Einem Problem, das den Betroffenen bisweilen phobische Reaktionen abnötigte. Von „geheimen Netzwerken", von „Gehirnwäsche" und „Unterwanderung" wurde phantasiert.

Im Zentrum der deutschen Ängste stand seinerzeit – neben allerlei fernöstlich und „esoterisch" inspirierten Gruppierungen – die in den 50er Jahren von einem US-amerikanischen Science-Fiction-Autor gegründete Scientology Church. Dieser mit wirren Apologien ungehemmter Konkurrenz und kruden Übermenschenphantasien um die Gunst der zu kurz gekommenen Leistungswilligen buhlende Verein wurde als Kopf einer Verschwörung, ja, einer Weltverschwörung identifiziert: „Scientologen wollen Regierungen stürzen und selbst die Herrschaft übernehmen", lautete im Juli 1997 eine Einschätzung des Berliner *Tagesspiegels*. Im Jahr zuvor hatte das CSU-Organ *Bayernkurier* mit der Schlagzeile „Kampf der Krake!" aufgemacht und in linken Blättern war man längst dabei, den Marschbefehl mit entsprechenden Graphiken zu illustrieren.

Überhaupt – wie hierzulande bei nationalen Mobilisierungen üblich – gerieten die traditionellen politischen Grenzen angesichts der scientologischen Bedrohung ins Wanken. Während traditionell linke Aktivisten Transparente an Mietshäusern anbrachten, die deren Eigentümer nicht nur als gewöhnliche „Miethaie", sondern als gefährliche Scientologen brandmarkten (nur selten fehlte eine stilisierte Krake in diesen Kunstwerken), warben rechte Anhänger der Jungen Union vor Großstadtkinos um Unterschriften für eine Resolution, mit der die Absetzung von Filmen gefordert wurde, weil in ihnen als Scientologen identifizierte oder verdächtigte Hollywoodstars Rollen spielten. Im öffentlichen Dienst Bayerns wurden Scientology-Mitglieder mit Berufsverbot belegt, in anderen Bundesländern der Verfassungsschutz auf sie angesetzt, Arbeits- und andere Ämter erstellten Sonderkarteien mit der Kennzeichnung „S" für Scientology. Nahezu jeden Tag konnte man in den Massenmedien die warnenden Worte der von Parteien, Kirchen und anderen Institutionen beschäftigten „Sektenbeauftragten" vernehmen.

Irgendwann hat das alles aufgehört. Sektenproblem – war da was? Kaum jemand scheint sich heute noch für die damaligen Weltverschwörungsängste zu interessieren. Es wäre freilich ein Irrtum anzunehmen, diese hätten sich, wie das Problem, an dem sie sich entzündeten, ebenfalls in Wohlgefallen aufgelöst. Auf dem Höhepunkt der Anti-Scientology-Kampagne hatte ich Ende 1997 die These formuliert, die Kampagne diene der ideologischen Homogenisierung der neuen deutschen Großmacht, indem mit den Sekten jedes partikulare Interesse, das sich aus anderen ideologischen Quellen als den hierzulande anerkannten speist, exemplarisch abgestraft werde. Am Ende meiner Überlegungen wagte ich damals die Prognose, die Hexenjagd werde sich nicht auf scientologische Wirrköpfe in Deutschland beschränken, sondern ihr Augenmerk verstärkt auf deren „Mutterland", die USA, richten. (1)

Richtig getippt?

Knapp acht Jahre später ist aus dem Symbol der Krake ein Heuschreckenbild geworden. Dem sozialdemokratischen Parteisoldaten Müntefering gelang es im vergangenen Jahr, das sich auf den politischen Rändern (rechtes CSU-Organ, linke Aktivisten) nützlich machende Ungeheuer in einen Agrarschädling zu verwandeln, und so ein Symbol des „raffenden" US-Kapitals zu kreieren, das inzwischen von fast allen bedenkenlos verwendet wird. Die romantisch aufgeladene Vorstellung von den „infamen scientologischen Verschwörern" hat sich in die literarische und cineastische Phantasie von „skrupellosen CIA-Agenten" transformiert. Die ehemaligen "geheimen Netzwerke" der Scientologen sind zu „geheimen CIA-Gefängnissen" mutiert, in denen Unschuldige, auch deutsche Unschuldige, gequält werden. Längst geht es nicht mehr um „Gehirnwäsche" einer Psychosekte, sondern um handfeste „Folter" durch staatliche Schergen. (2) Freilich dürfte der Terminus „Gehirnwäsche" auch künftig hierzulande nicht nur in der antiamerikanischen Rhetorik Verwendung finden, lässt sich mit ihm doch ideal Abweichung vom Mainstreamdenken und –handeln als „fremdgesteuert" denunzieren.

Mit der Etablierung von Antiamerikanismus und Islamophilie als Phänomene des deutschen Massenbewusstseins ist die ideologische Homogenisierung ein weites Stück vorangekommen. Die spätestens seit dem 11. September 2001 epidemisch grassierende Islamophilie setzt die Moslems in den Stand hilfloser Aggressionsopfer und erhebt die barbarische Praxis der Selbstmordattentäter in den Rang verzweifelten, aber legitimen Widerstandes. In der Islamophilie dürfte

auch ein wesentlicher Grund für das fast spurlose Verschwinden des deutschen Sektenproblems zu finden sein. Wer sich berufen fühlt, islamische Gepflogenheiten sowohl bezüglich des Alltagslebens als auch staatlicher und quasistaatlicher Machtausübung zu beschönigen, zu relativieren und zu legitimieren, für den kann der in einer Sekte einverständlich betriebene Psychoterror wohl kaum noch einen gewichtigen Stein des Anstoßes darstellen. (3)

Gleichwohl gibt es Anzeichen, die auf noch bestehende Lücken innerhalb der bereits vollzogenen ideologischen Homogenisierung verweisen. Noch ist das Verhalten der deutschen Polit-Elite gegenüber den zunehmend als feindlich wahrgenommenen USA und dem als sympathisch definierten Islam keineswegs einheitlich. Kein Anzeichen für solcherart Lücken stellt jedoch das – in jüngster Zeit erst bekannt gewordene – Agieren des deutschen Außenministeriums während der Kriegshandlungen im Irak vor drei Jahren dar. Dass Agenten des BND zumindest in Bagdad aktiv waren und der US-Airforce Schützenhilfe bei der Bombardierung leisteten, drückt lediglich einen temporären Widerspruch zwischen aktuellen und längerfristigen Interessen aus. Schließlich war das Kräfteverhältnis eindeutig und am Sieg der US-geführten Truppen konnte kein Zweifel bestehen. In einer solchen Situation ausschließlich auf den ausgemachten Verlierer zu setzen und diesen noch strategisch – wenn auch nur indirekt durch Zurückhaltung von Informationen - zu unterstützen, liegt in keinem staatlichen Interesse. Schließlich wollte Deutschland sich nicht die politischen Einflußmöglichkeiten im Nachkriegs-Irak verbauen.

Haben sie es wirklich geglaubt?

Anzeichen für noch nicht geschlossene Lücken in der ideologischen Homogenisierung lassen sich aber dennoch gerade im deutschen Diskurs über die USA und über den Islam finden. Gerade unter dem aktiven Personal der traditionell rechten Parteien CDU und CSU scheint ein negatives USA-Bild, wie es inzwischen von der gesellschaftlichen Mehrheit akzeptiert und hemmungslos reproduziert wird, nicht so schnell auf einhelligen Zuspruch zu stoßen. Der Grund dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit in der proamerikanischen Geschichte der (offiziellen) BRD bis 1989/90 zu finden sein. Das goldene Zeitalter des europäischen „Juniorpartners" der amerikanischen Weltmacht bereitete schließlich sowohl die Grundlage so mancher bis heute andauernden Politikerkarriere als auch des internationalen Erfolges der BRD. Vor allem mit diesem Erfolg legitimierte sich die Kritik der traditionell rechten Parteien an der linken Ablehnung des Irak-Krieges: Deutschland könne es sich einfach nicht leisten, bei einem weltgeschichtlich derart bedeutsamen Ereignis (die damals von den USA projektierte „demokratische Neugestaltung des Nahen Ostens") abseits zu stehen.

Auch der ein wenig skeptischere Blick mancher „rechter" Politiker auf den Islam dürfte Reminiszenzen an den Kalten Krieg zu verdanken sein. Zwar waren diese Leute ebenso wie alle anderen maßgeblichen Polit-Akteure (mit Ausnahme der Grünen in ihrer Anfangsphase) stets bereit, alle – und waren es noch so repressive, blutige, ja, massenmörderische – Maßnahmen des US-geführten Westens gegen die „kommunistische Bedrohung" zu unterstützen. Doch wurden in der antikommunistischen Ideologie solche Maßnahmen immer als *Mittel*, niemals als *Zweck* begriffen. Noch die schlimmsten antikommunistisch motivierten Massaker verstand man als temporäre Säuberungen, an deren Ende eine bessere – weil von den ideologischen Säulen Marktwirtschaft und Demokratie getragene – Zukunft imaginiert wurde. Der chilenische General Pinochet, zu dem CDU und CSU herzliche Beziehungen pflegten, hat diese Haltung in einem berühmt-berüchtigten Bonmot verdichtet: „Wer die Demokratie retten will, muss sie gelegentlich in Blut baden." Als dieser Mann schließlich seine blutige Arbeit erfolgreich beendet hatte und in Chile keine gesellschaftlich relevante Kraft mehr den Kapitalismus zugunsten eines besseren Lebens in Frage stellte, verzichtete er umstandslos auf den Posten des Staatschefs und *democracy as usual* kehrte zurück.

Es mag die in der islamischen Barbarei als Konstante anzutreffende Einheit von Mitteln und Zwecken sein, die rechte Islam-Skeptiker in CDU und CSU, die ja auch in ihren Parteien eine Minderheit darstellen, motiviert. Es mögen Residuen eines im antikommunistischen Furor entstandenen und gepflegten Demokratieidealismus noch heute in manchen Köpfen ihre Wirkung entfalten. (4) Möglicherweise haben nicht wenige dieser Leute ja tatsächlich an die „Werte" von „Freiheit und Demokratie" geglaubt, und sie – anders als seinerzeit von linken Demokratieidealisten konstatiert - nicht nur rein rhetorisch-instrumentell verwendet. Sollte dies tatsächlich so sein, wäre es auch möglich, dass unter den früher als „konservativ" Geltenden heute zumindest partiell eine höhere Wertschätzung der bürgerlichen Ideale des autonomen und selbstverantwortlichen Individuums, der staatsrechtlichen Gleichheit aller Bürger und der naturrechtlich begründeten Ablehnung einer Ungleichheit aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe und sexueller Orientierung anzutreffen ist als unter einstmals „Progressiven". (5)

Katalog der post-68er Errungenschaften?

Dass dies möglich ist, zeigt ein Anfang des Jahres vom Baden-Württembergischen Innenministerium veröffentlichter "Gesprächsleitfaden". (6) Er soll ein so genanntes "Einbürgerungsgespräch" mit einbürgerungswilligen Moslems strukturieren. Der Leitfaden enthält 30 Fragen, die frei formuliert beantwortet werden sollen; der Inhalt der Antwort kann über Gewährung oder Verweigerung der Einbürgerung entscheiden. Der Gesprächsleitfaden liest sich hauptsächlich wie ein Katalog eines Großteils der „zivilisatorischen Errungenschaften", die die post-68er Linken beanspruchen, in diesem Land durchgesetzt zu haben. So zum Beispiel die vollständige rechtliche und soziale Gleichstellung von Frauen, die Anhängern des Islam bekanntlich als Blasphemie gilt: „Wie stehen Sie zu der Aussage, dass die Frau ihrem Ehemann gehorchen soll und dass dieser sie schlagen darf, wenn sie ihm nicht gehorsam ist?" wird der einbürgerungswillige *Mus-*

lim gefragt. Der *Muslima* wird folgende Frage zugemutet: „Ihre Tochter möchte sich gern so kleiden wie andere deutsche Mädchen und Frauen auch, aber ihr Mann ist dagegen. Was tun Sie?“ *Muslim* und *Muslima* werden gleichermaßen Stellungnahmen zur gesellschaftlichen Position der Geschlechter zugemutet: „In Deutschland kann jeder bei entsprechender Ausbildung nahezu jeden Beruf ergreifen. Was halten Sie davon? Sind Sie der Meinung, dass bestimmte Berufe nur Männern oder nur Frauen vorbehalten sein sollten? Wenn ja, welche und warum?“ Und: „Welche Berufe sollte Ihrer Meinung nach eine Frau auf keinen Fall ausüben? Hätten Sie bei bestimmten Berufen Schwierigkeiten, eine Frau als Autoritätsperson anzuerkennen?“ Sieht man einmal von dem offenkundigen Unsinn ab, bei der derzeitigen und sich künftig noch zuspitzenden Arbeitsmarktsituation könne jeder „nahezu jeden Beruf ergreifen“, dokumentieren diese Fragen eine sehr realitätsbezogene Einschätzung der unter Moslems vorherrschenden Haltung.

Jeder, der die Lebensrealität in islamischen Gesellschaften – die hiesigen Parallelgesellschaften eingeschlossen – auch nur ansatzweise kennt, hat vielleicht selbst schon einmal eine der folgenden Fragen stellen wollen: „Halten Sie es für zulässig, dass ein Mann seine Frau oder seine Tochter zu Hause einschließt, um zu verhindern, dass sie ihm in der Öffentlichkeit ‚Schande‘ macht?“ Oder: „Was halten Sie davon, dass Eltern ihre Kinder zwangsweise verheiraten? Glauben Sie, das solche Ehen mit der Menschenwürde vereinbar sind?” Aber auch der Antisemitismus, der im Islam gepflegt wird wie sonst nur unter deutschen Nazis, und der gerade unter arabischen und türkischen Moslems verbreitete Rassismus gegenüber Menschen mit dunkler Hautfarbe werden thematisiert. Zum Beispiel: „Ihre Tochter bewirbt sich um eine Stelle in Deutschland. Sie bekommt jedoch ein ablehnendes Schreiben. Später erfahren Sie, dass eine Schwarzafrikanerin aus Somalia die Stelle bekommen hat. Wie verhalten Sie sich?“ Die derzeit wohl in keinem anderen Segment der so genannten Weltgemeinschaft so aggressiv und vor allem so mörderisch wütende Homophobie wird ebenfalls angesprochen: „Stellen Sie sich vor, Ihr volljähriger Sohn kommt zu Ihnen und erklärt, er sei homosexuell und möchte gern mit einem anderen Mann zusammenleben. Wie reagieren Sie?“ Und: „Was halten Sie davon, dass in Deutschland Homosexuelle öffentliche Ämter bekleiden?“

Weil jede dieser Fragen einen tatsächlichen Sachverhalt nahezu so exakt trifft wie die sprichwörtliche „Faust aufs Auge“, kann man bei allem Verständnis dafür, dass sich niemand gern einer behördlichen Befragung unterzieht, feststellen: Eine Zumutung stellt der Gesprächsleitfaden gewiss nicht dar. Würde er der Erreichung seines intendierten Zieles, der Abwehr und Eindämmung barbarisch-autoritärer Verhältnisse nur ein wenig näher kommen, müsste er begrüßt werden, zumindest als Schritt in die richtige Richtung. Bei aller Abneigung gegen Analogie-Argumentationen: Auch Gepäck- und Körperkontrollen an Flughäfen werden als unangenehm empfunden und wer als linker Staatskritiker einschlägige Erfahrungen mit Sicherheitsorganen gemacht hat, kann sich eines Anfluges von ekeldurchsetztem Widerwillen womöglich nicht erwehren. Dennoch würden wir uns in der gegenwärtigen Situation wesentlich unwohler fühlen, fänden diese Kontrollen nicht statt. Allerdings müssen Einschränkungen an dieser positiven Bewertung vorgenommen werden: Die im Gesprächsleitfaden enthaltenen Fragen sollen allen Einbürgerungswilligen aus den 57 Staaten, die der so genannten „Islamischen Konferenz“ angehören, gestellt werden, darüberhinaus auch denjenigen aus anderen Ländern, die sich als Moslems bekennen. Letzteres erscheint mir völlig richtig, zumal es überhaupt richtig gewesen wäre, die Zielgruppe auf Moslems zu beschränken. In islamischen Staaten leben schließlich auch Atheisten, Juden, Christen und andere Minderheiten; Leute also, die allen Grund haben, der permanenten Bedrohung in ihren Herkunftsländern zu entfliehen. Für sie ist der Fragenkatalog tatsächlich eine Zumutung, ja, eine Diskriminierung. Auch kann mit Fug und Recht bezweifelt werden, ob gewöhnliche Sachbearbeiter einer Behörde überhaupt die nötige intellektuelle Eignung für die Durchführung eines adäquaten Gespräches nach dem durchaus komplex und differenziert gestalteten Leitfaden aufweisen. Wer sich schon mal als Antragsteller oder als Beistand eines solchen auf deutschen Ämtern herumgetrieben hat, weiß, welcher Menschenschlag mit Vorliebe gerade in die dort vorhandenen „Berufe“ strömt. Die Gefahr, dass aufgrund falscher Angaben potentielle Ehrenmörder die Befragung positiv passieren, kann hingegen als gering eingeschätzt werden. Zum Selbstverständnis der Islamanhänger zählt die unbedingte Übereinstimmung von Denken, Sprechen und Handeln: Man sagt, was man tun wird und man tut auch, was man gesagt hat. Nur deshalb kann der weltweite Geltungsanspruch der Sharia in den *Eurabian Quarters* westlicher Metropolen ebenso wirksam praktiziert werden wie in Teheran oder Ramallah.

Lechts und Rinks velwechsern?

Der Gesprächsleitfaden war eine gute Idee und eine richtige Initiative, doch leider wird er wohl zurück genommen werden, noch bevor das erste Gespräch auf seiner Grundlage stattgefunden haben wird. Die Bundesländer Hessen und Saarland, die zunächst seine Übernahme angekündigt hatten, ruderten Mitte Januar bereits zurück: Man wolle erst die Erfahrungen aus Baden-Württemberg abwarten. Doch diese Erfahrungen werden wahrscheinlich nie gemacht werden. In der Baden-Württembergischen CDU-FDP-Regierungskoalition ist der Fragenkatalog inzwischen mehr als umstritten. Auf CDU-Bundesebene wird die Initiative des Baden-Württembergischen Innenministers nur noch von einer Minderheit unterstützt. Überraschend ist das nicht, denn angesichts des massenmedialen Aufschreis, der nach Ankündigung des Gesprächsleitfadens durch das Land ging, könnte auch bei den Initiatoren Angst vor der eigenen Courage aufgekommen sein, schließlich stehen politische Karrieren auf dem Spiel. Von „Gesinnungstest“ bzw. „Gesinnungsschnüffelei“ war nicht nur in Blättern und Sendern die Rede, die der ehemaligen rotgrünen Bundesregierung nahestehen. Vor „Suggestivfragen zur Weltanschauung“

warnte die *FAZ*, Springers *Welt am Sonntag* halluzinierte sogar einen „Anschlag auf die Liberalität" herbei.

Am erfolgreichsten bei der Verunglimpfung der Initiative war jedoch zweifellos die *Taz*. Der von ihr kreierte Terminus „Muslim-Test" wurde von fast allen anderen Blättern adaptiert, der süffisante Tonfall ebenfalls. Frauenverachtung, Judenhass, Schwulen-, Lesben- und Intellektuellenfeindlichkeit gebe es doch auch in den majoritären nichtislamischen Segmenten der deutschen Gesellschaft. Wäre es deshalb nicht überheblich, die geschätzten *Muslime* wegen dieser gemeinschaftlichen Idiosynkrasien „auszugrenzen"? Aus der Logik der Sache lässt sich wenig dagegen einwenden.

Den Beweis dafür, dass der normale Volksgenosse keine Angst vor eingebürgerten Moslems haben muss, da diese genauso antisemitisch und antiamerikanisch daher schwadronieren wie jener am Stammtisch, erbringt die *Taz*, indem sie deutsche *Muslime* in Kurzinterviews seit Anfang Januar „ohne Stress zum Muslim-Test" bittet. Den Anfang durfte der deutsch-türkische Komiker Feridun Zaimoglu (deutsch-türkisch wegen türkischer Eltern) machen. Auch von *Taz*-Lesern und –Verteidigern wird zugegeben: Es handelt sich um einen alternden Komödianten, der alles irgendwie witzige Pulver schon Ende der 90er voreilig verballert hat und dringend einer publikumswirksamen Auffrischung bedarf. Zumindest aktuell findet er die Lösung seines Problems im Antisemitismus. Auf die von der *Taz* aus dem Gesprächsleitfaden manipulativ verkürzt adaptierte Frage: „Herr Zaimoglu, manche Leute machen Juden für alles Böse in der Welt verantwortlich und behaupten sogar, sie steckten hinter den Anschlägen vom 11. September. Was halten Sie von solchen Behauptungen?" (7) antwortete der Befragte – ihn nun noch als Komiker zu titulieren wäre ein Akt der Komplizenschaft – folgendes: „Ich finde, es bringt nichts, sich darüber aufzuregen, dass unsere Welt so schlecht ist. Ich persönlich will ein besserer Mensch werden. Das ist doch viel wichtiger." Auf deutschen Nazi-Websites soll diese Antwort bereits als eine Art Musterantwort gegen Holocaustkeulen-Schwinger gehandelt werden.

Gerade angesichts des Scheiterns des Gesprächsleitfadens ist die Frage nach dem Zustandekommen der Kampagne eine relevante. Sie führt direkt zu einem brisanten Fragekomplex, nämlich: Gibt es hierzulande noch ernstzunehmenden Widerspruch gegen die hegemoniale Islamophilie; und wenn ja, wie wäre dieser politisch zu bewerten? Und: Kann es zumindest partielle und temporäre Gemeinsamkeiten zwischen Kritikern von Wertverwertung und Staatlichkeit einerseits und traditionell „rechten" Politikern andererseits geben?

Die gegenwärtige Situation scheint entscheidend dadurch geprägt zu sein, dass die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz autoritärer und barbarischer Modelle für eine chimärische Bewältigung der Krise, in der sich das Kapital befindet, eindeutig in Richtung Kulturrelativismus und Islamophilie geht. Das heißt auch, dass diejenigen, die als Störenfriede einer solchen Krisenlösung halluziniert werden, zum Abschuss freigegeben werden. Diese Situation sollte Anlass genug sein, die aufgeworfene Frage bezüglich möglicher Gemeinsamkeiten mit traditionell rechten Politikern zu bedenken ■

Anmerkungen:

(1) Siehe dazu: Horst Pankow, *Angriff der Thetanen. Deutschland löst sein „Sektenproblem"*, in: *Bahamas* Nr. 24, Herbst 1997, S. 45–48.

(2) Man muss ja ständig Missverständnissen, besonders gewollten, vorbeugen: Selbstverständlich kann die kritische Auseinandersetzung mit der Verwendung von Folter und rechtloser Internierung in ideologischen Kontexten niemals die reale Existenz solcher Schweinereien rechtfertigen, mögen die Opfer auch noch so unangenehme Figuren sein, die sich ihrerseits in der Verwendung solcher Mittel noch bestialischer als ihre aktuellen Peiniger zeigen.

(3) Das scheint zumindest für die letzten fünf Jahre zu gelten. Ein Wiederaufleben der Sekten-Hysterie in der Zukunft kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, vor allem wenn deutsche Sektenjäger den Ursprung des Jagdobjekts – wie im Scientology-Fall - jenseits des Atlantiks ausmachen sollten.

(4) Man sollte nicht vergessen, dass sich die prokapitalistische Ideologie des Antikommunismus durch eine ähnliche – emotional, moralisch und intellektuell grundierte - Heilsgewissheit auszeichnet wie ihre „antikapitalistische" Scheinantagonistin.

(5) Noch einmal gegen Missverständnisse: Den für die bürgerliche Gesellschaft ideologisch-funktionalen Charakter dieser Ideale möchte der Autor ebensowenig in Zweifel ziehen wie die Notwendigkeit der fundamentalen Kritik dieser Gesellschaft selbst. Beim heutigen Islam sind wir allerdings mit einer globalen Bewegung zur negativen Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft konfrontiert. Ideologiekritik zum Zwecke einer emanzipatorischen Aufhebung bedrückender Verhältnisse wird schwerlich möglich sein, wenn diese sich nicht – wie in den traditionellen bürgerlichen Gesellschaften – aus dem Fetischcharakter der Ware und den daraus entspringenden juristischen und privaten Verkehrsformen legitimiert, sondern aus göttlichem Willen. Die Praxis in islamischen Familien und Staaten zeigt: Diesen Verhältnissen können Unzufriedene nur durch Flucht oder durch Befreiung von außen entkommen.

(6) Veröffentlicht zum Beispiel in der *Taz* vom 04.01.2006 und in der *Welt am Sonntag* vom 08.01.2006.

(7) Die Originalfrage im Gesprächsleitfaden lautet: „Manche Leute machen die Juden für alles Böse in der Welt verantwortlich und behaupten sogar, sie steckten hinter den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York. Was halten Sie von solchen Behauptungen?"

Propagandisten der Gegenaufklärung

JAN HUISKENS

Als vor einigen Wochen gegen den Islamforscher Hans-Peter Raddatz von Seiten der Betreiber des schiitischen Internetportals *Muslim-Markt* eine Morddrohung ausgestoßen wurde, warf das kein gutes Licht auf den deutschen Islam, dem immer wieder bescheinigt wird, nur in Ausnahmefällen „fanatisch", „extremistisch" oder „fundamentalistisch" zu sein. Zwar gilt *Muslim-Markt* als ein solcher Ausnahmefall, aber die Tatsache, dass keine der größeren islamischen Vereinigungen sich von dem Mordaufruf distanzierte, sondern ihn höchstens herunterspielte, rief die Häuptlinge der islamwissenschaftlichen Disziplin auf den Plan. So war es Dr. Udo Steinbach, Leiter des Deutschen Orient Institutes, der Raddatz vorwarf, selbst für diese „Reaktion" verantwortlich zu sein, da er mit seinen pauschalisierenden Urteilen über den Islam die Moslems beleidigt habe. (1) Das Argumentationsmuster, das man schon von der Ermordung Theo van Goghs kennt, wird besonders abstrus durch den Umstand, dass Steinbach zuvor erklärt hatte, der Mordaufruf sei „eigentlich" gar keiner gewesen. Kurz und knapp ausgedrückt: Gesetzt den Fall, Moslems wollten Raddatz ans Leder, was in Wahrheit gar nicht ihr Begehren ist, hätte Raddatz sich die Folgen selber zuzuschreiben.

Kämpft für den „Dialog der Kulturen": Dr. Udo Steinbach

Allzu offensichtlich ist das Bestreben Steinbachs, die Moslems aus jeder Schuld zu nehmen und ihre Aggressionen stets in äußeren Umständen - den Vergehen der prospektiven Opfer, den „gesellschaftlichen Wurzeln", dem Rassismus, der Benachteiligung et cetera – zu verorten. Da dieses Denkschema immer auftaucht, wenn Islamwissenschaftler sich zu Wort melden, drängt sich die Erkenntnis auf, dass diese Wissenschaftler vom Standpunkt ihrer Disziplin aus unfähig zur Islam-Kritik sind. Der Islam ist für sie ein stets rein zu haltendes Forschungsgebiet, dem nicht wissenschaftliche Abgeklärtheit, sondern libidinös aufgeladene Faszination entgegen gebracht wird. Besonders deutlich zeigt sich diese Bindung an das Forschungsobjekt bei explizit linken Islamwissenschaftlern. Diese geben sich zwar besonders kritisch, verurteilen dieses und jenes, können sich aber niemals zu einer radikalen Kritik des Islam durchringen. Es ist weniger das linke Erbe, welches die „Toleranz für andere Kulturen" oder die Begeisterung für kollektivistische Gesellschaftsmodelle hervorbringt, als vielmehr die der Wissenschaft innewohnende Tendenz zur Rationalisierung, welche noch die scheinbar subversivsten Geister in Apologeten der islamischen Barbarei verwandelt. So argumentiert etwa Michael Kiefer, der in der Linken als äußerst beliebter Stichwortgeber in Sachen islamischer Antisemitismus gilt, weil er ein faktenreiches Buch zu diesem Thema geschrieben hat und gleichzeitig bekennender Gegner der Antideutschen ist, letztlich nicht anders als offen reaktionäre Ideologen wie Udo Steinbach.

Ein monolithischer Block

Kiefer ist ein einschlägig bekanntes Mitglied des islamwissenschaftlichen Milieus, so referiert er unter anderem auf Konferenzen der Deutsch-Morgenländischen Gesellschaft und engagiert sich für die Einführung islamischen Religionsunterrichtes an deutschen Schulen. Er verteidigt die Islamwissenschaften gegen den Vorwurf der Islamophilie, indem er die Udo Steinbachs und Annemarie Schimmels seiner Disziplin zu schwarzen Schafen erklärt. Es gebe „die deutsche Islamwissenschaft als monolithische(n) Block mit islamophilen Ambitionen ganz gewiss nicht". (Kiefer 2004, S. 223) Vielmehr gäbe es mittlerweile „viele Kolleginnen und Kollegen, die sehen, dass der islamisierte Antisemitismus in vielen islamischen Gesellschaften erheblich zugenommen hat und zu einer ernsthaften Gefahr für die noch verbliebenen jüdischen Minderheiten geworden ist". Der Begriff „islamisierter Antisemitismus" deutet jedoch schon an, dass Kiefer bemüht ist, den Antisemitismus vom Islam zu trennen. Kiefer zufolge konstruiert der Begriff „islamischer Antisemitismus" „in seiner Allgemeinheit eine historisch begründete Verbindung von Islam und Antisemitismus". Wieso die Behauptung einer Verbindung von Islam und Antisemitismus lediglich „konstruiert"

und somit unbegründet sei, untermauert Kiefer mit dem Argument, der vermeintlich „neue Antisemitismus" sei keineswegs neu, sondern bediene sich derselben Bilder und Stereotype wie der klassische moderne Antisemitismus aus Europa. Deshalb sei der islamische Anteil an diesem Antisemitismus lediglich „ornamental", in Wahrheit sei er also eine europäische Erfindung, die von Nazis, Kolonialisten und anderen Bösewichten gezielt exportiert worden sei.

Ist der Islam antisemitisch?

Um weiteren Aufschluss über diese Argumentation zu erhalten, empfiehlt es sich, Kiefers Buch „Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften" (2002) zur Hand zu nehmen. Dort will er nämlich dem „Transfer eines Feindbildes" auf die Spur kommen. Auf die Zusammenstellung von antijüdischen Gewaltexzessen in der islamischen Vergangenheit durch Robert Wistrich, die Kiefer auszugsweise zitiert, erwidert er, diese Fakten seien nicht die ganze Wahrheit. Gerade Leon Poliakov, der in einer Schrift von 1969 den Islam pauschal des Antisemitismus verdächtigt habe, sei in seiner „Geschichte des Antisemitismus" zu diesen Verdächtigungen auf Distanz gegangen und habe das islamisch-jüdische Zusammenleben als weitgehend friedliche Koexistenz beschrieben. Während Poliakov 1969 der „Logik des Antisemitismus" aufgesessen sei, weil er ebenfalls - wie der Antisemit das Bild des ewigen Juden - das Bild eines ewigen Antisemitismus zeichne, habe er zehn Jahre später in seiner „Geschichte des Antisemitismus" die Wahrheit gesagt. Um der möglicherweise auftretenden Unzufriedenheit des Lesers über solch beliebige Urteile zu begegnen, fasst Kiefer anschließend die jüdisch-islamische Geschichte ganz differenziert als „wechselvoll" zusammen. (Kiefer 2002, S. 27ff.) Das soll und kann nur heißen, die Juden seien nicht jeden Tag verfolgt worden und hätten nicht jedes Jahr ein Pogrom zu erleiden gehabt, sondern höchstens hin und wieder.

Beschäftigt sich Kiefer dann mit konkreten Verfolgungen der Juden, so ist er bemüht, den Islam als Motivation für diese Verfolgungen auszuklammern. Wenn er etwa in Bezug auf die Vertreibung und teilweise Vernichtung der jüdischen Stämme von Medina durch Mohammeds Streitkräfte schreibt, diese sei „hauptsächlich nicht-religiöser Art" gewesen, so erwartet man als Leser eine andere schlüssige Erklärung. Diese wird ohne Umschweife geliefert und sie könnte nicht deutlicher Kiefers Affinität zum islamwissenschaftlichen Betrieb ausdrücken: „Die Enttäuschung und Verbitterung des Propheten" über die Weigerung der Juden, sich ihm zu unterwerfen, „und das aus heutiger Sicht (!) grausame Vorgehen der Muslime gegen die jüdischen Stämme in Medina sollten jedoch nicht zu der Schlussfolgerung verleiten, dass in der islamischen Urgemeinde die Grundlage für einen militanten Antijudaismus gelegt wurde." Wo enttäuschte Liebe zu Verzweiflung führt, so wissen wir aus dem islamwissenschaftlichen Diskurs, ist die Vernichtung der Juden nicht nur verständlich, sondern mitunter sogar notwendig. Kiefer zitiert dem gemäß zustimmend einen gewissen Ali Dashti, „der die Ereignisse in Medina aus einer kritischen Perspektive betrachtet" und die These formulierte, „dass der Krieg gegen die jüdischen Stämme notwendig (!) war, um dem neuen islamischen Staatswesen eine solide wirtschaftliche und politische Grundlage zu geben." (ebenda, S. 9f) Es wundert an dieser Stelle nicht, dass die Juden ausgerechnet den Störfaktor für die wirtschaftliche und politische Grundlage des islamischen Reiches darstellen - der Leser kann sich schon denken, dass die Juden der Entfaltung einer islamischen Identität im Wege standen und darüber hinaus durch ihren unbeschreiblichen Reichtum mehr als hart gesottene Konkurrenten waren.

Power to the Muslims!

Der vermeintlich kritische Islamwissenschaftler Kiefer erliegt, wenn es hart auf hart kommt, den Illusionen seiner Disziplin und rechtfertigt noch jede Schweinerei, nur um sein Forschungsgebiet von jeder Schuld freizusprechen. Dies zeigt sich auch, wenn Kiefer über den Nahostkonflikt spricht: Er sieht selbstverständlich im Tempelbergbesuch Ariel Sharons eine „kaum zu überbietende Provokation" und eine „erneute Demütigung" (ebenda, S. 7) - wen wundert es, dass die Palästinenser sich wehren? In einer Stellungnahme zu den Massenmorden des 11. September, die von 89 Islamwissenschaftlern unterzeichnet wurde, unter anderem auch von Michael Kiefer, heißt es getreu dieser Logik: „Die von einigen Medien suggerierte Gleichung ‚Muslim = Fundamentalist = Terrorist' ist absurd und dem Zusammenleben verschiedener Nationen und Religionen abträglich. (...)Wir möchten darauf hinweisen, dass es sich nach unserer Beurteilung bei diesen terroristischen Verbrechen nicht um Taten vor dem Hintergrund eines religiösen oder kulturellen Konfliktes handelt. Tatsächlich dreht sich der Konflikt um die Verteilung von Machtpositionen im Nahen Osten, wobei auf Seiten der Terroristen islamische Glaubenselemente und religiöse Begriffe als willkommene Stützen der eigenen ideologischen Position dienen. Das Feindbild radikaler Muslime richtet sich weniger auf die westliche Zivilisation an sich, als vielmehr auf die USA als Supermacht, deren Einfluss auf die politischen Verhältnisse in dieser Region als übermächtig und unerträglich empfunden wird." (http://www.uni-koeln.de/phil-fak/orient/htm/stellungnahme.htm) Die USA sind also wegen ihres Machthungers selbst schuld, wenn die Moslems dagegen aufbegehren. Hielten die USA sich mehr an den Willen der „Weltöffentlichkeit" – das heißt Deutsch-Europas und der Völker der Dritten Welt - so würden sie sich auch weniger Ärger einhandeln. Genau das ist die Ideologie der UNO und damit der sich als zu kurz gekommen, ergo: „unterdrückt" wähnenden Völker: mehr Machtgleichgewicht unter den Nationen führe automatisch zu mehr Frieden. Dass jeder Machtzuwachs für radikale Moslems und andere Verrückte erstens deren Terror nicht stoppt, sondern stärkt, und dass zweitens ein Frieden mit diesen Schurken eine falsche, nämlich barbarische Harmonie bedeuten würde, in der jeder bei Strafe des Unterganges gezwungen wäre, sich deren Wahnsinn zu unterwerfen, geht den politisch engagier-

ten Islamwissenschaftlern so wenig auf wie der politischen Klasse im EU-Parlament.

Es ist das ewig gleiche Spiel: Moslems sind per se unschuldig und wenn sie doch schuldig sind, dann nicht als Moslems, sondern als verblendete Opfer des Westens. Es drückt sich hierin eine antiwestliche Haltung aus, das Gefühl, selbst Opfer des Westens zu sein und ständig gedemütigt und missverstanden zu werden. Das eigene Unbehagen an der westlichen Zivilisation scheint den Islamwissenschaftlern Antrieb für die Beschäftigung mit dem Orient zu sein, in den alle Sehnsüchte nach Widerstand und frommer Rückkehr zur prämodernen Ordnung projiziert werden. Insofern ist die Wahl des Forschungsgebietes „Islam" keineswegs zufällig, nur ganz bestimmte Individuen neigen dieser Disziplin zu, wie es einstmals - zu Hochzeiten der antiimperialistischen Bewegung - schick war, Regionalwissenschaften Lateinamerika oder Ethnologie zu studieren, weil man das wirkliche Wesen der bedrohten Völker kennen lernen wollte. Damals drückte sich diese Sehnsucht in Slogans wie „von Kuba lernen, heißt siegen lernen" aus. Heute, da der Kalte Krieg Schnee von gestern ist, die alten Helden verblasst und allerorten durch ihre Korruption und Kollaboration mit dem Westen verschrien sind, findet der wirkliche „Widerstand" im Nahen Osten statt. Hier residiert das große Identifikationsangebot für zivilisationsüberdrüssige Volksgenossen. Die Islamwissenschaften bilden den akademischen Rahmen für ein Projekt, in dem sich jeder aufgehoben fühlen kann, weil es ohnehin nicht um Wissenschaft und Forschung geht, sondern um die Entdeckung des authentischen Islam - da sind Ressentiments selbstverständlich mehr gefragt als die kritische Durchdringung des Gegenstandes. Islamwissenschaftler bilden die intellektuelle Avantgarde dieses antiwestlichen Volkssturmes, in dem sie sich als Propagandisten des Unheils betätigen.

Islamischer Stillstand

Es ist wenig erstaunlich, dass es nicht der Kiefer oder sonst ein Hansel, sondern gerade Hans-Peter Raddatz ist, der für eine Sorte Wissenschaftler steht, die ihren Verstand noch nicht im Empfangszimmer für dialogbereite Nachwuchspolitiker abgegeben hat. Dies sieht man in erster Linie an den Vorwürfen gegen Raddatz und den Umstand, dass radikale Moslems gerade ihn zum Feindbild erkoren haben. Raddatz wird von seinen Gegnern - Islamwissenschaftlern wie Moslems - vorgeworfen, antiislamisch zu sein. Er wahre lediglich die gebotene Distanz des Wissenschaftlers zu seinem Gegenstand, antwortet Raddatz. Dass der Islam vom Grundsatz her gewalttätig und absolutistisch sei, sage er „nicht über den Islam, ich sage das über den rechtlich-politischen Teil des Islam, der eben nicht nur eine Religion, sondern auch ein universelles Rechtssystem ist. Wie in jeder Religion gibt es selbstverständlich einen spirituellen Teil, der vom Recht auf Glaubensfreiheit zu schützen ist. Aber der Koran ist mehr, er ist die Verfassung der islamischen Gesellschaft, und insofern ist der Islam tatsächlich zu erheblichen Teilen inkompatibel mit unserem Rechtssystem. Dort, wo der Islam rechtliche und politische Geltung einfordert, ist er oft nicht nur nicht kompatibel, sondern teilweise auch gewaltbesetzt. Die Sharia schreibt den Gläubigen vor, dafür zu sorgen, dass Allahs Gemeinschaft sich ausbreitet. Dazu gehört auch die biologische Reproduktion, was sich in den unglaublichen Zuständen bezüglich der Frauenrechte niederschlägt." (Raddatz 2005a) Raddatz lässt sich nicht auf den unmaterialistischen Blick auf den „Islam an sich" ein, sondern geht von der islamischen Praxis aus. Er betrachtet den Islam von außen und versucht gar nicht erst ihn zu verstehen. Seine Aufgabe als Wissenschaftler sieht er darin, die historischen und gesellschaftlichen Verlaufsformen des Islam zu analysieren.

Diese Verlaufsform skizziert er treffend als Konflikt zwischen dem islamischen Herrschaftsanspruch und der universalen Herrschaft des bürgerlichen Staates, der angesichts des Unterganges des Osmanischen Reiches auftrat. In dieser Zeit restaurierte und organisierte sich der Islam als sinnstiftende Erweckungsbewegung gegen den vielfach überlegenen Westen. Der Islam musste sich, wollte er überleben und nicht einfach durch die Säkularisierungswelle fortgespült werden, als Abbild der vormodernen Tradition konstituieren. Gerade weil es sich um eine Modernisierung des Islam im Sinne einer Anpassung an die neuen politisch-ökonomischen Bedingungen handelte, wurde die wortgetreue Umsetzung des Koran immens wichtig: Der „zunehmende Druck der europäischen Okkupation hatte weitere Traditionalisten auf den Plan gerufen, die eine Bekräftigung des überkommenen Glaubensgutes einforderten. Theologen wie der Syrer Ibn Abidin (gest. 1836) und der Nordafrikaner As-Sanusi (gest. 1859) bestätigten noch einmal die doktrinäre Regel, dass das Glaubenserbe des Islam mit Koran, Prophetentradition und schariatischer Exegese von unübersteigbarer Geltung war. Glaube und Vernunft, innerer Ritus und äußerer Kampf befanden sich in definitorischer Übereinstimmung, die das religiöse Wissen des Islam als unveränderbare Wahrheit und ehernen Maßstab für alle Zeit festgelegt hatte. Unübersehbar begann sich hier eine ‚reformerische' Bewegung abzuzeichnen, welche die unangreifbaren Wurzeln des Islam gegen die herannahenden Wellen des westlichen Unglaubens wappnen wollte." (Raddatz 2002, S. 151) Der Koran rückte noch mehr ins Zentrum als bisher, jede abweichende, etwa allegorische Deutung einer Sure wurde als westliche Verwässerung begriffen und dementsprechend grausam verfolgt. Es entstand ein eigenartiger Stillstand der islamischen Welt (2), deren Gewaltpotenzial sich in diesem Stillstand jedoch prächtig entfalten konnte, weil alle Schuld für den verpassten Fortschritt dem Westen angelastet wurde.

Bewegung der Gegenaufklärung

Ausgehend von Raddatz' Analyse ist es möglich, wenn nicht zwingend, den Islam als Bewegung der Gegenaufklärung zu bestimmen, die sich wesentlich gegen die Universalität der Freiheit des Einzelnen richtet. Indem der Islam diese Universalität bekämpft, verstrickt er sich immer tiefer in die Barbarei, weil ihm fortan jede individuelle Regung als potentielle Feindschaft erscheint. Die von

Raddatz in Aussicht gestellte rein „spirituelle" Ausübung der islamischen Religion wird in dem Moment unmöglich, wo die Mehrheit der Moslems und deren religiöse Führer diesen Kampf gegen das Individuum - den Jihad - zur obersten religiösen Pflicht erheben und deshalb die bloß für sich praktizierenden Moslems exkommunizieren und als Kollaborateure des Westens brandmarken. Aus diesem Grund nimmt auch die Verfolgung der Abtrünnigen einen so hohen Stellenwert im heutigen Islam ein. Raddatz erfasst diesen Zusammenhang, wenn er darauf hinweist, dass „man als Muslim die Gemeinschaft nicht verlassen kann, ohne bedroht zu werden". (Raddatz 2005b) Hans-Peter Raddatz wird gerade aufgrund seiner Distanz zum Gegenstand seiner Forschung nicht nur von radikalen Moslems, sondern auch von anderen Vertretern seiner Zunft gehasst. Er ist für sie der ständige Nachweis, dass sie eigentlich völlig unfähig sind, kritische Erkenntnisse über den Islam zu gewinnen. Sie müssen ihn als „Provokateur" oder als „christlichen Fundamentalisten" (3) hinstellen, weil er ihnen als Störenfried auf eigenem Terrain ständig das geliebte Objekt madig macht und ihre Lügen offen denunziert. So ist Raddatz wiederholt als schonungsloser Kritiker des so genannten „kulturellen Dialoges" aufgetreten und hat damit die Geschäftsgrundlage der Islamwissenschaften als Fiktion bloßgestellt: „Die Botschaft dieses ‚Dialoges' trägt alle Merkmale einer Ersatzrealität, einer kognitiv starren und dabei offenbar heilsträchtigen Fiktion, die allerdings politisch nicht ohne Brisanz ist." (Raddatz 2002, S. 9) Das Vokabular des multikulturellen Europa sieht Raddatz als Ausdruck der bereits weitgehend vollzogenen „Kollaboration mit dem Islam": Der Begriff der Toleranz bilde „den zentralen Tugendfokus der gesellschaftlichen Orientierung, der inzwischen die Rolle eines identitätsstiftenden Fetischs übernommen hat. Wer nicht bereit oder in der Lage ist, auf seine unveräußerlichen Rechte zu verzichten, offenbart ein fundamentales Defizit und bekommt den Beißreflex der Tugendwächter zu spüren." (ebenda, S. 246) Letzteres musste er nun an eigener Haut erfahren, was seine Kritik auf recht unangenehme Weise bestätigt.

Dass Raddatz auch Positionen vertritt, über die man nur noch den Kopf schütteln kann, etwa sein obskures Beharren auf das Ausfindigmachen angeblich „masonisch geprägter Konturen einer Herrschaftsclique aus Kirche, Politik und Kommerz", die „durch ihre Nähe zur organisierten Kriminalität eine eindeutig personale Tendenz" aufwiesen, schmälert seine Verdienste nicht im Geringsten. Raddatz führt vor, zu welch weitreichenden Erkenntnissen auch ein nicht gerade auf materialistische Ideologiekritik abonnierter Bürger gelangen kann, wenn er schmerzhafte Erfahrungen ins Bewusstsein vordringen lässt. Diese Erkenntnisse sind zwar weit davon entfernt, Einsichten in das Verhältnis von Waren- und Denkform zu gewähren und sie können daher auch nicht erhellen, warum es gerade nicht der böse Wille einer verschworenen Gruppe ist, der dem Islam zum Vormarsch verhilft, sondern eine vom Kapitalismus und dessen Verfallsformen höchst selbst produzierte Sehnsucht, aber sie machen kenntlich, in welchem Ausmaß die Islamwissenschaften auf Lügen gegründet sind. Damit ist es auch eine Sache der Entscheidung, Islam-Kritik oder Propaganda der Gegenaufklärung betreiben zu wollen. ■

Anmerkungen:

(1) Steinbach wörtlich: „Raddatz hat die Muslime auf vielfältige Weise über viele Jahre durch seine radikalen Positionen gegen den Islam provoziert." Zitiert nach: *Hamburger Abendblatt* vom 22.10.2005.

(2) Der Analyse dieses Stillstandes hat sich in jüngster Zeit vor allem Dan Diner (2005) gewidmet. In diesem Zusammenhang ist auf seine Erkenntnis hinzuweisen, dass die Sakralität der arabischen Sprache diesen Zustand maßgeblich zementiert. Allerdings ist die Tatsache, dass das Hocharabische immer noch sakralen Charakter besitzt, nicht ohne die gesellschaftlichen Umbrüche in der frühen Neuzeit zu erklären.

(3) Steinbach: „Er ist also - wenn sie so wollen - ein christlicher Fundamentalist. Einer, der ein fundamentalistisches Christen-Verständnis hat, das absolut unfähig ist, sich zu öffnen, modernisieren, sich auch für den Dialog offen zu halten, Stichwort Dialog der Kulturen. Herr Raddatz ist jemand, der das für verlorene Zeit hält." Zitiert nach: http://www3.ndr.de/ndrtv_pages_std/0,3147,OID1924154,00.html.

Literatur:

Diner, Dan, *Versiegelte Zeit. Über den Stillstand in der islamischen Welt*, Berlin 2005.

Kiefer, Michael,
- *Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes*, Düsseldorf 2002.
- *Die Gefahr des islamisierten Antisemitismus* (Interview), in: Gerhard Hanloser, *„Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken". Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik*, Münster 2004.

Raddatz, Hans-Peter,
- *Von Allah zum Terror? Der Djihad und die Deformierung des Westens*, München 2002.
- *„Mehr Realismus käme allen zugute"* (Interview), in: *Jungle World* 44/2005 (2005a).
- Interview, in: *Konkret* 12/2005 (2005b).

anzeige

Staatsphilosoph Habermas

Von der kommunikationstheoretischen Bewältigung der Vergangenheit zur historischen Mission der Berliner Republik

JOACHIM WURST

„Spiegel: Bisher, so formulierte einmal Ihr Freund Habermas, hat sich Ihre Dialektik an den ‚schwärzesten Stellen' der Resignation, dem ‚destruktiven Sog des Todestriebes', überlassen.
Adorno: Ich würde eher sagen, daß der krampfhafte Hang zum Positiven aus dem Todestrieb kommt."
Adorno, GS 20.1, S. 408

„Fast ein Staatsphilosoph" sei der Preisträger, so Joschka Fischer anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an Jürgen Habermas, die im Herbst 2001, wenige Wochen nach dem 11. September, stattfand. Sei es, um letzte Zweifel auszuräumen, die ihm zugedachte Rolle könnte eine Nummer zu groß sein, sei es, um Gerhard Schröders auf dessen Begegnung mit Martin Walser bezogenes Diktum aufs Neue zu bestätigen, dass nämlich Schriftsteller sagen dürften, was dem Kanzler verwehrt bleibe: Niemand hat seit Beginn des amerikanischen *War on Terror* markiger und schärfer formuliert, worin die historische Mission der Berliner Republik besteht; niemand hatte bis dato im gleichen Maße den Mut, den historischen Ort des vereinten Deutschland als einen Zustand *nach der Aufarbeitung* kenntlich zu machen; keiner hat dem eben erst geborenen avantgardistischen, deutsch-französischen Kerneuropa eindringlicher ins Stammbuch geschrieben, dass es seine Identität allein in strikter Abgrenzung vom amerikanischen Imperium gewinnen könne - und müsse - als der „Adorno-Schüler" Jürgen Habermas.

Bestand die Sensation im „Adorno-Jahr 2003" in der „Entdeckung", will heißen: der genüsslichen Entlarvung des „privaten Adorno", der doch bis dato vor allem als der „spröde Autor der ‚Negativen Dialektik'" und als das „moralische Gewissen der Nachkriegszeit" (*Stern*), bzw. als das „Gewissen der Nation" (*Spiegel*) galt, so ist an Habermas' runden Geburtstagen, oder dann, wenn ihm gerade wieder einmal einer von scheinbar unzähligen Preisen verliehen worden ist, stets unisono davon die Rede, dass derzeit kein anderer lebender deutscher Denker weltweit solchen Ruhm genieße. Bei der in der Regel daran sich anschließenden Aufzählung der Verdienste des Jubilars - oder frisch gekürten Preisträgers - darf freilich sein spezifisches Bemühen um die „kritische Aufarbeitung" der nationalen Vergangenheit niemals fehlen. Und tatsächlich darf die Partei, für die Jürgen Habermas federführend verantwortlich zeichnete, für sich in Anspruch nehmen, den Mitte der 80er Jahre ausgetragenen „Historikerstreit" schon längst für sich entschieden zu haben. Dass er nicht nur damals gegen die von Helmut Kohl ausgerufene „geistig-moralische Wende" publizistisch Sturm gelaufen ist, sondern die nicht zuletzt von ihm selbst skizzierten Lehren aus der Geschichte unterdessen zum Standard-Vokabular staatspolitischer Praxis avanciert sind, nehmen ihm heute auch Konservative nicht mehr übel.

Wenn im Folgenden schlaglichtartig der Weg skizziert wird, den das Denken des Publizisten Habermas in den letzten Jahrzehnten zurückgelegt hat, so nicht nur deshalb, weil dieser Weg schließlich ins hochoffizielle Selbstverständnis der Nation mündet, sondern weil er zudem eine politische Bewegung begleitet, die von den studentischen Unruhen der späten 60er Jahre hinauf auf die Regierungsbänke der Berliner Republik

Theoretiker der Berliner Republik: Jürgen Habermas

führt und von der noch gar nicht auszumachen ist, wo und wie sie enden wird. Etwas älter als die „68er" und damals schon Professor, war und ist Habermas gleichwohl *der* Vordenker des politischen Generationenwechsels zur Erneuerung der nationalen Sache. Wer nur irgendwann sich zum Dabeisein entschloss, der hatte bloß noch dem bewaffneten Kampf abzuschwören, wenigstens aber auf Methoden des zivilen Ungehorsams umzu-

stellen und das jeweils aktuellste Bändchen der „Kleinen politischen Schriften" aus der *edition suhrkamp* zur Hand zu nehmen. Darin fand sich alles, was man wissen musste. Es ist kein Zufall, dass eben Habermas im Jahre 1979 zum Herausgeber des 1000. Bandes dieser Edition erkoren wurde, in dem die entscheidenden „Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit'", so der Titel, versammelt waren und in dem als erster unter der Sparte *Die nationale Frage, wiederaufgelegt* kein geringerer als Martin Walser stellvertretend für viele raunen durfte: „Wenn wir Auschwitz bewältigen könnten, könnten wir uns wieder nationalen Aufgaben zuwenden." (Walser 1982, S. 48) Aufzuzeigen, wie korrektes Bewältigen geht, blieb jedoch dem Herausgeber vorbehalten, der im Laufe der Zeit nach und nach herausfinden sollte, dass es nur dann zu machen war, wenn die Bewältigung selbst als oberste nationale Aufgabe begriffen würde.

Produktive Missverständnisse

Doch bis dahin war ein weiter Weg zurückzulegen, waren zahllose Aufsätze und Bücher zu schreiben. Versucht man dieses unermüdliche Schaffen zu rekonstruieren, so fällt sogleich auf, dass in seinen Arbeiten an keiner Stelle eine nennenswerte Auseinandersetzung mit der Gesellschaft des Nationalsozialismus stattfindet. Stattdessen beobachten wir ihn bei der kontinuierlichen Erweiterung und Präzisierung einer „Gesellschaftstheorie in praktischer Absicht". Erst 1981 - mit dem Erscheinen seines „Hauptwerkes", der *Theorie des kommunikativen Handelns*, die kurze Zeit später weltweit von Sozialwissenschaftlern und Philosophen rezipiert werden wird - wird deutlich, wie sehr auch schon seine Anstrengungen in den Jahrzehnten davor einer einzigen bis dato unausgesprochenen Intention gefolgt waren: Nämlich die Kritische Theorie, die sich in ihrer klassischen Gestalt in Aporien verfangen habe, neu zu formulieren. Nun finden sich zwar auch in diesem knapp 1200 Seiten umfassenden Konvolut an keiner Stelle Einlassungen etwa zum Antisemitismus, wohl aber zur *Dialektik der Aufklärung* Max Horkheimers und Theodor W. Adornos, die ihm als entscheidende Kontrastfolie zur Explikation des eigenen Theorieansatzes dient. Man reibt sich verwundert die Augen: Ist es möglich, sich ausgerechnet an den Thesen jenes Buches abzuarbeiten, ohne den Antisemitismus zum Thema zu machen? Es ist möglich. Zumindest dann, wenn man „Verdinglichung" mit „instrumenteller Rationalität" und diese mit der Beherrschung der Natur gleichsetzt, und damit die Kritische Theorie als eine karikiert, der „alles Dinghafte als das radikal Böse gilt" (1995a, S. 500) (1). Weil er von den gesellschaftlichen Voraussetzungen des eliminatorischen Antisemitismus nichts wissen will, ist ihm Kritik nur schlechte Metaphysik, gefangen im überholten „Paradigma der Bewusstseinsphilosophie". Dass sie aber „Kritik des konstitutiven Bewusstseins selbst" (Adorno, GS 6, S. 151) sein muss, wenn der Wille zur Vernichtung des Nichtidentischen nicht zur Bagatelle einer bloß zufälligen subjektiven Verirrung verharmlost werden soll, interessiert ihn nicht. Und darum ist dem Theoretiker des „nachmetaphysischen Denkens" auch nicht zugänglich, dass der objektive, für die Wertvergesellschaftung konstitutive, sich aber - und genau das meint Verdinglichung - in Ökonomie und Politik verkleidende Identitätszwang die Bedingung der Möglichkeit für die subjektive „pathische Projektion" liefert; dass der antisemitische Wahn also all jenen „jüdischen" Zügen die Todfeindschaft erklärt, die in den Bildern „des Glückes ohne Macht, des Lohnes ohne Arbeit, der Heimat ohne Grenzstein" (Adorno, GS 3, S. 225) darauf verweisen, was den Einzelnen unter den Bedingungen von Staat und Kapital verwehrt bleiben muss. Vom Wert als dem „negativen Allgemeinen" liest man in der *Theorie des kommunikativen Handelns* nichts.

Es ist ersichtlich, dass sich Habermas mit diesem Buch ein für alle Mal aus dem Schatten seiner einstigen Lehrer herausarbeiten will. Und dies ist ihm gelungen. In akademischen Kreisen gilt er spätestens jetzt als deren legitimer Erbe. Hatte er noch wenige Jahre zuvor davon berichtet, wie er als junger Assistent am legendären Frankfurter Institut für Sozialforschung von der Produktivität des Denkens einst von den Nazis vertriebener „deutscher und jüdischer Philosophen wie in einen Sog hineingezogen" worden sei (1991, S. 10), so meint er nun, dass eine Theorie auf dem Reflexionsniveau jener Denker „ins Bodenlose gleiten" (1993, S. 154) müsse. „Bodenlos" und unheimlich ist ihm die Diagnose, dass der Faschismus, wie es in der Vorrede zur Neuausgabe der *Dialektik der Aufklärung* heißt, kein historischer Zwischenfall gewesen sein soll. Jetzt endlich weiß er, dass sich in die Struktur solcher Zeitdiagnose selbst die „totalitären Züge des Zeitalters" eingegraben haben (1998, S. 74). Die normativen Grundlagen Kritischer Theorie müssten stattdessen so tief gelegt werden, „daß sie von der Dekomposition bürgerlicher Kultur, wie sie sich damals vor aller Augen in Deutschland vollzogen hat, nicht berührt" (1993, S. 156) werden, wie er treffend das eigene Theoriedesign charakterisiert. Denn es lässt sich tatsächlich zeigen, dass Habermas' eigene gesellschaftstheoretische Unternehmung exakt darauf hinausläuft, die „bodenlose" Diagnose, in deren Licht die Ursachen des Faschismus fortbestehen, mit allen Mitteln zu dementieren. Er will allen Ernstes nichts Geringeres leisten, als wissenschaftlich zu rekonstruieren, dass immer schon Vernunft waltet, wo Menschen sich miteinander verständigen und er hält hartnäckig daran fest, dass es selbst dem Nationalsozialismus nicht gelungen sei, den Verhältnissen gänzlich die Vernunft auszutreiben. Es sei also zunächst *sein* Theorieentwurf skizziert, bevor seine Verdienste um die Aufarbeitung der nationalen Vergangenheit zur Sprache kommen sollen.

Offenbarung der Vernunft

Als gestandenem Linken dient ihm nichts anderes als die „Theorie des Historischen Materialismus" als Grundgerüst. Er hält ihr zugute, gleich in doppelter Hinsicht reflexiv zu sein, gebe sie doch "die Bedingungen an, unter denen eine Selbstreflexion der Gattungsgeschichte objektiv möglich geworden ist; und sie nennt zugleich den Adressaten, der sich mit Hilfe der Theorie über sich und seine potentiell emanzipative Rolle

im Geschichtsprozeß aufklären kann." (1978b, S. 9) Er liest Marx also ganz im Sinne des Traditionsmarxismus als den Theoretiker eines universalgeschichtlichen Evolutionsprozesses, als Geschichtsphilosophen der im Proletariat erst sich ihrer selbst bewusst werdenden entfremdeten Arbeit. Und er ist fasziniert von dieser Schablone, sieht aber auch einigen Korrekturbedarf: Zum einen habe man sich im nachmetaphysischen Zeitalter generell von der Vorstellung zu verabschieden, Evolution sei *„die einlinige, notwendige, ununterbrochene und aufsteigende Entwicklung eines Makrosubjekts.* (...) Träger der Evolution sind vielmehr Gesellschaften und die ihr integrierten Handlungssubjekte." (1976b, S. 154) Zum anderen tauge das Arbeitsparadigma nicht länger, und zwar aus zwei Gründen: Einerseits hat er Zweifel an der Gültigkeit der „Arbeitswertlehre" und damit an der Stichhaltigkeit der These von der Ausbeutung. Zurecht wirft er der traditionsmarxistischen Linken vor, noch keine einzige empirische Studie zu ihrer Stützung vorgelegt zu haben. (1968, S. 9f.) Zum anderen entdeckt er neben der Arbeit ein weiteres „Vergesellschaftungsmedium", nämlich das der Interaktion. Noch wichtiger: Er entdeckt, dass Sprache das Medium der Interaktion sei. „Das, was uns aus Natur heraushebt, ist nämlich der einzige Sachverhalt, den wir seiner Natur nach kennen können: *die Sprache.* Mit ihrer Struktur ist Mündigkeit *für uns* gesetzt. Mit dem ersten Satz ist die Intention eines allgemeinen und ungezwungenen Konsensus unmißverständlich ausgesprochen." (1978a, S. 163)

Wenn wir uns mit anderen über etwas unterhalten würden, um eine Verständigung zu erzielen, so setzten wir dabei implizit immer wechselseitig die Anerkennung von ganz bestimmten Geltungsansprüchen voraus: nämlich dass man sich überhaupt verständlich ausdrücken kann, dass es gemeinsam geteiltes Wissen geben könnte, dass man sich gegenseitig vertrauen kann und dass man schließlich miteinander übereinstimmen kann. Ungestörte Kommunikation kann solange erfolgen, wie alle Teilnehmer annehmen, dass sie diese Geltungsansprüche, die Habermas als „Universalien" begreift, zu Recht erheben, also solange „Verständlichkeit, Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Richtigkeit" miteinander korrespondieren (1976a, S. 176). Selbst wenn wir uns dessen nicht bewusst seien, so bliebe uns beim Versuch der Verständigung gar nichts anderes übrig, als a priori immer schon zu unterstellen, dass wir wenigstens unter idealen Bedingungen tatsächlich Verständigung erzielen könnten. Die idealen Bedingungen - Habermas nennt sie die „ideale Sprechsituation", beziehungsweise den „Diskurs" – beinhalten natürlich auch noch formale Vorgaben. So müssten die Sprecher alle die gleichen Teilnahmechancen haben. Seien aber die Diskursbedingungen erfüllt, „dann herrscht ausschließlich der eigentümlich zwanglose Zwang des besseren Argumentes, der die methodische Überprüfung von Behauptungen sachverständig zum Zuge kommen läßt und die Entscheidung praktischer Fragen rational motivieren kann." (1971, S. 137)

Medium der Verständigung

In der Sprache und dem ihr angeblich immer schon innewohnenden „Telos der Verständigung" glaubt er nun, die adäquate normative Grundlage einer kritischen Gesellschaftstheorie gefunden zu haben. Wir erinnern uns: „Arbeit an sich", die er im weitesten Sinne immer als zweckrationale Bearbeitung der Natur fasst, tauge nicht zur Ausweisung eines normativen, also begründeten Maßstabes der Kritik an den Verhältnissen, weil ihr herrschaftsförmiger Charakter entweder empirisch nicht verifiziert werden könne (Karl Marx) oder aber, weil die Kritik totalitär werde, wenn die zweckrationale Bearbeitung der Natur mit Herrschaft schlechthin identifiziert wird, gleichzeitig aber keine andere Form von Rationalität zu existieren scheint (Horkheimer/Adorno). Tritt nun in Gestalt der prinzipiell für möglich gehaltenen Verständigung im Medium der Sprache die so genannte „kommunikative Vernunft" zur „instrumentellen Vernunft" der Naturbearbeitung hinzu, so muss Habermas nur noch beschreiben, in welcher Weise die beiden Rationalitätstypen eine Gesellschaft strukturieren, um zu einem Qualitätsurteil über Gesellschaft zu gelangen.

Es ist jedoch keineswegs so, dass Habermas nun instrumentelle Vernunft mit Herrschaft und kommunikative mit Freiheit identifiziert. Er entwickelt vielmehr in Anlehnung an die Schablone des *Histomat* eine eigene Evolutionstheorie. Betrachte man nämlich Interaktion als Vergesellschaftungsmedium, so wäre nicht einzusehen, dass sich Evolution nur hinter dem Rücken der Einzelnen - im Sinne der Sprengung der Fesseln der Produktionsverhältnisse durch die Produktivkräfte - vollziehen könne. Er geht vielmehr von der These sozialen „Nichtnicht-Lernenkönnens" (1976b, S. 161) aus. Insofern muss in jede komplexere Form von Vergesellschaftung im Vergleich zur vorhergehenden ein Zuwachs an kommuniziertem Wissen eingegangen sein. Dies liege daran, dass menschliches Handeln immer in den Kontext der Lebenswelt eingebunden sei. Sie bezeichne den „Ort" der kommunikativen Alltagspraxis - quasi ein Netzwerk, innerhalb dessen sich Menschen über etwas verständigen, in dem Erfahrungen ausgetauscht und Überlieferungen tradiert werden und innerhalb dessen festgelegt wird, nach welchen Regeln gehandelt werden soll. Je komplexer Gesellschaften sind, desto stärker seien sie auf in der Lebenswelt verankerte „institutionelle Kerne" angewiesen, als deren wichtigste Habermas Recht und Moral ansieht.

Erst charakteristisch für moderne Gesellschaften sei schließlich die Herausbildung einer eigenständigen Sphäre, innerhalb derer ausschließlich nach den Maßgaben der instrumentellen Vernunft gehandelt werde. Habermas nennt diese in Abgrenzung zur Lebenswelt „das System", welches die „Subsysteme" von Wirtschaft und Staatsorganisation umfasse. Dieses System konnte sich Habermas zufolge allerdings erst nach einer im Zuge der Aufklärung durchgemachten Rationalisierung aus der „Lebenswelt" herausschälen, was dazu geführt habe, dass die „allgemeinen Strukturen verständigungsorientierten Handelns immer reiner hervortreten" (1995b, S. 268f.) hätten können. Damit meint er die Ersetzung partikularer, nichthinterfragbarer, tradierter Wertvorstellungen durch universalistische Werte, die insbesondere in der Institution des Rechts zur Geltung kämen.

Verflüssigung der Souveränität

Aber warum nur diese durch und durch im Soziologen-Jargon gehaltene Begriffsakrobatik? Ganz einfach: Habermas kann auf sie nicht verzichten, weil er ja als „Kritischer Theoretiker" präzise beschreiben will, worin die eigentlichen „sozialen Pathologien" der Moderne bestehen, an deren Bestimmung Marx, Adorno et alii seiner Meinung nach gescheitert sind. Und dass im Kapitalismus „instrumentelle Vernunft" waltet - das heißt in seiner Definition, dass sich das Handeln der Einzelnen sowohl auf den Märkten als auch in der Produktion einzig und allein am Erfolg orientiert - kann und will er nicht leugnen. Doch ob es frei oder unfrei in einer Gesellschaft zugeht, bemesse sich nun daran, ob die in der lebensweltlichen Alltagspraxis der Individuen fest verankerte kommunikative Vernunft auch tatsächlich frei schalten und walten könne, oder ob sich nicht doch in erster Linie erfolgsorientiertes Handeln durchsetze. Hier kommt die Demokratietheorie ins Spiel, die Habermas im Anschluss an seine Revision der Kritischen Theorie entwickelt hat.

Mit einer „Diskurstheorie des Rechts" glaubt er nämlich zeigen zu können, dass Herrschaft prinzipiell rationalisierbar sei, und dass Gewalt keine notwendige Voraussetzung von Recht darstelle, sondern vielmehr die schlechtere Alternative. Das Recht habe - ebenso wie die Moral - die Funktion, „offene Konflikte so einzudämmen, daß die Grundlage verständigungsorientierten Handelns (...) nicht zerfällt". (1995b, S. 259) Das Modell, das er dabei vor Augen hat, ist der Diskurs, innerhalb dessen - wir haben es gelernt - eine zwanglose Konsensfindung möglich sei. Die Institution, die diesen im politischen Leben gewährleisten soll, existiert für Habermas bereits: der demokratische Rechtsstaat. Zumindest wenn vor der Gesetzgebung auf dem Wege der „Deliberation", das heißt der diskursiven Aushandlung, annäherungsweise ein Konsens über das zu Beschließende erzielt werden könne, so könne sich jeder Einzelne nicht nur als *Betroffener* von Zwangsgesetzen verstehen, sondern – nun allerdings faktisch und nicht nur der Idee nach wie noch bei Immanuel Kant oder Jean-Jacques Rousseau - als *Autor* derselben. Souveränität verliere so ihren Zwangscharakter, sie „wird vollends zerstreut", „subjektlos", beziehungsweise „intersubjektiv aufgelöst" oder „kommunikativ verflüssigt" (1992, S. 626).

Selbstverständlich wird dem entgegengehalten, dass ja auch im Diskurs nur eine sanktionsbereite Gewalt die Einhaltung der Spielregeln überwachen könne, mithin, dass eine solche Konsensfindung immer schon Zwang voraussetze. Aber das ficht den Staatsphilosophen nicht an. Er kontert vielmehr mit der These, dass das verständigungsorientierte Handeln so fest in der kommunikativen Alltagspraxis verankert sei, dass es von dort gar nicht mehr vertrieben werden könne. Wo die in der Sprache angelegte kommunikative Vernunft sich entfalten könne, sei immer nur Fortschritt zu weiterer Entfaltung denkbar. Regression sei dagegen immer erzwungen, „wie sich beispielsweise am faschistischen Deutschland zeigen" lasse, heißt es schon in einer frühen Fassung seiner Evolutionstheorie. (1976b, S. 155) Das eine Mal ist die vernünftige Tendenz immer schon da, das andere Mal ist sie einfach noch nicht weit genug vorangeschritten. Damit entpuppt sich seine Theorie als idealistische Geschichtsphilosophie. Moishe Postone bringt es auf den Punkt: „In der Theorie von Habermas nimmt also die Sprache den Platz ein, den in den affirmativen Formen des traditionellen Marxismus die ‚Arbeit' besetzt." (Postone 2003, S. 377)

Hat Habermas mit der Theorie des kommunikativen Handelns also den universellen Prozess der Selbstentfaltung der kommunikativen Vernunft mit dem feinsten Instrumentarium zeitgenössischer Soziologie und Sprachphilosophie lückenlos rekonstruiert, so ist er jetzt in der Lage, jedes x-beliebige Datum innerhalb dieses eigens aufgespannten Rahmens einer kritischen Bewertung zu unterziehen. Sehr aufschlussreich ist, wo er die Entstehung des Nationalstaates und das Verhältnis der Nationalstaaten untereinander in seinem Schema verortet: Die Nation sei die „erste Form moderner kollektiver Identität überhaupt" (1996, S. 137). Sie habe gleichwohl „zwei Gesichter": ein völkisches und ein republikanisch-verfassungspatriotisches. Das erste spiele bei der Umwandlung der Fürstensouveränität in die Volkssouveränität der autonomen Staatsbürger die Rolle einer notwendigen Antriebskraft. Kurz: Die abstrakten Ideen der Volkssouveränität und der Menschenrechte könnten nicht in ausreichendem Maße „an Herz und Gemüt appellieren". Es bedürfe also zunächst eines nationalen Bewusstseins, „das sich um die Perzeption einer gemeinsamen Abstammung, Sprache und Geschichte kristallisiert" (ebenda, S. 136). Dadurch wird die Nation zu einer ambivalenten Angelegenheit. Welches Nationsverständnis jeweils vorherrsche, charakterisiere nun aber auch das Verhältnis zu anderen Staaten. Die Republik der autonomen Staatsbürger „begreift die Freiheit der Nation (...) kosmopolitisch, nämlich als eine Ermächtigung und Verpflichtung zur kooperativen Verständigung oder zum Interessenausgleich mit anderen Nationen im friedenssichernden Rahmen eines Völkerbundes" (ebenda, S. 138). Herrsche jedoch die naturalistische Deutung der Nation als vorpolitische Größe vor, „besteht die Freiheit der Nation wesentlich in der Fähigkeit, ihre Unabhängigkeit notfalls mit militärischer Gewalt zu behaupten. Wie Privatleute auf dem Markt, so verfolgen die Völker ihre je eigenen Interessen in der freien Wildbahn der internationalen Machtpolitik" (ebenda). Das praktizierte Modell „deliberativer Demokratie", mit der sich der Souverän „verflüssigt" habe, verwandele den Staat also nicht nur im Inneren. Auch in Gestalt seiner Außenpolitik gleiche er nunmehr einem friedlichen und selbstlosen Vernunftstaat, der dank seiner moralischen Qualität selbst im Notfall darauf verzichte, seine Unabhängigkeit mit Gewalt zu behaupten.

Deutsches Trauma

Nachdem Habermas also das geschichtsphilosophische Kunststück gelungen ist, zu begründen, wie Souveränität mit Vernunft vereinigt, und Recht von Gewalt geschieden werden kann, so kann er sich jetzt um die Aufarbeitung

der Vergangenheit bemühen. Denn das „deutsche Trauma", das in der Einheit von „Recht und Gewalt" bestehe (1985, S. 100ff.), könne nun endlich in der demokratisch-diskursiven Verflüssigung des bundesrepublikanischen Rechtsstaates aufgelöst werden. Er plaudert unbekümmert aus, was „sich einem Linken, der in der Bundesrepublik lebt, im Hinblick auf das doppelte Jubiläum der Jahre 1789 und 1949 (...) aufdrängt: die Prinzipien der Verfassung werden in unserem Gemüt keine Wurzeln schlagen, bevor sich nicht die Vernunft ihrer zukunftsweisenden Gehalte vergewissert hat" (1992, S. 609). Und derer habe man sich während „eines Jahrzehnte währenden Lernprozesses" längst schon vergewissert (1995c, S. 168). Die Quintessenz im „Historikerstreit" lautete: „Eine in Überzeugungen verankerte Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien hat sich leider in der Kulturnation der Deutschen erst nach – und durch – Auschwitz bilden können." (1987, S. 135) Wo Freiheit herrscht, da herrscht bekanntlich das „Nicht-nicht-Lernenkönnen". Und in Deutschland, da hat man seit 1945 gründlich gelernt. Man ist damit zurückgekehrt auf den Pfad der Vernunft. Habermas' Vernunftglaube ist so ungebrochen, dass er selbst vor dem abgründigsten Argument nicht zurückschreckt, wenn es nur in sein Geschichtsschema passt: Daniel Goldhagens „Rede von der Judenvernichtung als einem ‚nationalen Projekt der Deutschen'" (1998, S. 59) sei nämlich nicht gerechtfertigt. Denn: „Auch unter den asymmetrischen Bedingungen einer Diktatur gelangen Meinungen nur gegen konkurrierende Meinungen, kognitive Modelle nur gegen andere Modelle zur Herrschaft." (ebenda). Das heißt, dass auch der Nationalsozialismus den geschichtlichen Prozess der Entfaltung der kommunikativen Vernunft nicht zum Verschwinden habe bringen können. Auschwitz als eine List der Vernunft: „Es sind Erfahrungen negativer Art, aus denen wir lernen", so der Staatsphilosoph in einer in der Paulskirche feierlich vorgetragenen Rede „zur Normalität einer künftigen Berliner Republik". (1995c, S. 187)

Vollendung der Moderne

In der Berliner Republik angekommen, ist es an der Zeit, über Größeres, als bloß die eigene Nation zu sinnieren. Denn die Moderne bleibe mindestens solange „ein unvollendetes Projekt", wie die Welt nach der „nachholenden Revolution" von 1989 nicht in eine vernünftige neue Ordnung transformiert worden sei. Nichts Geringeres als die praktische Einlösung der Kantischen Utopie vom „ewigen Frieden" steht nun auf dem Programm. Selbstverständlich könne diese Anstrengung nur von den selbstlosen Vernunftstaaten ausgehen, die die „Verflüssigung" der Souveränität im Inneren schon vollzogen hätten. Das Mustermodell eines Vernunftstaates, der mit seinen universalistischen Verfassungsprinzipien wie kein anderer als Vorreiter einer rechtspazifistischen Zivilisierung des „Naturzustandes" zwischen den Staaten in Frage käme, sieht Habermas, der sich gerne als Kind der *Reeducation* bezeichnet, nun ausgerechnet in den USA. Dort also, wo sicherlich kaum jemand behaupten würde, dass das Recht und der seine Geltung garantierende Staatssouverän auch nur dem Prinzip nach ohne Gewalt zu denken sind. Und doch scheint sich genau diese Imago gleichsam als eine Art Überidentifikation im Kopf des Denkers Habermas fast unauslöschlich eingegraben zu haben: „Schon als Schüler bin ich politisch ganz im Geiste der Ideale des amerikanischen und französischen 18. Jahrhunderts sozialisiert worden." (2004, S. 52) Umso heftiger ist seine öffentliche Empörung über die US-amerikanische Reaktion auf den Massenmord vom 11. September 2001. Seine gesammelten Ausfälle sind inzwischen im zehnten Band seiner *Kleinen politischen Schriften* erschienen. Selbstverständlich sieht er sich darin als Kritiker, der an die seiner Meinung nach besseren Traditionen der Vereinigten Staaten anknüpft. Und doch ist nicht zu übersehen, dass seine Anklage nicht weniger enthält als nahezu das gesamte Arsenal des Antiamerikanismus. Grundlegendes habe sich gewandelt. Europa erscheine jetzt als alleinige Inkarnation des Vernunftstaates. In einem seiner Aufsätze, den nachträglich auch Jacques Derrida unterzeichnet hat, beschwört er Europa geradezu, seine Identität in strikter Abgrenzung zu der ihm nach nunmehr prinzipienlosen Weltmacht USA zu entwickeln. In guter alter Tradition deutscher Geschichtsphilosophie wimmelt es in diesem Text nur so von Fortschrittsmetaphern. So heißt es etwa, die antiamerikanischen Massenproteste vom 15. Februar 2003 könnten rückwirkend als „Signal der Geburt einer europäischen Öffentlichkeit in die Geschichtsbücher eingehen" (ebenda, S. 44). „Das avantgardistische Kerneuropa" soll „Lokomotive sein" (ebenda, S. 45).

Den Europäern wird, fast einem Racheschwur gleich, ins Bewusstsein gehämmert, nicht den Tag zu vergessen, an dem die kriegswilligen europäischen Regierungen in einem „Handstreich" „hinter dem Rücken" ihrer europäischen Kollegen beschlossen hätten, sich George W. Bush gegenüber loyal zu verhalten (ebenda, S. 43). Europa aber verkörpere in folgenden Punkten den Fortschritt der Vernunft gegenüber den USA: In Europa sei die Säkularisierung vollzogen, während im Weißen Haus ein christlicher Fundamentalist regiere; in Europa werde die zivilisierende Gestaltungsmacht des Staates positiver eingeschätzt, es gebe ei-

anzeige
BAHAMAS Nr. 48 Herbst 2005
Gemeinsam gegen soziale Kälte
Die tödliche Sittsamkeit des Islam ● Drahtzieher im multikulturellen Netz ● Die Moral der Vernichtung ● Das Duell um die Zukunft ● Die toten Seelen von Brandenburg ● Der neue Behemoth und die alten Grenzen des Liberalismus ● Sozialpolitik und Judenhaß ● Ali Schariati und der „islamische Protestantismus" ● Das andere Amerika ● Arbeitsstelle Neonazismus ● Hofierte Amoral oder die Bomben von London ● Kritik und Parteilichkeit: Aufruf zur antideutschen Konferenz u.a.
4 EUR (Briefmarken): BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Tel./Fax: 030 / 6236944 und mail@redaktion-bahamas.org
www.redaktion-bahamas.org

ne größere Sensibilität der Bürger für die Paradoxien des Fortschritts und die sozialpathologischen Folgen kapitalistischer Modernisierung; es habe sich ein Ethos des Kampfes für „mehr soziale Gerechtigkeit" gegen ein individualistisches Ethos der Leistungsgerechtigkeit durchgesetzt, das extreme soziale Ungleichheiten in Kauf nehme; Europa sei durch die Erfahrungen der Totalitarismen und der Shoa gezeichnet, die selbstkritische Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit habe aber die moralischen Grundlagen der Politik in Erinnerung gerufen; eine erhöhte Sensibilität für Verletzungen der körperlichen Integrität spiegele sich im Verbot der Todesstrafe; aus der bellizistischen Vergangenheit habe Europa gelernt, es sei in der Überzeugung von der Notwendigkeit der Domestizierung staatlicher Gewaltausübung bestärkt; durch die Abstiegserfahrung einstiger Kolonialmächte habe Europa die Chance erhalten, eine reflexive Distanz sich selbst gegenüber einzunehmen (ebenda, S. 49ff). Kann nach alledem noch ein Zweifel daran bestehen, dass es sich bei den USA um einen rücksichtslosen, geschichtsvergessenen, kaltblütigen, berechnenden, grausamen, gewalttätigen, fortschrittsblinden, fundamentalistischen und selbstgefälligen Unstaat handelt?

Andrei Markovits hegt angesichts der eklatanten Differenz zwischen den Vorstellungen vom demokratisch-universalistischen „Ur-Amerika" und den heutigen USA den Verdacht, dass „hier ein einstmals zum moralischen Über-Ich gezimmertes Vorbild mit einem Mal und mit aller Macht von dem Sockel gestoßen werden soll, auf den man es selbst gesetzt hat" (Markovits 2004, S. 229). In einem kurz nach dem 11. September und der Proklamation des *War on Terror* geführten Interview vergleicht Habermas die amerikanische Reaktion mit jener im August 1914. (ebenda, S. 12) Damit hat er klargestellt, wie heutzutage die Rollenverteilung aussieht, wer mit welchem Recht von sich behaupten kann, aus der Geschichte gelernt zu haben und wo die Bestie lauert, die von den friedliebenden Völkern gezähmt werden muss. Sollte sich diese These in der diskursiven Öffentlichkeit der Berliner Republik bereits zwanglos durchgesetzt und tatsächlich in eine Staatsphilosophie verwandelt haben, so liegt die Vermutung nahe, dass der 1945 beschädigte kollektive Narzissmus nun endlich doch noch repariert worden ist.

Befragt, wie denn mit dem Terror von Al Qaeda am besten umzugehen sei, antwortete Habermas unter Verweis auf seine Theorie des kommunikativen Handelns: „Die Spirale der Gewalt beginnt mit einer Spirale der gestörten Kommunikation, die über die Spirale des unbeherrschten reziproken Misstrauens zum Abbruch der Kommunikation führt. Wenn aber Gewalt mit Kommunikationsstörungen anfängt, kann man wissen, was schief gegangen ist und was repariert werden muss, nachdem sie ausgebrochen ist." (ebenda, S. 22) Es bleibt daher zu hoffen, dass die Bellizisten von heute weiterhin ihren partikularen Interessen treu bleiben und sich gegen die Anflüge solcherlei „Vernunft" immun zeigen. ■

Anmerkungen:

(1) Soweit nicht anders vermerkt beziehen sich sämtliche Angaben auf die unten angeführten Schriften von Jürgen Habermas.

Literatur:

Adorno, Theodor W., *Gesammelte Schriften* (GS), Frankfurt a.M. 1997.

Habermas, Jürgen,
- *Die Scheinrevolution und ihre Kinder*, in: Abendroth, Wolfgang u.a., *Die Linke antwortet Jürgen Habermas*, Frankfurt a.M. 1968.
- *Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz*, in: Habermas, Jürgen u. Luhmann, Niklas, *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*, Frankfurt a.M. 1971.
- *Erkenntnis und Interesse*, Frankfurt a.M. 1973.
- *Was heißt Universalpragmatik?*, in: Apel, Karl-Otto (Hrsg.), *Sprachpragmatik und Philosophie*, Frankfurt a.M. 1976 (1976a).
- *Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus*, Frankfurt a.M. 1976 (1976b).
- *Technik und Wissenschaft als ‚Ideologie'*, 9. Auflage, Frankfurt a.M. 1978 (1978a).
- *Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien*, Frankfurt a.M. 1978 (1978b).
- *Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V*, Frankfurt a.M. 1985.
- *Eine Art Schadensabwicklung. Kleine politische Schriften VI*, Frankfurt a.M. 1987.
- *Philosophisch-politische Profile*, 2. Auflage, Frankfurt a.M. 1991.
- *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, 2. Auflage, Frankfurt a.M. 1992.
- *Der philosophische Diskurs der Moderne*, 4. Auflage, Frankfurt a.M. 1993.
- *Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*, Frankfurt a.M. 1995 (1995a).
- *Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*, Frankfurt a.M. 1995 (1995b).
- *Die Normalität einer Berliner Republik. Kleine politische Schriften VIII*, Frankfurt a.M. 1995 (1995c)
- *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt a.M. 1996.
- *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt a.M. 1998.
- *Zeit der Übergänge. Kleine politische Schriften IX*, Frankfurt a.M. 2001.
- *Der gespaltene Westen. Kleine politische Schriften X*, Frankfurt a.M. 2004.

Markovits, Andrei, *Amerika, dich haßt sich's besser. Antiamerikanismus und Antisemitismus in Europa*, Hamburg 2004.

Postone, Moishe, *Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx*, Freiburg 2003.

Walser, Martin, *Händedruck mit Gespenstern*, in: Habermas, Jürgen (Hrsg.): *Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit', Bd. 1: Nation und Republik*, 4. Auflage, Frankfurt a.M. 1982.

Radical Münte

Antipolitik ist die Negation der Politik, nicht deren Kritik

PHILIPP LENHARD

Als die Redaktion *Bahamas* im Herbst 2003 eine Stellungnahme veröffentlichte, in der sie sich gegen eine Form der Antipolitik aussprach, die alle Versuche, das vermeintliche Schicksal durch Ausgleich und Kompromiss abzuwenden, als widernatürlichen Eingriff des Menschen betrachtet, war das Geschrei groß. Die Linken fühlten sich bestätigt, schließlich meinten sie schon immer gewusst zu haben, dass die Antideutschen auf bürgerliche Nationalstaaten abfahren und in Wahrheit gar keine radikalen Kritiker sind, sondern lediglich eine späte Wiedergeburt Winston Churchills. Doch auch viele Antideutsche waren etwas perplex angesichts dieses plötzlichen begrifflichen Umschwenkens, galt doch der Begriff „Antipolitik" bislang als dezidiert kritischer, der sich gegen den Staatsfetischismus und den linken Drang zur Realpolitik richtete. Am Begriff der „Antipolitik" war jedoch etwas faul geworden. Spätestens seit dem Irak-Krieg roch er modrig, weil auf einmal jeder dahergelaufene antiamerikanische Linke für sich proklamierte „Antipolitiker", ergo: „Staatsfeind" zu sein. Solche vermeintlichen Staatsfeinde hielten den Antideutschen in sich reflektiert gebender Pose vor, der kommunistischen Kritik abgeschworen zu haben und zu Propagandisten des Kapitals geworden zu sein - sie seien nichts als deutsche Liberale. Das Heer der Schreihälse reicht von Robert Kurz, der die Antideutschen als „Jubelperser der Weltpolizei" diffamierte über die *junge Welt* bis hin zum Antifaspektrum um die Zeitschrift *Phase 2*, die in ihrer letzten Nummer triumphierend feststellte, die Antideutschen ständen der Hinwendung einiger ehemaliger Kommunisten zum Liberalismus nur „scheinbar kritisch gegenüber" - eigentlich, so suggeriert man in Leipzig, seien die Antideutschen selber waschechte Liberale, die sich bemühten dies zu verdecken.

Der wahre Theoretiker

Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, wenn die *Phase 2* sich in ihrer neuen Ausgabe dem Schwerpunkt „Ökonomie und Politik im Kapitalismus" zuwendet. Denn wenn die Antideutschen, die einem ständig die legitime Kritik durch ihre polemischen Übertreibungen ruinieren und so für den linken Diskurs untauglich machen, jetzt angeblich Politiker geworden sind, dann muss das „Magazin für die linksradikale Bewegung" erst einmal ganz differenzierend und mit viel Fingerspitzengefühl die eigene Position zur Politik ausloten. Und wie verwirklicht man dieses Vorhaben? Ganz klar: Erst einmal muss mit viel Pomp gezeigt werden, dass man selbst ein großer Theoretiker ist, der über den Gegenstand erhaben ist und voll darüber Bescheid weiß, wie es um „Ökonomie und Politik im Kapitalismus" bestellt ist. Dazu lädt man sich den allseits anerkannten Fachmann für die Kritik der politischen Ökonomie, Michael Heinrich, ein, der in einem sterbenslangweiligen Interview darüber Auskunft gibt, dass die Linkspartei verkürzte Kapitalismuskritik betreibe, weil sie „auf die Argumentationsebene des ersten Bandes des Marxschen Kapital zurück" falle - ihr es also eines echten Kenners der Materie ermangele, der die Kapitalismuskritik marxgetreu verlängere. Weil es aber in der linken Debatte nicht um Wahrheit, sondern um die Diversität der Ansätze geht, braucht man noch einige andere Argumentationsstränge, die das Heft zu einer beachtlichen Meinungsschau anfüllen - ein wenig Poststrukturalismus hier, ein Stückchen Ideologiekritik dort, ein Schuss *Krisis* und abgerundet wird das Ganze durch theoretisch aufgepeppte Globalisierungskritik - fertig.

Damit soll wieder einmal unter Beweis gestellt werden, dass die wahren Theoretiker ihren Platz in der „linksradikalen Bewegung" haben. Und die kommt nun mal nicht ohne das Politikmachen aus, weil es ihr Lebenselixier ist. Weder will man sich zu einer Kritik der Politik hinreißen lassen, die einem das berühmte „Hineinwirken in die Gesellschaft" versperren würde, noch möchte man sich allzu offen dazu bekennen, formal betrachtet letztlich nichts anderes zu wollen als Müntefering. Letzterer soll lediglich radikalisiert, auf seinem eigenen Terrain, der Politik, von den linksradikalen Theoretikern überholt werden. Da diese ohnehin ständig nur ans konformistische Mitmachen in Gestalt aufgeblasener Wichtigtuerei und moralischer Ermahnung zu tugendhafter Lebensführung denken, taucht die Kritik der Politik am linken Horizont folglich nicht auf. Subversive Politik oder totale Aufgabe, das heißt staatlich goutierte Lebensreform oder widerspruchsloses Sich-Fügen - etwas anderes kennen sie nicht. Das Ergebnis ist die Parole „Antiherrschaft statt Antipolitik!" (1) So kritisch die Linken auch sein wollen, es kommt doch nur immer dasselbe heraus: die Sucht nach Politik im radikalen Gewand. Während die antideutsche Befürwortung eines US-geführten Krieges gegen Saddam Hussein sich stets dessen gewahr war, dass es auf ihre Unterstützung nicht ankommt (2), die auf die Straße getragene Kritik aber allemal dazu geeignet ist, das Ideologiegebäude Einzelner ins Wanken oder gar zum Einsturz zu bringen, mosern die Linken nur an der „neoliberalen Politik" herum, weil sie meinen, selbst die besseren Politiker zu sein.

Politik im Würgegriff

Dies führt die Initiative Antiherrschaftliche Gesellschaftstheorie (IAG) in ihrem *Phase 2*-Leitartikel „Staat gleich Politik? Anmerkungen zu Ökonomie und Politik im Kapitalismus“ mustergültig vor. Ihr ist die Trennung von Politik und Ökonomie bereits Ausgangsbedingung, womit sie die Rolle des sakrosankten Theoretikers einnimmt, der die verschiedenen Bestandteile der Gesellschaft erst sauber voneinander trennt, um sie hinterher in richtiger Reihenfolge wieder zusammenzuführen. So wird zwar behauptet, sich der Frage nach „dem Verhältnis von Ökonomie und Politik“ widmen zu wollen, doch im weiteren Verlauf des Artikels ist keine Rede mehr von einem Verhältnis. Stattdessen wird die Gesellschaft als hierarchisches Modell gezeichnet, bei dem bloß noch nicht ausgemacht ist, welcher Bestandteil zuerst da war. Ja, die „Frage nach dem Verhältnis von Ökonomie und Politik“ sei sogar „falsch gestellt“, denn der so Fragende - also Marx - werfe „gesellschaftliche Bereiche“ (Ökonomie und Staat) und „soziale Logiken“ (Herrschaft und Politik) durcheinander. Auch wenn man davon absieht, dass es nur eine einzige Logik gibt und nicht mehrere verschiedene, wird hier ein Begriffsgeklapper ohne Sinn und Verstand betrieben. Die IAG vertritt die verquere Vorstellung, es gäbe verschiedene voneinander klar zu unterscheidende Bereiche, in denen jeweils eine eigene Logik vorherrsche.

Der linksradikale Theoretiker geht nun hin und klamüsert heraus, welche Logik zu welchem Bereich gehört und wie sich alles zum Ganzen fügt. Der Begriff dieses Ganzen muss notwendig harmonisch ausfallen (3), Widersprüche kennt er nur als sich ergänzende Sphären, die jeweils ineinander greifen und - so strukturalistisch ist man allemal - ein weit verzweigtes Netz bilden. Weil dieses Netz keinen Anfangspunkt besitzt, kann der Theoretiker sich „Themenfelder“ beliebig herausgreifen und daran sein Gedankensystem illustrieren. Heute sind es mal nicht die *Gender Studies*, sondern die Politik. Diese, so weiß man, ist strikt von „Herrschaft“ zu trennen, denn während die Herrschaft eine „subordinierende Form der Einrichtung von Gesellschaft“ darstelle, sei die Politik ein „kollektiv geführter Streit über diese Einrichtung“. Die Herrschaft sei also nicht der notwendige Inhalt der gesellschaftlichen Form

Mag Politik und Herrschaft: Franz Müntefehring

Wert, sondern selber eine Form, deren Inhalt wiederum die Politik sei. Die Politik wird diesem Verständnis nach von ihrer herrschaftlichen Form im Würgegriff gehalten und es ist die Aufgabe des revolutionären Subjektes, diesen Griff zu lösen, indem es die Herrschaft abschafft - übrig bleibe dann die „herrschaftsfreie Politik“. Doch wenn die Politik durch die Herrschaft geformt wird - nämlich als Herrschaftspolitik - dann stellt sich die Frage, welches Mittel außer der Politik dem antiherrschaftlichen Subjekt bleibt: wider aller Logik beharrt die IAG darauf, dass es trotzdem die Politik zu sein habe, mit der die Politik von ihrem herrschaftlichen Charakter befreit werden müsse. In diesem Paradoxon offenbart sich das konformistische Wesen der IAG, die das Mittel der Revolution mir nichts dir nichts gegen die Fortsetzung des Immergleichen eintauscht, weil sie sich nicht von den Denkformen der politischen Ökonomie zu lösen vermag.

Heuschrecken und Medienmacht

Irgendwie ist auch den auf Operaismus (4) machenden Autonomen klar, dass ihr Begriff von Politik auf diese Weise in gefährliche Nähe zu Habermas' „herrschaftsfreien Diskurs“ gerät, weshalb sie darauf hinweisen, dass dieser Diskurs nur scheinbar in herrschaftsfreiem Raum stattfinde. Vielmehr sei es so, dass das alte deutsche Sprichwort „Geld regiert die Welt“ zutreffe. Das schreiben sie zwar nicht so, aber anders: Die „Zivilgesellschaft (ist) kein neutrales Terrain, zu dem alle gleichberechtigt Zugang haben. Wer hier von einem breiteren Publikum gehört werden will, muss es kontinuierlich in die Massenmedien schaffen und benötigt dazu entweder viel Finanzkraft oder zumindest eine effiziente Organisation mit entsprechendem Multiplikatorensystem. Wer darüber jedoch verfügt, dem kann es - wie den Unternehmerverbänden - unter bestimmten gesellschaftlichen Umständen sogar gelingen, ein ihm genehmes Projekt zur Einrichtung von Gesellschaft - in diesem Fall: den Neoliberalismus - als alternativlos erscheinen zu lassen.“ Kritik des notwendig falschen Bewusstseins? Fehlanzeige.

Stattdessen breitet die IAG eine Verschwörungstheorie aus, die sich gewaschen hat. Dass ihnen als erstes die „Unternehmerverbände“ als Urheber des vorherrschenden Verblendungszusammenhanges einfallen, ist kein Zufall, weil sie auf die klassisch sozialdemokratische Mär zurückgreifen, der Staat sei nur deshalb zu kritisieren, weil er die Interessen der falschen Klientel bediene - er sei ein Instrument bürgerlicher Klassenherrschaft. Es ist die Ideologie der Personalisierung eines gesellschaftlichen Verhältnisses, die sich hier ausdrückt. Die „Heuschrecken“-Kapitalisten würden sich die Presse kaufen, um ihre Interessen schonungslos durchzusetzen. Und sie täten das nicht in offener Weise, sondern ver-

steckt, indem sie bestimmte gesellschaftliche Vorstellungen mittels Medienmacht als alternativlos erscheinen ließen. Es stellt sich natürlich sofort die Frage, weshalb die Mehrheit der Deutschen bei der letzten Bundestagswahl nicht neoliberal, sondern links gewählt hat. So alternativlos kann der Neoliberalismus wohl doch nicht erscheinen. Aber irgendeine hanebüchene Erklärung für die offenkundige Dummheit der Wähler, die sie aber zugleich nicht vergrätzt, muss schließlich gefunden werden, wenn man den Anspruch aufrecht erhalten will, Politik zu machen.

Kritik der Politik

Weil die IAG sich weigert, eine materialistische Kritik der Politik vorzunehmen, das heißt die Politik als notwendig am Gemeinwohl orientierte Unterwerfung des Subjektes unter das staatliche Gewaltmonopol zu kritisieren, womit jede Politik - sei sie nun rechts, links, neoliberal oder kommunistisch – System erhaltenden Charakter annehmen muss, kann sie die gesellschaftlichen Subjekte nicht ernst nehmen. Diese fallen in ihrer Vorstellung immer nur auf Propaganda herein, auch wenn sie ihre eigene Propaganda nicht als solche begreifen. Dass die Subjekte aber die Herrschaft aus sich heraus affirmieren, ja, bisweilen sogar herbeisehnen könnten, diesem Problem stellt sich die IAG nicht. (5) Ihr ist vielmehr daran gelegen, die Gesellschaft als neutralen „Bereich" zu verstehen, den die Linke mit ihrer Propaganda nur angemessen beackern müsse, um ihrerseits hegemonial zu werden und wenn nicht als alternativlos, so doch wenigstens als Alternative zu erscheinen: „Eine andere Welt ist möglich", sagt Attac. Die IAG leugnet den Zusammenhang von Politik und Herrschaft einzig aus dem Grund, dass sie sich ihre eigene Politik nicht vermiesen lassen will: „Wir verstehen unter ‚Politik' nicht den in Parteien und Parlamenten stattfindenden so genannten ‚politischen Willensbildungsprozess', sondern einen kollektiv geführten Streit über die Einrichtung von Gesellschaft. Das bedeutet, dass sich Gruppen als politische Akteure konstituieren und versuchen ihr jeweiliges Projekt hegemonial, d.h. verallgemeinerungsfähig, zu machen. Daraus folgt nicht, dass im Umkehrschluss die als ‚politischer Willensbildungsprozess' verhandelten Verfahren und Praktiken für unwichtig gehalten werden sollten. Vielmehr sind sie als Mechanismen in Betracht zu ziehen, die den vorstaatlichen politischen Streit in bestimmte institutionelle Bahnen lenken, in denen er in konkrete staatliche Handlungen ‚übersetzt' werden kann." Deutlicher kann die Affirmation des Staates gar nicht ausfallen. Und in der Argumentation zeigt sich, wie notwendig Politik sich um das Wohl des Ganzen sorgt. Sie müsse „hegemonial" werden, das heißt von der Mehrheit gegen die Minderheit getragen sein. Sie solle „verallgemeinerungsfähig", also von individuellen Interessen abstrahierend sein. Der von der IAG intendierte „kollektiv geführte Streit" bedeutet nichts anderes als sich den Kopf des Staates zu zerbrechen - weshalb es auch schwer sein dürfte, überhaupt einen substantiellen Unterschied zwischen „Willensbildungsprozess" und „kollektiv geführtem Streit" anzugeben.

Von der Politik zur Antipolitik

Da hilft es auch nicht, wenn beteuert wird, es sei „fatal", „wie bisher nach ontologisch privilegierten Subjekten (seien es das Proletariat oder beliebige Subalterne) zu suchen": denn die IAG verabschiedet sich nur deshalb von der Klasse, um zum Volk zu gelangen. Ihr Projekt ist die *echte Politik*, die *wahre Demokratie*, das *wirkliche Kollektiv*. Deshalb bewahrt sie auch nichts davor, jederzeit von der Politik in die Antipolitik umzuschlagen, das heißt von der individuellen Unterwerfung *unter* den als Vermittlung fungierenden Staat in die persönliche Identifizierung *mit* dem Staat zu rücken und in vorauseilendem Gehorsam dessen barbarisches Potential zu exekutieren. Der feine Unterschied zwischen Politik und Antipolitik - dass nämlich bei Ersterer Gesellschaft und Staat in einem Verhältnis zueinander stehen und nicht identisch sind, was den kollektiven Wahn davor bewahrt, ungehindert zur Tat schreiten zu können - muss der IAG entgehen, weil sie den Staat überhaupt nicht als Vermittlungsinstanz eines *bestimmten* gesellschaftlichen Verhältnisses begreift, sondern lediglich als *beliebig* einzusetzendes Instrument. Je mehr die IAG die Instrumentalisierung des Staates, also linke Politik, fordert, desto mehr muss der vermittelnde Charakter des Staates in den Hintergrund der Darstellung treten, weil die Waren produzierende Gesellschaft als Resultat bloßen Willens autonomer Subjekte erscheint und die staatlich gesetzte Subjektform selbst nicht in Frage gestellt wird. Dass sich die Individuen indes nur als Subjekte ihrer gesellschaftlichen Stellung im Produktionsprozess bewusst werden können, weil alles andere auf eine faule Ontologie hinauslaufen würde (6), muss die IAG verdrängen, weil es ihr ohnehin nicht um Aufklärung durch Kritik geht.

Die Kritik der Politik hätte hier anzusetzen: Den Subjektstatus als Ideologie zu denunzieren, weil es das Kapital ist, das durch die Subjekte spricht und ihnen die Sprache des Fetischismus einhaucht. Politik ist, weil sie das Subjekt für wahr hält und nicht als gesellschaftlich produzierte Fiktion betrachtet, immer die Verwirklichung des kapitalen Interesses, also des Gemeinwohls. Die Aufhebung der Politik im Sinne einer Antipolitik, die ohne *tatsächliche* Emanzipation der Individuen zu autonomen Subjekten auskommt, kann nur dazu führen, das sich autonom wähnende Subjekt in ein Staatssubjekt Kapital zu verwandeln, also die Differenz zwischen Individuum und Staat einzuebnen. Während das bürgerliche Subjekt stets meint, unabhängig, partikular und egoistisch zu handeln, damit aber das Allgemeine reproduziert, handelt das Staatssubjekt Kapital (7) offen im Dienst des Ganzen - *du bist Deutschland*. Während das bürgerliche Subjekt (hier vertreten durch die IAG) meint, den Staat als Instrument für die Verwirklichung eigener Interessen benutzen zu können, also Politik zu betreiben, agiert das Staatssubjekt Kapital antipolitisch, das heißt gegen die Vermittlung individueller Interessen. Was lediglich als graduelle Differenz daher kommt - schließlich handeln beide im Auftrag des Gemeinwohls -, entpuppt sich im realen Vollzug als Unterschied ums Ganze: Kennt das bürgerliche Subjekt den Ego-

ismus, an den zu appellieren sich für Kommunisten einzig lohnen würde, ist das Staatssubjekt Kapital immer schon bereit zum Opfer fürs große Ganze. Und nicht nur das: Wie es selbst zum Opfer stets bereit ist, so fordert es auch das Opfer der anderen; im Krisenfall wird es zur Bestie, die die Welt terrorisiert. Oder in den Worten Thomas Manns in Bezug auf die Deutschen: „Der Deutsche als Politiker, glaubt sich so benehmen zu müssen, daß der Menschheit Hören und Sehen vergeht - dies aber hält er für Politik. Sie ist ihm das Böse, - so meint er denn um ihretwillen recht zum Teufel werden zu sollen." (8)

Man könnte relativ entspannt damit fortfahren, zu versuchen, die Bürger mit Kritik zur Reflexion zu bewegen, bestünde nicht jederzeit die Gefahr, dass diese im Anflug autoritärer Sehnsucht ihrerseits das Subjektsein opferten und sich fortan der hemmungslosen Antipolitik verschrieben. Die Anforderungen an das Subjekt, dessen Status im Spätkapitalismus immer prekärer wird, und das rasant anwachsende Gefühl der Ohnmacht bergen - neben der derzeit unwahrscheinlichen Perspektive der kommunistischen Revolution - die Gefahr eines Aufgebens, das gleichsam ein Hineinstürzen in die antipolitische Raserei bedeutete. Deren aktuell bedeutendste Vertreter sind in den Reihen der Hamas zu finden - mehr noch als die stagnierende Zahl der Neonazis zeigt die steigende Zahl der Islam-Konvertiten, dass das Angebot kollektiver Verantwortungslosigkeit für immer mehr Menschen attraktiv ist. Besonders im postnazistischen Deutschland hat sich die Antipolitik zäh gehalten, weswegen gerade hierzulande jeder bürgerlichen Ideologie doppelt zu misstrauen ist. Die Propaganda der IAG ist damit nicht nur bürgerliche Ideologie, sondern trägt zugleich den Keim des Schlimmeren in sich. Und die Tatsache, dass dieses Schlimmere bei ihr keine Erwähnung findet, bestätigt diesen Verdacht. Gut nur, dass der gesellschaftliche Einfluss der IAG gegen Null tendiert - ob nun aufgrund verlockenderer Angebote auf dem Politikmarkt oder weil finanzkräftige Unternehmer die Massenmedien unter Kontrolle halten. ■

Alle nicht anders gekennzeichneten Zitate entstammen dem Artikel Staat gleich Politik? Anmerkungen zu Ökonomie und Politik im Kapitalismus *von der Initiative Antiherrschaftliche Gesellschaftstheorie in der* Phase 2, *Nr. 18, S. 8-11.*

Anmerkungen:

(1) So der Titel einer Veranstaltungsreihe der Berliner Initiative antiherrschaftliche Gesellschaftstheorie.

(2) Parteinahmen wie Grußbotschaften an den Präsidenten der Vereinigten Staaten oder die US-Army waren gegen die linken Friedensfreunde gerichtet - wer diese Parteinahmen nicht verstanden hat und sie beispielsweise so deutete, dass die Antideutschen sich nun als Politikberater gerierten, muss die Begründungen, die zur Befürwortung des Irak-Krieges gegeben wurden, schlichtweg ignoriert haben.

(3) Das zeigt übrigens schon die Verwendung des Begriffes „Logik". Wenn die Gesellschaft von einer „Logik" durchwaltet wird, dann haben wir es mit einer lückenlosen, in sich vernünftig begründbaren Veranstaltung zu tun.

(4) Aus irgendeinem unerfindlichen Grund scheint Antonio Gramsci der neueste Schrei auf dem Theorie-Markt zu sein. Der ist zwar schon angestaubt, aber taugt immer noch dazu, sich nicht mehr mit der Kritischen Theorie auseinandersetzen zu müssen. Gramsci ist nicht nur die Referenzgröße der IAG, sondern auch Röttgers und Wagenknechts. Sie schreiben in gewisser Weise alle denselben Mist ab - die Begriffe „Neoliberalismus", „Block", „Hegemonie" und „Zivilgesellschaft" schillern grell als Signalwörter für den nach Identifikation suchenden Theoretiker.

(5) Ihre ansonsten erfreulich politikkritischen Genossen von den Freundinnen und Freunden der klassenlosen Gesellschaft übrigens auch nicht. In ihrem Papier „Politik - Opium des Volkes" (http://mitglied.lycos.de/fdkg2003/antiparlamentarismus.htm) schreiben sie über den „Versuch der Bewusstseinsindustrie, den Opel-Streik antiamerikanisch als Konflikt zwischen einem skrupellosen Yankee-Konzern und der deutschen sozialen Marktwirtschaft aufzuladen." Dass die Lohnabhängigen aufgrund der Identifikation mit der Produktionsgemeinschaft eventuell von selbst das antiamerikanische Ressentiment produzieren könnten, darf nicht sein.

(6) Ein repräsentatives Beispiel ist die Ontologie des Robert Kurz, besonders ausgeprägt in seinem Band *Die antideutsche Ideologie*, Münster 2003. Dort (S. 152ff) begreift Kurz das Subjekt als ausschließlich vom Wert konstituiert und will es radikal verwerfen. Übrig bleibt nur ein abstraktes Sein an sich, das dann Träger des eigentlichen Individuums ist. Kurz' Subjekttheorie zeigt auf, wie wenig er gewillt ist, die Warenproduktion als besondere Form der gesellschaftlichen Aneignung von Natur zu begreifen. Folglich kann Kurz auch nichts mit der Psychoanalyse anfangen - Natur wird ihm zum bloßen An-sich-sein, das der künstlichen Gesellschaft schroff gegenübergestellt ist. Bei Kurz' Nachplapperern, etwa den Wertkritischen Kommunisten Leipzig, wird dieses Phänomen in seiner ganzen Plattheit deutlich.

(7) Zum von Heinz Langerhans entlehnten Begriff des „Staatssubjekt Kapital" vgl. die hervorragende Einführung in Langerhans' Denken von Jan Gerber. Jan Gerber, *Das ‚Staatssubjekt Kapital'. Heinz Langerhans und seine Gefängnisthesen. Vorwort*, in: Heinz Langerhans, *Staatssubjekt Kapital*, Texte zur Diskussion um Faschismus, Krieg und Krise. Materialien zur Aufklärung und Kritik 1, herausgegeben von Anja Worm, Christian Maslo, Christoph Beyer und Jan Gerber, Halle/ Saale 2004.

(8) Thomas Mann, *Essays*, Band 5, Frankfurt a.M. 1996, S. 272f., zitiert nach: Redaktion *Bahamas*, *Antipolitik und Gegenaufklärung*, in: *Bahamas*, Nr. 43/2003.

Die Erfindung des „Kapitalismus"

Hundert Jahre deutscher Antikapitalismus

DIRK LEHMANN

Schlagartig veränderte die industrielle Revolution Erscheinungsbild und Charakter der deutschen Gesellschaft. Noch einmal mehr verschob der Wechsel der Kanzlerschaft von Bismarck zu Caprivi im Jahr 1890 die Gewichte, denn ungleich stärker als vor ihm Bismarck protegierte Letztgenannter die Industrie und sorgte so für den unumstößlichen Wandel des Reichs von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Für die Zeit nach 1871 ist aber nicht allein von einem rasanten wirtschaftlichen und sozialen Wandel zu berichten. Über die mit diesen Entwicklungen einhergehenden sozialen Verwerfungen hinaus dürfen insbesondere die seelischen Folgen dieser Veränderungen nicht übersehen werden. So prägte eine tief greifende Unzufriedenheit gegenüber dem „Industrialismus" das Bewusstsein der Zeitgenossen. Dieses Unbehagen richtete sich nicht ausschließlich gegen das durch die Industrialisierung erzeugte materielle Elend, sondern immer stärker auch gegen die städtische und industrielle Kultur.

Der soziale Wandel war begleitet vom Bewusstsein eines Epochenwandels und einer mentalen Krise, deren Schlagworte etwa Dekadenz, Wiederkehr des Gleichen, Verlust an Schöpfungskraft, Mangel an Heroismus und *Ennui* waren. Das Klima des *fin de siècle* war, obschon es ganz Europa erfasste, im deutschsprachigen Raum in besonderer Weise ausgeprägt. Gerade im deutschen Reich war die Furcht vor dem kulturellen Untergang und den Ungewissheiten der politischen Zukunft in besonderem Maße ausgeprägt, erschien Wandel als Verfall. Erklärlich wird diese Verwechslung nicht zuletzt durch die idealistische Tradition, in der nicht nur eine Vielzahl der Gelehrten stand. In seiner großen Studie über den Kulturpessimismus resümiert Fritz Stern, dass „kulturelle Unzufriedenheit, eine Sehnsucht nach dem ‚starken Mann' und nationalistische Hoffnung (...) die dominierenden Gefühle vieler Deutscher vor dem ersten Weltkrieg" waren.

In die Zeit nach 1890 fällt der erste kulturpessimistische Angriff gegen die liberale Gesellschaft. Die „kulturellen Maschinen-Stürmer" (Stern) mobilisieren die geistigen und seelischen, bewussten und unbewussten Ressentiments gegen die vom Liberalismus angeblich verursachte geistige Leere des Lebens und den Niedergang der Tugenden. Am Angriff auf den Liberalismus beteiligen sich aber nicht einzig „konservative Revolutionäre". Verhasst ist dieser ebenfalls bei den *klassischen* Konservativen, der katholischen Kirche, wie auch bei Protestanten und Sozialisten. An die Stelle liberaler Ideen tritt alsbald die Ideologie eines starken Staates, der als Wohlfahrts- und Sozialstaat die bürgerliche Gesellschaft reglementieren und regulieren soll. Einerseits erlässt man einige sozialpolitische Maßnahmen, andererseits setzt man verstärkt auf Schutzzollpolitik sowie koloniale Expansion und suchte sein Heil in chauvinistischen Visionen. Geschichtsphilosophisch fundierte und fortschrittsoptimistische Programme werden von der „industriellen Welle" fortgespült, noch ehe sie wirklich Fuß fassen konnten. Die solide Welt des 19. Jahrhunderts scheint dahin; eine Mischung aus Resignation und Zynismus charakterisiert den Geist der Zeit.

Zugleich fordert die neue und unübersichtliche Lage zu vereinfachenden Zustandsbeschreibungen heraus. Vor allem Vertreter der „konservativen Revolution" bedienten diesen neuen Trend vortrefflich. Die Gegenwartsdiagnosen geraten zunehmend diffus und widersprüchlich, simplifizierende und manichäische Weltbilder erscheinen mehr und mehr plausibel. Es sind „Weltbeschreibungen", die versprechen, das vermeintlich Wesentliche in knappen Formeln auf den Begriff zu bringen. „Weltbeschreibungen", welche *en passant* normativ über ihren Gegenstand urteilen, sich also in keiner Weise um Klarlegung und Analyse von Tatbeständen bemühen, sondern lediglich darauf aus sind, Verdammungsurteile zu fällen und düstere Prophezeiungen zu äußern. Es ist zu beobachten, wie ein im strengen Sinne unpolitisches Ressentiment sukzessiv in die politische Sphäre eindringt. Eine dieser „Weltbeschreibungen", die sich zu jener Zeit herausbildet, ist die Bezeichnung der gegenwärtigen Epoche als „Kapitalismus".

Der Begriff „Kapitalismus"

In der Zeit des *fin de siècle* entwickelte sich der „Kapitalismus" zu einem Leitbegriff der politischen und kulturwissenschaftlichen Gegenwartsdiagnose. Doch erst in den Jahren nach 1890 setzt sich der „Kapitalismus" als Epochenbegriff durch und „beschreibt" den damals gegenwärtigen Abschnitt der menschlichen Kulturgeschichte. Vor allem anderen ist der Begriff „Kapitalismus" dadurch ausgezeichnet, dass er ein diffuses Unbehagen gegenüber bestimmten Aspekten der Moderne zum Ausdruck

bringt. Wer also vom „Kapitalismus" spricht, der tut dies aus einem ressentimentgeladenen Impuls heraus. Dieser ostentative Antikapitalismus ist aber, wie sich zeigen wird, nicht zu verwechseln mit einer Kritik der politischen Ökonomie, wie sie im Anschluss an Marx zu üben ist.

Denjenigen, die sich des Begriffs „Kapitalismus" bedienen, geht es weniger um Analyse, als vielmehr um Abwehr. „Kapitalismus" ist im Kern ein kulturprotestantischer Kampfbegriff, mit dem zu antimaterialistischen Schlachtrufen angestimmt wird. „Der Ausdruck Kapitalismus, kapitalistische Wirtschaftsweise usw. ist", so der liberale Ökonom Richard Passow in seiner auch heute noch beeindruckenden *begrifflich-terminologischen Studie* aus dem Jahr 1918, „– von verhältnismäßig wenigen Ausnahmen abgesehen – von Anfang an nicht gebraucht worden, um die Tatsachen des Wirtschaftslebens objektiv zu klassifizieren und begreifen zu lehren, sondern man hat sie gebraucht, um die – mehr oder minder zutreffend erkannten – Erscheinungen des Wirtschaftslebens zu kritisieren, anzuklagen, zu verurteilen." Der vermeintliche Fachterminus dient allein als Mittel der Kulturkritik, und mit dem Wortumfeld verbindet sich ein dunkles Empfinden. Übelstände werden benannt, „die eher dumpf geahnt als wirklich gewußt werden, überall wird zudem der verurteilende Beigeschmack des Wortes deutlich" (Passow). Dass auch Passow als Anhänger des Privateigentums sich einen falschen Reim auf die Verhältnisse macht, tut seiner zutreffenden Charakterisierung dieser Kulturkritik keinen Abbruch.

„Kapitalismus" soll seit jeher das moderne (Wirtschafts-)Leben diffamieren und seine Reformbedürftigkeit zum Ausdruck bringen. Dies zeichnet ihn als politisches Schlagwort aus. Darüber hinaus bleibt der Begriff inhaltlich völlig vage. Gerade angesichts der inhaltlichen Breite des Begriffs, auf die Passow aufmerksam macht, eignen sich die „vorfindlichen Anspielungen und Auslassungen (...) bestens dazu, ein Einvernehmen im Mißverstehen oder Verstehen eines Hintersinns zu befördern, also um interpretierende Wahrnehmungen, welche in die Botschaft sämtliche Erwartungen der Rezipienten hineinlegen" (Pierre Bourdieu). „Kapitalismus" ist einer der Begriffe, die – sei es auch negativ – Eindeutigkeit suggerierten und Unsicherheit kompensierten. „Kapitalismus" kann vor diesem Hintergrund als Versatzstück einer Ideologie begriffen werden, die erfüllt ist von Leidenschaft und affektgeladenem Beteiligtsein.

Zwar existiert neben jenem hier zu skizzierenden resignativen Lamento über den „Kapitalismus" immer auch eine nicht rein antikapitalistische, sondern kommunistisch intendierte Kritik der „kapitalistischen Produktionsweise". Aus diesem klaubt sich die populäre Debatte gegen die moderne Wirtschaftsweise einzelne Elemente zusammen und gibt sich so einen widerständigen Anschein. Diesen widerständigen Gewinn kann abschöpfen, wer sich in keiner Weise an Emanzipation interessiert zeigt. Bleibt die „Kritik" phrasenhaft, ist die „fetischisierte antikapitalistische Ideologie" (Moishe Postone) von der *bestimmten Negation* der „kapitalistischen Produktionsweise" nicht mehr zu unterscheiden.

Vorgeschichte des „Kapitalismus"

Die Diskussion um den „Kapitalismus" sowie auch der Begriff selbst sind allerdings keine originären Schöpfungen aus der Zeit der Jahrhundertwende. Allerdings ist der Ausdruck in der Semantik des „langen 16. Jahrhunderts" (1492-1648) – der Entstehungszeit der modernen Gesellschaftsformation – noch nicht zu finden. Anders übrigens als der Begriff des „Kapitals", der bereits im Mittelalter auftaucht und alsbald in die Sprache der Kaufleute Einzug erhält. Auch Denis Diderots 1750 begonnene *Enzyklopädie* enthält noch keinen Artikel zum „Kapitalismus", obwohl Jean Jacques Rousseau bereits über „Ökonomie" schreibt. Selbiges gilt auch für Adam Smith und David Ricardo – beide verfügen über keinen „Kapitalismus"-Begriff. Überdies muss angesichts der heutigen Geläufigkeit des Begriffs überraschen, dass dieser gerade bei demjenigen, der doch als der ultimative Kritiker des „Kapitalismus" gilt, systematisch nicht gebraucht wird. Zwar heißt es aus der Feder Karl Marx' im 1885 posthum von Friedrich Engels veröffentlichten zweiten Band des *Kapitals*, dass „der *Kapitalismus* (...) schon in der Grundlage aufgehoben (ist) durch die Voraussetzung, daß der Genuß als treibendes Motiv wirkt, nicht die Bereicherung" (Hervorhebung D. L.). Dies aber bleibt in den drei Bänden des *Kapitals* die einzige Stelle, an der Marx *expressis verbis* vom „Kapitalismus" spricht. Der Begriff taucht in seiner Analyse der Anatomie und Dynamik der, wie es bezeichnenderweise heißt, „kapitalistischen Produktionsweise" nicht auf. Es darf wohl vermutet werden, dass Marx begründete Vorbehalte gegen die solchen Ismen innewohnenden Tendenzen der Verdinglichung von Sprache und Bewusstsein hatte.

Gleichfalls hütet sich Marx im Übrigen auch davor, der Personifikation des Kapitals, dem „Kapitalisten", die Grundübel des Wirtschaftslebens anzulasten. Indem Marx das Kapital als „automatisches Subjekt" bestimmt, weist er es als gesellschaftliches Verhältnis aus. Das Kapital ist damit weder eine einflussreiche und im Verborgenen wirkende Personengruppe noch eine bloße „Struktur". Das Kapital ist eine besondere Form des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, es setzt alle Menschen – ob Unternehmer oder Arbeiter – als Objekte seiner eigenen Gesetzmäßigkeit, zugleich jedoch ist es die Gesamtheit der Subjekte, die diese Gesetzmäßigkeit durch ihr Handeln mit jedem Tauschakt reproduziert. Zu einer solchen, sich selbst als Kapitalsubjekt reflektierenden Kritik gelangen aber nur die wenigsten von Marx' Nachfolgern.

Der Begriff „Kapitalismus" taucht erstmals in der Mitte des 19. Jahrhunderts in den Schriften Pierre Joseph Proudhons auf und Louis Blanc spricht zur selben Zeit von der „Aneignung des Kapitals durch die einen unter Ausbeutung der anderen" und bezeichnet diese als „Kapitalismus". Im deutschsprachigen Raum ist es der preußische Großgrundbesitzer und Theoretiker des Staats-

sozialismus, Carl Rodbertus, der 1869 erstmals vom „Kapitalismus" spricht. Dieser gilt ihm als ein „sociales System", dem man sich entweder andienen oder erwehren könne.

Nach seinem ersten Auftauchen im Deutschen wird der Begriff „Kapitalismus" aber noch weitgehend als einer aus dem Wörterbuch der Sozialdemokratie verfemt und gemieden. Dessen ungeachtet gibt es jedoch verschiedentlich Versuche, auch in der Wissenschaft, das politische Schlagwort einzubürgern. Der Kathedersozialist Albert Schäffle ist der erste Ökonom, der mit seinem Buch *Kapitalismus und Socialismus* aus dem Jahr 1870 den Begriff in den wissenschaftlichen Kanon aufnimmt und so zu seiner Verbreitung einen erheblichen Beitrag leistet. In den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts lässt sich dann beobachten, wie die Rede vom „Kapitalismus" ihr sozialdemokratisches Stigma verliert und zunehmend in den journalistischen und politischen Debatten häuslich wird. Seinen eigentlichen Durchbruch aber erlebt der Ausdruck erst gute zehn Jahre später.

Mit Werner Sombarts 1902 in seiner so genannten marxistischen Phase veröffentlichtem Hauptwerk *Der moderne Kapitalismus* wird der Begriff nachdrücklich popularisiert. Sombart ist um die Jahrhundertwende ein hoch angesehener Nationalökonom und einer der Gründerväter der deutschen Soziologie. Er gilt als der einflussreichste Theoretiker des „modernen Kapitalismus" und seine Vorträge erfreuen sich größter Beliebtheit. In jungen Jahren wird er, obschon nie Mitglied, als eine der großen Hoffnungen des revisionistischen Flügels der Sozialdemokratie angesehen – sein wesentlich sozialpolitisch inspirierter Antikapitalismus, in dessen Schatten sein gesamtes Schaffen steht, ist bereits in seiner Dissertationsschrift von 1888 klar erkennbar. Der 1863 geborene Sombart ist, anders als noch die vorhergehende Generation, nur wenig geprägt von der Euphorie der Reichsgründung von 1871. Weit stärker prägen das schnelle Wachstum der Industrie respektive der Industriearbeiterschaft und die damit einhergehenden sozialen Verwerfungen nicht allein den jungen Nationalökonomen, sondern eine Vielzahl von Intellektuellen der so genannten „Generation von 1890". Diese Entwicklung schärfte „Einsichten" in vermeintliche Schwachpunkte des „Kapitalismus" und sorgte für ihre diesem gegenüber eher reservierte Haltung. Sombart fällt nach 1907 dann vornehmlich durch explizit kulturpessimistische Äußerungen auf. Vor allem mit seiner im Februar 1915 abgeschlossenen Schrift *Händler und Helden*, die getragen ist von den „Ideen von 1914", wird er einer der Protagonisten der „konservativen Revolution".

Sombarts 1902 noch zweibändiges Werk – eine dreibändige Überarbeitung folgt 1916 – hält den „Kapitalismus" im Gespräch und lässt den Begriff Karriere machen. Schon die Erstauflage erscheint aber nur vordergründig als eine gesellschaftsanalytische und formalsoziologische, ja „wertfreie" Abhandlung. Vielmehr enthalten Sombarts Skizzen Wertungen, die sodann als politische Kampfmittel eingesetzt wurden. Überdies wird mit der Konjunktur des Ausdrucks „Kapitalismus" nicht einfach ein bis dato vermeintlich kritischer Begriff der noch jungen Sozialdemokratie popularisiert. Mit seiner Verbreitung erfährt er eine Umprägung und Andersbewertung – unter Beibehaltung seines pejorativen Beigeschmacks. Spuren dieser Verschiebung sind, wie sich zeigen wird, noch heute deutlich erkennbar.

Die Erfindung des „Kapitalismus"

Das Gespräch über den „Kapitalismus" in den Sozial- und Kulturwissenschaften im Geiste des *fin de siècle* kreist um die Frage nach dem Schicksal des Menschen unter den Bedingungen des neuartigen „Lebensganzen" (Ferdinand Tönnies). Im Kern geht es dabei zunächst um eine *Bestimmung* dessen, was überhaupt unter „Kapitalismus" zu verstehen ist. Angesichts der vermeintlichen Widernatürlichkeit des „Kapitalismus" sucht man sich ferner über die *Genese* des „Kapitalismus" zu verständigen. Zuletzt begreift man den „Kapitalismus" als eine *irreversible Entwicklungsrichtung* der Kulturgeschichte. Es ist dies die handlungstheoretische Unterscheidung von Bedarfsdeckungs- und Erwerbsprinzip, nach der, deutlich abwertend, „Kapitalismus" bestimmt wird. Von diesem ist dann die Rede, wenn die dominante Wirtschaftsform darin besteht, dass die wirtschaftlichen Ressourcen mit der expliziten Absicht eingesetzt werden, ein Mehrprodukt zu erwirtschaften, das über den Bedarf hinausgeht. Als ursächlich für historische Abläufe wird das bewusste Agieren von (Wirtschafts-)Subjekten behauptet. Eine solche Personifizierung der historischen Entwicklung macht diese adressierbar und lässt Einzelpersonen oder – wie sich anhand von Sombarts Schriften zeigen lässt – Kollektive für diese verantwortlich erscheinen. Dass es hingegen bestimmte, allgemein blind reproduzierte, materielle Verhältnisse sind, die ein notwendig falsches Bewusstsein hervorbringen, will der frühen deutschen Soziologie nicht in den Sinn kommen.

Bereits im Vorwort zur ersten Auflage seines *Kapitalismus* wähnt sich Sombart dann auch zu Recht als einer der Mitbegründer der Völkerpsychologie. Bei Licht besehen wird alsbald deutlich, dass es Sombart und seiner Zunft nur beiläufig um die Anatomie der „kapitalistischen Produktionsweise" geht, der sich Marx im *Kapital* ausführlich widmet. Was sie umtreibt, ist also nicht die wirkliche Genese der „kapitalistischen Produktionsweise", wie sie aus dem „Kampf der Menschen um die Bedingungen ihrer Reproduktion" (Theodor W. Adorno) entspringt. Vielmehr unterstellen sie einen merkwürdigen Dualismus von „Kapitalismus" und „Kultur" und begreifen die ökonomische Reproduktion der Gesellschaft und deren kulturelle Ausprägung nicht als Einheit, sondern sorgen sich um die Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsform „auf den gesamten Zuschnitt der modernen Kultur, auf den ‚Stil des Lebens'" (Sombart 1902). Der „Kapitalismus" wird damit zu einem Problem für die deutsche Kultur, das heißt das kulturprotestantische Bildungsbürgertum sieht sich durch die historische Entwicklung mit neuartigen Wert- und Sinnfragen konfrontiert. Zwei Jahre später dekretiert Sombart: „Auch dem Blinden mußte sich zuletzt die Richtigkeit der Tatsache aufdrängen, die hellsehende Sozialisten vor

einem halben Jahrhundert schon erkannt und ausgesprochen hatten: daß wir alle im öffentlichen wie im privaten Leben nur nach der Pfeife des Kapitalismus tanzen" (Sombart 1904). Sein Interesse ist wesentlich auf diesen „Tanz" und nicht auf die Melodie gerichtet. Die Marxsche Kritik wird kulturwissenschaftlich verbreitert, *ohne* dass man dabei den Marxschen Grundeinsichten weiter Rechnung trägt.

So scheint auch verständlich, dass der „Kapitalismus" als etwas Fremdes, Widernatürliches wahrgenommen wird. Anthropologisch betrachtet erscheint der „Kapitalismus" den Zeitgenossen als eine historisch unwahrscheinliche und eben unnatürliche Angelegenheit. Vor dem Hintergrund der mit dieser Entwicklung ausgelösten Befremdlichkeiten suchen sich die Diskutanten die *Genese* des „Kapitalismus" zu erklären. Sie bedienen sich dabei eines bekannten und beliebten Erklärungsmotivs: Der Grund für jene verlorene Vertrautheit wird nicht in den Bedingungen der „wirklichen Geschichte" (Adorno) gesucht, sondern – prominent und eindrucksvoll bei Sombart – im undurchsichtigen Spiel fremder Mächte. So erklärt sich dieser die Genese des „Kapitalismus" durch das völlig unvermittelte Auftreten, besser Eindringen eines Verhaltens- oder Einstellungssyndroms, eines Habitus oder Stils der Lebensführung in das mittelalterliche Europa. Sombart nennt dies den „specifisch kapitalistischen Geist". Leibhaftig tritt dieser in der Form des „besseren Krämers" und des „Winkelwucherers" auf. Die äußerst stereotypen Arbeiten über das jüdische Wirtschaftsleben von Otto Stobbe aus dem Jahr 1866 sowie von Wilhelm Roscher aus dem Jahre 1875, üben auf Sombart erheblichen Einfluss aus. Geschult durch diese historischen Studien, liegt es für Sombart selbstverständlich nahe, die rasche Verbreitung des „kapitalistischen Geists" in Westeuropa durch „die Einsprengung zahlreicher stammesfremder Elemente (der Juden) in die europäischen Völker" (Sombart 1902) als Erklärung anzuführen.

Im *Modernen Kapitalismus* von 1902 ist der Gedanke einer jüdischen Abkunft dessen, was Sombart an anderer Stelle wortgewaltig als „Pestbeule" bezeichnet, erst in Ansätzen ausgeführt. Bereits 1903 in seiner *Deutschen Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert* wird Sombart aber diese Überlegungen, mit Rekurs auf Marx' Schrift *Zur Judenfrage*, erheblich verbreitern. 1911 kulminiert diese stereotype Geschichtsinterpretation dann in seinem so genannten „Judenbuch" – *Die Juden und das Wirtschaftsleben.*

An einem Auszug aus dem *Geleitwort* zur Neuauflage des *Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* (1904), an der sich neben Sombart auch Max Weber und Edgar Jaffé beteiligen, wird noch einmal deutlich, wie wenig vermeintliche Fremdverhältnisse als Selbstverhältnisse begriffen werden. In der renommierten Zeitschrift, deren Forschungsprogramm sich wesentlich an den kulturellen Auswirkungen des „Kapitalismus" orientiert, geht man von einem „grundstürzenden Umgestaltungsprozess, den *unser* Wirtschaftsleben und damit *unser* Kulturdasein überhaupt durch das Vordringen des Kapitalismus erlebt", aus. „Kapitalismus", so die Diagnose, dringt als etwas Fremdes in die eigene Kultur ein und gestaltet diese total um. Die „theologischen Mucken" (Marx) dessen, woran man leidet, bleiben unverstanden. Zu sehr gehen die Überlegungen der Soziologen an den immanent notwendigen Eigentümlichkeiten der (Re-)Produktion vorbei.

Im Vorwort zur italienischen Ausgabe des *Manifestes der kommunistischen Partei* aus dem Jahr 1893 erwähnt Friedrich Engels, dass das *Manifest* „der *revolutionären* Rolle, die der Kapitalismus in der Vergangenheit gespielt hat, volle Gerechtigkeit widerfahren" lässt. Der „Kapitalismus" stellt für Engels also einen historischen Fortschritt dar, gerade hinsichtlich der Möglichkeit, dass nun das Proletariat auf der Bühne der Geschichte erscheint. Was Engels damit hervorhebt, ist die transitorische Bedeutung, die er dem „Kapitalismus" zuspricht. Ganz anders dagegen Sombart und andere. Um 1900 etabliert sich der „Kapitalismus" als ein Epochenbegriff der Kulturgeschichte der Menschheit, ähnlich dem Feudalismus. Als solcher bringt er das Gefühl einer tief greifenden Diskontinuität, eben einer epochalen Zäsur zum Ausdruck. Fortan gilt der „Kapitalismus" als *irreversibel*. Das soziale Phänomen, welches der Begriff beschreibt, wird zu einer nicht mehr aus der Welt zu schaffenden Gegebenheit verdinglicht. Dem Soziologen Weber gilt der „Kapitalismus" 1903 als ein „schlechthin hinzunehmendes Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung, hinter das zurück… heute kein Weg mehr führt". Aber, und dies macht die Diskussion um den „Kapitalismus" einmal mehr unerfreulich, nicht allein rückwärts scheint der Weg versperrt.

Recht nah an Oswald Spenglers Kulturmorphologie beschreibt Sombart die Entwicklung des „Kapitalismus" analog zur Entwicklung eines organischen Wesens. Er wächst wie eine Pflanze oder ein Tier heran. In den verschiedenen Entwicklungsphasen wird er sich wieder und wieder „umbilden" und „er wird ruhiger, gesetzter, vernünftiger werden, wie es seinem zunehmenden Alter entspricht" (Sombart 1902). Zwar altert der „Kapita-

anzeige

PHASE 2 DEZ 05
ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.

»DURCH DEN KONSUM«
ÖKONOMIE UND POLITIK IM KAPITALISMUS

AUSGABE NR 18
enthält u.a.:

STEFAN FRANK: »Deutsche Wirtschaft«
Interview mit MICHAEL HEINRICH
BERND RÖTTGER: »Ökonomie und Hegemonie in der kapitalistischen Globalisierung«
NORBERT TRENKLE: »Vom Regulationsstaat zur Plünderungsökonomie«
KRISTIAN MAJAKOWSKI: »Massenspontaneität und ›Heuschreckenkapitalismus‹«
PHASE 2 LEIPZIG: »Das schöne Sterben«
Inklusive Literaturbeilage KILBY 2

PHASE2 ERSCHEINT ALLE 3 MONATE UND KOSTET 4 EURO
ABO: 5 AUSGABEN FÜR 18 EURO
---ABO@PHASE-ZWEI.ORG

PHASE 2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT
BORNAISCHE STR. 3D - 04277 LEIPZIG
WWW.PHASE-ZWEI.ORG

lismus", absterben aber wird er, nach Sombart, nicht. Sombart macht den „Kapitalismus" zu einem überlebensfähigen und eigenständigen Subjekt der Geschichte, das von den materiellen Verhältnissen unabhängig ist. Intellektuell verbrämt wird so lediglich das Unverständnis dafür, dass auch die „kapitalistische Produktionsweise" erst historisch entstanden und daher als gewordene aufhebbar ist.

Der Antikapitalismus, der, wie erwähnt, in der Rede vom "Kapitalismus" immer schon zum Ausdruck kommt – selbst der um objektive Strenge stets bemühte Max Weber ist in seinen Arbeiten nicht frei von einer bestimmten Affinität zu Stimmung und Terminologie der Zeit – und der von Sombart teils heftig verfochten wird, muss vor diesem Hintergrund einen resignativen Einschlag bekommen. Die Darstellung des „Kapitalismus" als organisches Wesen dient nicht allein einer größeren Anschaulichkeit. Sie spiegelt auch eine vermeintliche Eigenschaft des „Kapitalismus" wieder – wir tanzen eben nach seiner Pfeife. Es nimmt insofern nicht Wunder, dass Sombart in den Folgejahren eine zunehmend kulturpessimistische Haltung entwickelt.

Ganz im Stil des *fin de siècle* löst er die „Kapitalismus"-Analyse aus dem Kontext einer fortschrittsorientierten Geschichtsphilosophie des 19. Jahrhunderts und macht sie zum Spezialfall pessimistischer Kulturkritik. Sein „Marxismus" ist ein der Revolutionsperspektive beraubter und wird so zu einer billigen soziologischen Konflikttheorie. Als solche ist die Sombartsche Verwässerung vornehmlich darum bemüht, das Proletariat, wie er noch 1933 erklärt, in die „nationale Gemeinschaft" einzugliedern. Gesetzlich eingehegt sollen die trade-unionistischen Interessen der Arbeiterschaft erstritten werden und der „Kapitalismus" sozialpolitisch „umgebildet" werden.

Deutscher Antikapitalismus

Damit liegen im Kern die Elemente bereit, aus denen sich ein „deutscher Antikapitalismus" herausbilden wird, den Sombart wie kaum ein anderer repräsentiert. Im Namen der „Autarkie" läuft man Sturm gegen die Internationalisierung der Wirtschaft, den Welthandel und die globale Arbeitsteilung, worin jemand wie Sombart das „Werk des Teufels" erkennt. Die Ökonomie habe, so dekretiert Sombart in höchsten idealistischen Tönen, dem „Denkstil" eines Volkes zu folgen. Die „deutschen Antikapitalisten" rufen auf zur Rebellion der Kultur gegen die westliche Zivilisation. Den Freihandel entlarvt Sombart dementsprechend als Imperialismus und angelsächsisches Eigeninteresse. Der „deutsche Antikapitalismus" propagiert einen etatistisch-autoritären und korporatistischen Wirtschaftsstil.

Insbesondere auf Sombarts beharrlichen Einsatz geht zurück, dass auch liberale Ökonomen von „jenem einmaligen Geschichtsgebilde, das wir… als ‚Kapitalismus' zu benennen gewohnt sind" (Gerhart Schulze-Gävernitz) sprechen. Hinsichtlich der dargestellten Umdeutungen ist es nicht überraschend, dass der Ausdruck nach der Jahrhundertwende zahlreiche Verwendung bei – darauf macht der Sozialliberale Friedrich Naumann 1911 aufmerksam – konservativen und antisemitischen Kritikern der liberalen Marktwirtschaft findet. So gilt „Kapitalismus" den einen als „schwere Sozialkrankheit", als „Spottgeburt von Dreck und Feuer" (Franz Oppenheimer). Andere sprechen von der „gehaßten Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung" (Gottfried Traub). Wieder andere hetzen gegen eine „mammonistische, wuchernde Erwerbsgier" oder auch gegen die „Entartung der Kapitalwirtschaft" (Heinrich Pesch). Hier und da wird im „Kapitalismus" eine „segensvolle, die Kultur der Welt und der Völkerverbrüderung fördernde Macht" gesehen, die aber von einer immanenten „Geldmacherei", dem „Mamonismus" (Otto Neurath), gereinigt werden muss. Manchmal ist „Kapitalismus" aber einfach nur der „Geist des Schachers und der Wuchers", kurzum: die „Verjudung unserer Gesellschaft" (Robert Wilbrandt). Resignativ-pessimistische und wesentlich antiliberale Tiraden gegen den „Kapitalismus" schießen um 1900 ins Kraut, und immer wieder ist zu beobachten, wie das antikapitalistische Ressentiment auf die Vereinigten Staaten übertragen wird. Den deutschen Denkern bleibt allein der sentimentale Blick zurück auf die Vergangenheit. Sombart erklärt seine Liebe zum alten Wien, das noch kein Nachtleben kannte, und erkennt in Berlin nur einen Vorort New Yorks.

„Kapitalismus"-Promoter Werner Sombart

Und heute?

Wer dagegen heute „Kapitalismus" hört, denkt in den allerseltensten Fällen an Werner Sombart beziehungsweise an die sozialpolitischen Debatten um 1900. Nur Wirtschaftshistorikern wird der Name des Erfinders des „Kapitalismus" noch geläufig sein. Eher denkt man heute an Franz Müntefering und seine apokalyptisch anmutenden Szenarien von Heuschreckenschwärmen, die das bundesdeutsche Gemeinwesen existenziell bedrohen. So soll hier gar nicht unterstellt werden, dass, wer vom „Kapitalismus" spricht, direkt auf Sombart Bezug nimmt. Auffällig aber bleibt, dass es strukturelle Ähnlichkeiten zwischen den Debatten um den „modernen Kapitalismus" zur Zeit des *fin de siècle* und heute gibt. Die sich wiederholenden antiliberalen Muster erlauben es, von einem 100 Jahre alten „deutschen Antikapitalismus" zu sprechen. Hierzu nur einige Beispiele: Heiner Geißler, ehemaliger Generalsekretär der CDU, schreibt anlässlich des

Weltjugendtages 2005 in der *Frankfurter Rundschau* vom 16.08.2005: „Auf diesem Weltjugendtag muss der Papst den jungen Katholiken etwas sagen zum *modernen Kapitalismus*, der das menschenfreundliche Evangelium... ins Gegenteil verkehrt und schweren sozialen und ökonomischen Schaden verursacht, indem er buchstäblich über Leichen geht. Jesus hat das Geld nicht abgeschafft, aber moralisch entwertet und das Kapital in eine klare Ordnung gestellt: es hat den Menschen zu dienen und nicht sie zu beherrschen".

1902 definierte Sombart den „modernen Kapitalismus" entlang der Unterscheidung von Bedarfsdeckungs- und Erwerbsprinzip. Implizit scheint diese Differenzierung auch bei Heiner Geißler zur Anwendung zu kommen. Indem er nämlich dazu auffordert, das Kapital einer moralischen Ordnung zu unterstellen, trennt er ein vermeintlich ethisch steuerungsloses und schweren Schaden verursachendes ‚Kapital-Prinzip' – menschenfeindliche Akkumulation um der Akkumulation willen, Entgrenzung der Wirtschaft (Sombarts „Erwerb") – von einem dem Menschen dienenden Prinzip (Sombarts „Bedarfsdeckung"), welches gegen den „modernen Kapitalismus" gerichtet ist. Eine christlich inspirierte Sozialpolitik habe dem Kapital eine Ordnung aufzuerlegen. Die von Marx im *Kapital* dargestellte *Notwendigkeit* der möglichst profitablen Verwertung des Werts ist der katholischen wie der protestantischen Soziallehre fremd. An anderer Stelle spricht Geißler davon, dass „bei den Marginalisierten und von der Marginalisierung bedrohten Menschen (...) das Misstrauen gegenüber der politischen Elite bis heute tief" sitzt. Anschließend zieht er eine bemerkenswerte Parallele. Weiter nämlich heißt es, dass diese Eliten „ähnlich den Verantwortlichen in der Zeit des Übergangs vom Feudalismus zur Industriegesellschaft unfähig sind, die unausweichliche Globalisierung der Ökonomie human zu gestalten und die unter Berufung auf angebliche Gesetze des Marktes einer anarchischen Wirtschaftsordnung, die über Leichen geht, das Wort reden" (*Frankfurter Rundschau*, 5.11.05). Irreversible Industrialisierung und unumkehrbarer „moderner Kapitalismus" um 1900, unausweichlicher Neoliberalismus, widernatürliche Globalisierung und „moderner Kapitalismus" um 2000: vor diesem Hintergrund darf die Renaissance der „Kapitalismuskritik" nicht überraschen.

anzeige

Zur Zeit des *fin de siècle* dekretieren deutsche Antikapitalisten, dass die Ökonomie dem Stil eines „Volkes" zu gehorchen habe. Im Wahlkampf des Jahres 2005 ist es Franz Müntefering, der die „Visionen" Paul Kirchhofs nonchalant als „Ideen aus Amerika" (*Frankfurter Rundschau*, 31.08.05) abtut. Wie selbstverständlich scheinen sie dem Chefideologen der Sozialdemokratie nicht zum deutschen Wirtschaftsstil zu passen. Nicht zuletzt geht man vor gut 100 Jahren davon aus, dass der „Kapitalismus" verursacht sei durch das undurchsichtige Treiben dunkler Mächte, die Sombart mit dankenswerter Offenheit als „die Juden" benennt. Auch heute neigt man, wenn auch ohne den explizit judenfeindlichen Unterton, zu solch vereinfachenden und klischeehaften „Erklärungen". So ist von „Heuschrecken", *Hedge Fonds* und immer wieder gerade von „den Ackermännern" die Rede. Es ist wiederholt das Fremde, von außen Kommende, was den „schweren Schaden" verursacht. Anspielungen auf den antisemitischen Jargon stellen sich wie von selbst ein.

Dieses Stereotyp bedient auch der Fernseh-Journalist Michael Opoczynski in seinem „Ross und Reiter" nennenden Buch *Die Blutsauger der Nation. Wie ein entfesselter Kapitalismus uns ruiniert.* Hier „unsere" Gesellschaft, da der „Kapitalismus". Laut Verlagsankündigung ist es vor allem eine „fehlende Unternehmensethik", die „zur Entmenschlichung unserer Gesellschaft führt". Auch hier ist durchaus an Sombarts Unterscheidung von Bedarf und Profit zu denken.

Dem Antikapitalismus standhalten

In der *Dialektik der Aufklärung* zeigen Adorno und Horkheimer, wie sich sukzessive das Identitäts- beziehungsweise Äquivalenzprinzip auf die Beziehungen der Menschen ausdehnt. Das Verhältnis der Menschen zur nichtmenschlichen Natur, das gesellschaftliche Verhältnis der Menschen zueinander sowie das Verhältnis jedes einzelnen Menschen zu sich selbst sind vom Subjekt-Objekt-Verhältnis durchdrungen, wie es aus der „Lebensnot" der Menschen herrührt. Der rebellische Impuls des Antikapitalismus verzerrt die materialistische Kritik dagegen zu einer Klage über das undurchsichtige Treiben Einzelner. „Kapitalismus" emotionalisiert und verstrickt. Die Antikapitalisten nach 1890 fühlten und fühlen sich durch den rasanten Wandel in Ohnmacht versetzt und gedemütigt. Ihre Reaktionen waren und sind tief von der eigenen Betroffenheit bestimmt und gehorchen eher den Gesetzen der Sozialpsychologie als der politischen Rationalität. Antikapitalismus verkümmert zum Ressentiment der Unzufriedenen und Zukurzgekommenen, wenn er keine *vernünftige* Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft angeben kann.

Was hingegen anstünde, wäre, Antikapitalismus als Symptom und Opfer der unheilvollen Verschränkung von Vernunft und Selbsterhaltung zu begreifen. Dies hieße den realen Gehalt der Kulturkritik zu erkennen und die Kritik der politischen Ökonomie nicht pragmatisch aufzulösen in eine „Kapitalismus"-Kritik, die nur undialektisch altväterliche Lebensmaxime variiert und mit widerständischem Zauber versieht. ■

Mission Klassenzimmer

CHRISTOPH HORST

Es ist schon über zwei Jahre her, dass von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt ein Kongress atheistischer Verbände sich der Spiritualisierung des Bildungswesens gewidmet hat. Mit diesem Thema wurde nicht nur auf die massiv vorhandene Vorherrschaft christlicher Ideologie auch an öffentlichen Schulen abgezielt, sondern ebenso auf die Freiheit jeder kleinen Psychosekte, eine eigene Schule zur Abschottung des Nachwuchses von der Außenwelt aufzumachen. Das Forum demokratischer AtheistInnen hat die Kongressbeiträge nun verspätet als Buch herausgegeben und stellt damit einen Überblick der vernunftfeindlichen Erziehung zur Verfügung. Die konsequentesten Antimodernisten auf dem, neoliberalen Trends gemäß, immer stärker privatisierten Bildungssektor, sind zweifellos Anthroposophen mit ihren Waldorfschulen und -kindergärten. Mit dieser Wiedergeburtssekte setzt sich der Erziehungswissenschaftler Klaus Prange auseinander, indem er zentrale Thesen seines Standardwerkes *Erziehung zur Anthroposophie* zusammenfasst. Prange kennzeichnet die Anthroposophie als Heilsbotschaft, die über Waldorfpädagogik vermittelt werden soll. Ziel der Pädagogik ist letztlich die „Herrschaft einer selbsterwählten Elite".

Ähnlich wie Prange greifen auch andere Autoren auf zum Teil schon mehrfach Publiziertes zurück: Claudia Barth gibt einen historisch-systematischen Überblick über die Esoterikszene, Maria Wölflingseder befasst sich arbeitsmarktkritisch und Bezug nehmend auf Erwachsenenbildung mit dem Thema „Rationale Irrationalität und Irrationale Rationalität" und Waldemar Vogelsang und Frank Welker referieren die Ergebnisse ihrer Studie zur Popularität des okkulten Gruselns unter Jugendlichen. Manches kann eben nicht oft genug thematisiert werden. Dem Reader gelingt es darüber hinaus, eine bisher fast unbeachtete Weltanschauungspädagogik in den passenden Zusammenhang zu setzen: Wolfgang Proske stellt die orthodox-katholische Montessori-Pädagogik vor, deren Ziel es ist, Kinder in kosmische Gesetzmäßigkeiten zu zwingen, denen sich Maria Montessori selbst unterworfen hat: Autorität, Gehorsam und unbedingte Gottesfürchtigkeit. Der antiautoritäre Pädagoge A.S. Neill formulierte schon vor fast 40 Jahren, dass Montessoris Ziel nichts weiter sei, als die Kinder dem „Ap-

Praxis Distribution praxis@c8.com

anzeige

datacide

magazine:

the magazine for noise and politics is back with its ninth issue
features: **Lotta Continua: Roots Music and the Politics of Production - on Dub & Reggae; You Must Help Yourself - Neo-Liberal Geographies and Worker Insurgency in Osaka; Say Fear is a Man's Best Friend - on risk management, accidents and Virilio's spectacle; Bankrupcy of the Left? Critique of Peace and Anti-Globalisation Movements;** music: **Coil-interview from 1986; Anti-Semitism from Beyond the Grave - Muslimgauze's Jihad,** reviews: **Eclipse and Re-emergernce of the Bildungsroman, Why and How to Stop Psychiatric Medications, + more book reviews, lots of record reviews, news, Bloor Schleppy, charts and more**

records:

PRAXIS 39
Base Force One
Dynamite & Fire
2000-2004
5 tracks of breakcore and experimental electronics recorded from 2000-2004, from the riotous and slamming title track to more abstract material. Ltd 500 on red vinyl 12"

PRAXIS 42
Nihil Fist:
Resistance is Fertile
Militant speedcore noize possibly even more extreme than his vinyl debut "Think & Destroy" (Praxis 38). Here a strong element of metal is woven into the rapid fire beats, and the political aspect is more overt. 5 uncomparable assault on the senses! 12" E.P.

online store:

über 1000 titel - vinyl : breakcore, experimental electronics, hard drum'n'bass, noise - cd's - dvd's - magazines - books - zeitschriften: bahamas, phase2, prodomo & bücher von ça ira und vieles mehr:

http://praxis.c8.com/catalog

parat" anzupassen. Trotzdem ist ihre Kinder-Dressur noch immer beliebt und viel verbreitet – allerdings nur praktisch, mit Montessoris vor Ehrfurcht triefenden Büchern setzt sich kaum einer noch wissenschaftlich auseinander. Proskes Kritik ist fast zu freundlich formuliert, da er die logische Schlussfolgerung umgeht, dass Montessori-Pädagogik protofaschistisch ist. Ergänzend zu seinem Beitrag empfiehlt sich daher die Lektüre der Dissertation von Hélène Leenders (*Der Fall Montessori*) über Nähe der Person und des Werkes Maria Montessoris zum italienischen Faschismus. Einen aktuellen Trend greift Lee Traynor auf, indem er die Evolutionsbiologie gegen den Kreationismus verteidigt. In verschiedenen westlichen Ländern schleicht sich derzeit die Ablehnung der Evolutionstheorie aus ultrachristlicher Sicht in die Lehrpläne ein. Traynor argumentiert naturwissenschaftlich gegen Schöpfungsmythen und den schlappen Gottesbeweis, weil alles so schön sei, müsse es vom großen Lenker gestaltet worden sein.

Schwer vorstellbar, dass der Alibri Verlag mit der Herausgabe des Sammelbandes ein unmittelbar finanzielles Plus einfahren wird, denn wer zu Recht in alle Richtungen feuert, erntet als Reaktion meist debiles Schweigen. Es ist aber mittelbar eine gute Werbung für das religions- und esoterikverachtende Alibri Programm. Es wäre schön, wenn dies bald um eine eigenständige Publikation Proskes zur Montessoripädagogik erweitert würde. ■

Forum demokratischer AtheistInnen (Hrsg.), *Mission Klassenzimmer. Zum Einfluss von Religion und Esoterik auf Bildung und Erziehung*, Alibri Verlag, Aschaffenburg 2005, 212 S., € 14,50.

Insel der Aufklärung

JAN HUISKENS

Das von der Giessener Politikwissenschaftlerin Alexandra Kurth herausgegebene Buch *Insel der Aufklärung. Israel im Kontext* ist, so könnte man sagen, ganz der Israel-Solidarität verpflichtet. Es versammelt Aufsätze verschiedener Autoren, die allesamt den gängigen Stereotypen über den Judenstaat mit Kritik entgegen treten und zugleich zur Erhellung des Charakters der israelischen Gesellschaft beitragen. Die Form der Auseinandersetzung nimmt hier jedoch andere Züge an als beispielsweise in Karl Selents Band *Ein Gläschen Yarden-Wein auf den israelischen Golan* (erschienen im Ca Ira Verlag 2003). Trägt Selent seine Erkenntnisse mit bissiger Polemik vor, die zum Widerspruch reizt, scheint *Insel der Aufklärung* eher darauf bedacht zu sein, in wissenschaftliche Debatten einzugreifen oder unbefangenen Interessierten einen soliden Einblick in die komplexe Thematik zu vermitteln. Insofern eignet sich das Buch hervorragend für alle Einsteiger in die Thematik – viel Neues bietet es dagegen leider nicht. Die Herausgeberin wendet sich der zentralen Bedeutung des Militärs für Israel zu und kommt zu dem Schluss, dass die Israel Defence Forces neben ihrer eigentlichen Funktion der Landesverteidigung auch eine große Rolle für die gesellschaftliche Integration spielen. Zugleich richtet Kurth sich unter Verweis auf Moshe Zimmermann gegen den „Mythos", das israelische Militär sei der beste Beweis für eine gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frauen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter sei zwar heute eine deutlich wahrzunehmende Tendenz, könne aber nicht für die gesamte Zeit der israelischen Existenz konstatiert werden; insbesondere auf dem Arbeitsmarkt würden Frauen auch heute noch deutlich benachteiligt.

Steffen Hagemann referiert den Ablauf der Al-Aksa-Intifada, Samuel Salzborn behandelt das Problem einer fehlenden israelischen Verfassung aus staatstheoretischer Perspektive und Stefan R. Braun skizziert die Geschichte des Zionismus; die äußert interessante Darstellung der jüdischen Utopie einer „Rückkehr ins gelobte Land", die mit dem Beginn der Diaspora einsetzt und bis zur Staatsgründung einen wesentlichen Teil der jüdischen Religiösität ausmachte, hätte sicherlich ausführlicher ausgebreitet werden können. Dafür rückt die Staatsgründung als Abwehrmaßnahme gegen den grassierenden Antisemitismus in den Vordergrund – und dies keineswegs zufällig, schließlich ist zweifelhaft, ob die eher abstrakte „Zionssehnsucht" alleine tatsächlich ausgereicht hätte, um ein derartig waghalsiges und mühevolles Projekt wie die Gründung des jüdischen Staates in Gang zu setzen.

Besonders interessant, weil die gesellschaftlichen Voraussetzungen des palästinensischen Antisemitismus thematisierend, ist Joachim Wursts Beitrag über „modernen Antisemitismus und Antizionismus". Ausgehend von der Antisemitismuskonzeption der kritischen Theorie Adornos und Horkheimer stellt Wurst den Zusammenhang zwischen dem Aufkommen der durch die vollständige Durchsetzung der Wertform charakterisierten Moderne und der Judenfeindschaft dar, die er mit Moishe Postone als negative Codierung und Personifizierung der nichtbegriffenen umfassenden Vermittlung beschreibt. Zudem hebt Wurst hervor, dass eine strikte Trennung zwischen christlichem Antijudaismus und modernem Antisemitismus unzulässig sei, weil „das Vorurteil (...) sich historischen Materials" bediene. Diese Erkenntnis wirft die im Buch eher unterbelichtete Frage - sieht man von Götz Nordbruchs empirischem Beitrag über „Verschwörungstheorien in der ägyptischen Öffentlichkeit" ab - auf, warum in Bezug auf den islamischen Antisemitismus derlei Konsequenzen gewöhnlich nicht gezogen werden. Denn wie sich der moderne Antisemitismus im nachaufklärerischen Europa dennoch aus christlichen

Quellen speist und die nichtbegriffene Gesellschaft teilweise in aus der Bibel entnommenen Bildern deutet, so basiert auch der islamische Antisemitismus auf der Vorstellungswelt des Koran – und dies in einem weitaus größeren Maße, weil der Prozess der Säkularisierung in der islamischen Welt längst nicht die Ausmaße erreicht hat wie im christlichen Europa. Doch dieser Frage wendet sich Wurst leider nicht zu, der Islam wird nicht explizit in die Analyse einbezogen. Damit lässt Wurst einigen Raum für Missverständnisse, die strikte Trennung zwischen angeblich nicht-antisemitischem Islam einerseits und „fundamentalistischem" Islamismus andererseits betreffend.

Dennoch bietet das Buch, einschließlich der Beiträge von Ilka Schröder und Rolf Schleyer, einen umfassenden Überblick über die Problematik des Antizionismus und die Verfasstheit der israelischen Gesellschaft. Würde dieses – laut Herausgeberin – als Beitrag zur „politischen Bildung" gedachte Buch kostenlos an alle Studenten und Auszubildenden verteilt und diese würden das Buch auch noch lesen und verstehen – die Aufklärung befände sich wohl nicht länger auf einer einsamen und isolierten Insel. ■

Kurth, Alexandra (Hrsg.), *Insel der Aufklärung. Israel im Kontext*, Schriften zur politischen Bildung, Kultur und Kommunikation, Band 3, Giessen 2005, 232 S., € 12.

anzeige

Solidaritätsreise Israel

6. - 16. Mai 2006
Jerusalem - Negev - Massada - Degania - Tel Aviv

Besuche und Gespräche in Yad Vashem, Kibbutzim, Sde. Boker (Ben Gurion), Knesset u.a.

Flug ab Frankfurt/Main
Preis: 990,00 € (EZ + 250,00 €)

Bitte fordern sie unser Programm an.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG SAAR

Talstraße 56, 66119 Saarbrücken, Tel. 0681/ 58 35 60
oder email: boell.stiftung@t-online.de

Parallelgesellschaft

PHILIPP LENHARD

1977 stürzte der General Mohammed Zia-ul-Haq in einem Militärputsch die demokratisch gewählte Regierung Bhuttos in Pakistan. Das Zia-Regime forcierte den Prozess der nachholenden Modernisierung und errichtete eine faschistoide Form der Arbeitsdiktatur, die vom Westen im Kalten Krieg unter anderem deswegen, wenn schon nicht gut geheißen, so doch toleriert wurde, weil die pakistanische Opposition in Teilen aus Sozialisten bestand - Bhutto selbst vertrat das antiimperialistische Konzept des *islamischen Sozialismus* und machte in seiner Amtszeit dem maoistischen China politische Avancen. Zugleich hielt in Pakistan eine rigide Islamisierung Einzug, die das Bündnis mit konservativen Gruppierungen besiegelte und zugleich für die weitgehend moslemische Bevölkerung Möglichkeiten der Identifizierung bot, die die Herrschaft des Regimes festigte.

Im Widerstand gegen diesen islamisch geprägten Faschismus war der Vater des Schriftstellers Nadeem Aslam aktiv, dessen Roman *Atlas für verschollene Liebe* im Juli 2005 erschienen ist. Dieser Hintergrund ist wichtig, um das Buch Aslams zu verstehen. Aslam musste als Jugendlicher vor den Repressionen des Zia-Regimes nach England fliehen und begann dort sein Studium der Biochemie und später der Literatur. Sein aktueller, zweiter Roman thematisiert den Zustand der pakistanischen Einwanderergemeinde in einer englischen Kleinstadt. Ausgangspunkt der Erzählung ist ein „Ehrenmord" an dem jungen Mann Jugnu und seiner Freundin Chanda. Diese hatten den Fehler begangen zusammen zu ziehen, obwohl Chanda noch mit einem Mann verheiratet war, der sie – nachdem die durch die Zwangsheirat erhoffte Einbürgerung amtlich bestätigt worden war – ohne ein Wort der Begründung verlassen hatte. Nach islamischem Recht darf eine Frau erst dann wieder eine Beziehung eingehen, wenn sie von ihrem Mann verstoßen und somit „freigegeben" wird. Erst nach dieser Prozedur hätte Chanda demnach neu heiraten dürfen und damit das Recht erworben, mit Jugnu zusammen zu leben.

Chandas Brüder jedoch sind gläubige Moslems und beschimpfen sie fortan als „Hure", bis sie sie und Jugnu eines Tages ermorden, um ihre vermeintliche Ehre wieder herzustellen. Die Aufklärung des Mordes durch die britische Polizei bringt durchaus kriminalistische Züge in die Erzählung ein, trotzdem bleibt sie wesentlich die Darstellung der Empfindungs- und Vorstellungswelt der pakistanischen Exilgemeinde, die durch Jugnus Bruder Shamas und seine Ehefrau Kaukab repräsentiert wird. Während Kaukab eine frustrierte und fromme, gar neidbeißerische Frau ist, die ihre Heimat vermisst und alles westliche verteufelt, ist Shamas ein eher zurückhaltender, aber durchaus aufgeschlossener Zeitgenosse, der im Buch als „Kommunist" bezeichnet wird, wovon man allerdings im weiteren Verlauf wenig mitbekommt. Die Widersprüche innerhalb der *Community* werden durch den Gegensatz der beiden Hauptpersonen gespiegelt, deren Ehe auf faulen Kompromissen gründet. Der Roman erhält seine Spannung durch die regelmäßigen Zusammenstöße zweier Welten, der auf Tradition und Unsicherheit basierenden, hermetisch abgeriegelten Wahnwelt Kaukabs und der Neugier und Lebensfreude Shamas' beziehungsweise der noch stärker „verwestlichten" gemeinsamen Kinder.

Nachdem sein Debüt *Season of the Rainbirds* 1993 von den Kritikern gefeiert und mit dem *Betty Trask Award* ausgezeichnet wurde, zog sich Aslam elf Jahre lang zurück, um sein neues Buch zu verfassen. Diese Mühe hat sich gelohnt: Das Buch ist geprägt durch einen detailverliebten Erzählstil, der jedem scheinbar Abseitigen Bedeutung verleiht und dadurch ein ungeheuer vielschichtiges und farbenfrohes Bild der Welt zeichnet. Die mitunter fast übertrieben wirkende Beschreibung der englischen Flora und Fauna, die unzähligen Analogien und Metaphern drücken eine Welterfahrung aus, die in krassem Gegensatz zur Trost- und Freudlosigkeit der islamischen *Community* steht, die den Rahmen der Erzählung darstellt. Es ist gerade dieser Kontrast, der schwer auszuhalten ist, weil er alle Illusionen über die gemütliche und idyllische Gemeinschaft der Einwanderer zerstört. Nicht zuletzt deshalb warf wohl Rezensent Stefan Weidner dem Buch in der Dezember-Ausgabe der *Literaturen* vor, es sei durch eine „hemmungslose Schwarz-weiß-Malerei" gekennzeichnet.

Richtig ist, dass Aslams Buch eine deutliche Stellungnahme gegen den Islam ist, die allerdings durch die moralischen Vorstellungen und Handlungen der Akteure seines Romans legitimiert ist. Aslam betont, dass keines der geschilderten Ereignisse rein fiktiv ist, sondern dass es belegbare Vorbilder in der Wirklichkeit gibt. Gerade im Hinblick auf aktuelle Debatten ist das Buch ein gewichtiges Argument dafür, das Phänomen islamischer Parallelgesellschaften ernst zu nehmen. ■

Nadeem Aslam, *Atlas für verschollene Liebende*. Aus dem Englischen von Rosetta Stein. Rowohlt, Reinbek 2005, 541 S., € 19,90.

Die Dülmener Karnevalsprinzessin ist zurück

„Unsere" Franka Potente berichtet aus dem *Evil Empire*

FABIAN KETTNER

Die Sicht der Deutschen auf Hollywood ist von Bewunderung, Neid und Unterlegenheitsgefühlen geprägt. Wann immer einer der deutschen Schauspieler es dorthin schafft, zeigt man es stolz vor: *Wir können mithalten, wir können es der Welt zeigen.* Auch kleinste Rollen und sonstige Beiträge zu US-Filmproduktionen werden hochgejubelt, aber ebenso wird bei deutschen Filmen, wann immer einer erfolgreich ist, wird bei jeder Verleihung eines größeren deutschen Filmpreises beschworen, dass man die Konkurrenz der USA nicht zu fürchten habe. Ein Indiz heftigen Realitätsverlustes, angesichts der Umsatzzahlen, aber das eigenwillige Verhältnis zur Realität ist es eben, was das antiamerikanische Ressentiment ausmacht. Geht man von Babelsberg nach Hollywood, schwingen immer auch leichte Verratsvorwürfe mit. Als Franka Potente nach Hollywood ging, musste sie sich vom *Focus* (03.12.2000) anblaffen lassen, ob ihr Deutschland „nicht groß genug" sei. Drüben spielte sie in drei größeren Filmen mit (*Blow* (2001), *The Bourne Identity* (2001), *The Bourne Supremacy* (2004)), nun aber ist sie wieder hier.

Das Kind, dem seine Heimat nicht genügte, kehrt zurück. Und auch wenn sie damit die Hiergebliebenen in ihrer Meinung bestätigt, dass es in der Heimat am schönsten sei; und auch wenn sie über die Zeit in Hollywood ein Buch herausbrachte, in welchem sie den Deutschen das über die USA erzählt, was diese immer schon wussten, aber immer wieder bestätigt haben möchten; also auch wenn „das Mädchen aus Dülmen" „alles richtig gemacht hat", wie die *Berliner Morgenpost* (02.01.2005) weiß, nämlich „sich vom Hollywood-Glamour nicht beeindrucken zu lassen", auch dann wird noch Tadel ausgeteilt. Denn dass einer ausbrach, wie halbherzig auch immer und so reumütig er auch zurückkehrt, das verzeiht man so leicht nicht. Denn wer „zu uns" gehören, wer aufgenommen, vor allem *wieder* aufgenommen werden möchte, der muss sich was gefallen, der muss sich Male zufügen lassen, damit er weiß, wohin er gehört, damit er es nie vergisst. Potente war, so weiß *Die Welt* (08.10.2005), „ein Kind von Elvis und Coca Cola, das sich seine kulturelle Identität importierte" – anstatt die heimische nationale anzunehmen – „und so spukte auch in ihren Träumen die Stadt der Engel als Gipfel, den es zu erklimmen gelte." Die Kinder haben fremdmanipulierte

Franka Potente und Matt Damon

Flausen im Kopf. Sie wollen nicht auf uns hören – das haben sie davon. „Doch Los Angeles, einst eine Sonne, um die viele Möchtegern-Gestirne kreisten, ist erkaltet. Der Glamour hat sich verzogen. Zurück blieben jene, die unverdrossen ihrer minimalen Chance auf Ruhm hinterher jagen, deren Preis jedoch Entwurzelung, Selbstkasteiung und Erniedrigung ist". (ebenda) Das weiß Potente inzwischen auch. Sie, die über sich selbst sagt, „Ich war eine Landpomeranze!" (*tv 14*, 21/2005), hat sich auch nicht weiterentwickelt – kann man dem Bild glauben, das die deutsche Presse begeistert von ihr entwirft: „ungeschminkt, ohne Schuhe, in Jeans und Wollpulli", „ungekünstelt", „ohne sich zu verbiegen", „trotzig und traurig", „selbstbewusst und ein bißchen ruppig, aber geradlinig" (ebenda) und natürlich „bodenständig" (*Berliner Morgenpost*). So konnte das in Hollywood nichts werden, frohlockt man und freut sich, wie sie dort manchem den Kopf wusch: „Als sie für die Dreharbeiten zu ‚Die Bourne Identität' ein paar Kilo abnehmen sollte, sagte sie den inzwischen schon fast legendären Satz: ‚Wenn der Matt Damon sich mal in eine Frau mit meinem Hintern verlieben dürfte, ich glaube, die ganze Welt wäre euch dankbar dafür!' Dieses Geschenk wollte Hollywood der Welt dann aber doch nicht machen – Franka nahm ab, und ihre Freundin Alice Schwarzer klagte: ‚Dabei ist Frankas Hintern mit das Erotischste an ihr.'" Diese Geschichte kolportiert gerade die Zeitschrift, die seit Jahrzehnten mit Werbung und redaktionellen Beiträgen (wenn man das hier noch trennen kann) Mädchen und Frauen unglücklich macht, indem es sie nach einem Körperideal streben lässt, welches sie *dann* anprangert, wenn es in den USA dingfest gemacht werden kann: die gute alte *Brigitte* (22/2004).

Nun ist Potente also wieder hier und gleich in die ideelle Mitte des neuen Deutschland gezogen, in die *Neue Mitte*, für die sie und ihresgleichen Identifikationsfiguren sein mögen. „Längst könnte sich die 30jährige von ihren Gagen eine Villa in Potsdam leisten. Aber Luxus bedeutet ihr nicht viel. Also ist sie mit ihrem Hund Pelle lieber in eine schöne Altbau-WG in Kreuzberg gezogen." (*Berliner Morgenpost*) Das Haus in der seltsam ortlosen Vorstadt der Vor-/Abendserien, in denen laut Georg Seeßlen das deutsche Kleinbürgertum sich selbst erblickte, ist inzwischen vom Ideal der coolen „lichtdurchfluteten Altbauwohnung in Berlin-Kreuzberg" (*tv 14*) mit Echtholzdielen abgelöst worden. Die Hölle der Einfach-

heit, die ihren Wohlstand zeigen will, hat ihren Nachfolger in der Hölle eines ästhetisch geläuterten Wohlstands, der von sich ein Bild entwirft, als sei er einfach und bescheiden, der aber durchblicken lässt, dass er nicht billig ist und sich mehr leisten könnte. Die Biederkeit, die genau die ist, die man von Potentes deutschen Filmen wie *Nach Fünf im Urwald* oder *Die drei Mädels von der Tankstelle* zur Genüge kennt, ist freilich geblieben.

In einem Verlag, der auf Besinnliches spezialisiert ist, haben sie und ihr guter Freund und Schauspielerkollege Max Urlacher einen Briefwechsel aus der Zeit von August 2002 bis Juli 2003 veröffentlicht. Das Zitat von Alexander von Humboldt, das sie vorangestellt haben – „Die gefährlichste Weltanschauung ist die Weltanschauung der Leute, die die Welt nie angeschaut haben" – trifft auf sie selbst zu und auf ihre Generation der Globetrotter, die das Besichtigen von Ländern mit dem Sammeln von Erfahrungen verwechseln. Potente hat die USA nicht angeschaut. Anders als der Amerikamüde aus Ferdinand Kürnbergers gleichnamigem Roman von 1855, einem Stammbuch des deutschen Antiamerikanismus, hatte Potente vorher kein positives USA-Bild, welches erst noch desillusioniert werden musste. Von Anfang bis Ende „fühlt sich alles fremd und fern von mir an" (S. 26). Ständig herrscht Apathie und Depression, manchmal „heult" sie, meistens „weint" sie aber nur. Dies wird verstärkt durch Minderwertigkeitskomplexe in Sachen Attraktivität. Unablässig sieht sie „unnatürlich pralle Brüste" (S. 26) um sich, in einem Gesicht „eine Reihe wahnsinnig weißer Zähne" (S. 49), bei denen sie nicht mithalten kann. „Plötzlich fühlte ich mich kantig und unzumutbar, fast wie ein zu düsteres Fotoschnippselchen, das versehentlich in eine helle, bunte, Fotokollage hineingeklebt wurde und so gar nicht passt" (S. 27). Ihr Unterlegenheitsgefühl transformiert sie in überlegene Urteile über Schönheitsterror und Oberflächlichkeit. Weil sie Frauenkleidung nur in den Größen 34-38 findet, sieht sich unter einer „Größendiktatur" (S. 124). Wäre sie eine deutsche Linke, könnte sie ihr persönliches Ressentiment zum politischen Urteil fortbilden, würde sie wohl „täglichen Faschismus" (vgl. Diner, S. 139f.) ausmachen. „Die Gesprächsthemen (sind) so uninteressant" (S. 25). Sie trifft zwar „coole Leute mit seltsamen Namen, szenigen Outfits", aber sie haben so „wenig zu sagen" (S. 168). Und dabei würde sie so gerne reden, beispielsweise über den Golf-Krieg, den einer ihrer amerikanischen Liebhaber nicht schlecht finden mag. „Ich wünschte mich plötzlich sehnlichst nach Deutschland, nach Hause, hatte ein großes Bedürfnis zu reden, über den Krieg, über Amerika, über den Sinn des Lebens, über alles." (S. 148) Schließlich erkennt sie, „dass ich eine europäische Querulantin war" (S. 168). An der politischen Frontlinie, da findet sie sich selbst, und wie ihre Landsleute, die in Bagdad ein zweites Dresden sahen, so neigt auch sie zu bezeichnenden Identifizierungen: „Dieser Tage wird zwischen Afghanistan und Irak, Saddam Hussein oder Osama Bin Laden, so scheint es, wenig Unterschied gemacht. So wie man mich schon als ‚Blanka aus Russland' oder einfach nur ‚Famke from Europe' vorgestellt hat" (S. 58).

Es ist alles eine Front: unter dem ignoranten US-amerikanischen Flächenbombardement werden wir alle gleich. So leidet man unter der Oberflächlichkeit der Amerikaner, so stellt man sich mit anderen *Opfern* in eine Reihe. Die Assoziationen sind wahrscheinlich nicht zufällig. In einem Friseursalon fragt Potente unwissend etwas Peinliches, und „wie in Zeitlupe drehten sich alle Köpfe zu mir. So als hätte ich ‚Heil Hitler!' oder ähnlichen Schwachsinn gebrüllt, brüllten mich etwa zwanzig Kunden kollektiv entgeistert an" (S. 94). Immer bekommt man die Vergangenheit vorgehalten! In der Fremde, da findet man sich selbst. In den USA erfährt man, wer man ist, zum Beispiel wenn die Mutter auf Besuch bemängelt, dass dort nicht die typisch deutsche Tugend der Mülltrennung praktiziert wird (S. 117). Man muss nur „in die Ferne ziehen, damit einem die alten Lieder wieder einfallen" (S. 90), freut sich Potente. Ihre deutschstämmige Bekannte Tanja „ist meine deutsche Oase hier." „Wann immer wir uns sahen, redeten wir ohne Punkt und Komma deutsch, zogen unfair über die Amerikaner her und lachten viel" (S. 105). Den Humor ihrer Komödien hat sie nicht verlernt. *Welcome Home.* ■

Franka Potente & Max Urlacher:
Los Angeles – Berlin. Ein Jahr.
Mit Fotografien von Franka Potente.
191 Seiten, € 19,90
Herder, Freiburg – Basel – Wien 2005.

Literatur:

Diner, Dan, *Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments*, München 2002.

Seeßlen, Georg, *Der Tag, als Mutter Beimer starb. Glück und Elend der deutschen Fernsehfamilie*, Berlin 2001.

Verkannte Genies

Es gibt nichts Komischeres auf Erden als ein verkanntes Genie - ein Mensch, der sich für einen Apollo hält und ein ausgezeichneter Dudelsackpfeifer ist, ein Mann, der sich Demosthenes dünkt und ein höchst talentvoller Stadtschreiber bleibt!

Es gab viele verkannte Genies, von Sokrates bis auf Jacobus Venedey - Sokrates war ein verkanntes Genie im edlen, Venedey ist ein verkanntes Genie im komischen Sinne.

Ein verkanntes Genie ist ein unglücklich-glückliches Geschöpf; unglücklich: eben weil es verkannt ist, und glücklich: weil dies Verkanntsein doch wieder einen gewissen süßen Schmerz verursacht, der mit nichts zu bezahlen ist. Wenn man einem verkannten Genie freistellen könnte, ob es plötzlich anerkannt werden oder ob es nach wie vor verkannt bleiben wolle, so würde es sich sehr besinnen, ob es den interessant-wollüstigen Schmerz des Verkanntseins mit dem entschiedenen Glück der Anerkennung vertauschen solle. Ein verkanntes Genie beschaut sich in der ganzen Gesellschaft wie in einem Spiegel und findet sich ungemein interessant. Das ist das Geheimnis aller unglücklich-glücklichen verkannten Genies.

In Deutschland haben wir jetzt mehr verkannte Genies als je zuvor: die aus Berlin zurückgekehrten Deputierten der Nationalversammlung! Mit wenigen edlen Ausnahmen bieten diese Unglücklich-Glücklichen jetzt den rührendsten Anblick. Dieselben Ärzte, Advokaten und Notare, die früher so ungemein praktische und einträgliche Leute waren, sie schwelgen jetzt in der herbstlichen Wehmut verkannter edler Seelen und schlagen vor die Brust und rufen mit Pathos: *"Nein, das deutsche Volk ist nicht wert, solche Männer, wie wir sind, zu besitzen!"*

Wir wollen uns nicht die Mühe geben, jene Herren an alle ihre parlamentarischen Böcke zu erinnern, aber wir können uns nicht den Spaß versagen, über ihre herbstliche Wehmut ebenso leise als höflich zu lachen. Die Leute, die uns nicht begeistern konnten, als sie den Kothurn unter die Füße schnallten, um auf der Weltbühne ihre hölzernen Tänze aufzuführen: sie amüsieren uns, wenn sie, wie die trauernden Juden an den Wassern zu Babylon, abends bei dem sauern Moselwein ihrer vaterländischen Kneipen sitzen, um schmerzlich bewegt auszurufen: *"Nein, das deutsche Volk ist nicht wert, solche Männer zu besitzen."*

Nein, das deutsche Volk hat diese verkannten Genies nicht verdient! Das deutsche Volk hat Prügel verdient, und es wird auch noch genug Prügel bekommen, aber verkannte Genies auf dem Hals zu haben – nein, das ist zu viel, c'est trop! – Ihr armen verkannten Genies: durch eure Unentschlossenheit habt ihr uns und euch wieder auf den alten Ort gebracht; uns von den Alpen der Freiheit in die Lüneburger Heide der früheren Misere; euch von der Tribüne: hinter den heimischen Ofen.

Nein, das deutsche Volk ist nicht wert, solche Männer zu haben! Aber es war ein wenig viel verlangt, daß sich das deutsche Volk vom März bis in den Dezember für euch interessieren sollte. Ihr zoget die Begeisterung eurer Wähler etwas sehr in die Länge, und als ihr endlich aus eurer Lethargie erwachtet, ach – da war es zu spät.

Oh, drum habt ihr recht, daß ihr herbstlich wehmütig die Köpfe senkt, daß ihr trauert -- aber daß ihr um *euch* trauert? Geht! geht! In den Kerkern von London bis Berlin sitzen die Republikaner und lachen über euch.

GEORG WEERTH

Aus: *Sämtliche Werke in fünf Bänden*, Herausgegeben von Bruno Kaiser, Vierter Band, Prosa 1848/49, Aufbau-Verlag, Berlin 1957, S.170-172.

Dieser Text erschien erstmals am 5. Januar 1849 im Feuilleton der Neuen Rheinischen Zeitung. *Für die* Prodomo *ausgewählt wurde er von der Georg-Weerth-Gesellschaft Köln.*

Die Klinsmanndeutschen

Ein „amerikanisierter" Bundestrainer und die Last der Vergangenheit

ALEX FEUERHERDT

Fußball ist ohne Zweifel *en vogue*, angesagt, hip und sexy. Nicht nur, aber auch in Deutschland und vor allem, seit die Weltmeisterschaft immer näher rückt. Die Bundesliga schreibt Jahr für Jahr neue Rekordbesucherzahlen, die TV-Einschaltquoten erreichen Höchststände, und längst ist dieser Sport – mehr als alle anderen – zu einem wichtigen Marktsegment geworden; aus Vereinen wurden teilweise börsennotierte Unternehmen. Fußball ist eine sehr gut verkaufte und sich bestens verkaufende Ware, die sich einen immer größer werdenden Konsumentenkreis erschließt. Während das Interesse am Kicken noch bis weit in die 1990er Jahre hinein als eher anrüchig, degoutant und prollig galt, hat sich die Gesellschaftsfähigkeit des Fußballs inzwischen gründlich geändert – heute ist der Stadionbesuch eine echte Alternative zu Theater, Kino, Konzerten oder Musicals; auf den (teurer gewordenen) Plätzen der (mittlerweile deutlich komfortableren) Arenen versammeln sich längst nicht mehr nur als mindestens potenziell gewalttätig geltende Männer. Fußballer sind Popstars, deren Trikots vom geneigten Publikum nicht bloß im Stadion getragen werden; Fernsehsender balgen sich um die Übertragungsrechte und blasen, genau wie bunte Illustrierte mit Namen wie *11 Freunde*, *Rund* oder *Player*, noch die unwichtigsten Abseitigkeiten zu weltbewegenden Ereignissen auf. Ganz normaler Kapitalismus also, könnte man achselzuckend feststellen und zur Tagesordnung übergehen.

Und doch ist es nicht uninteressant, sich diese Entwicklungen samt ihrer konkreten Ausprägungen einmal näher anzuschauen und sie auf ihre ideologischen Flankierungen abzuklopfen. Denn insbesondere vor großen Turnieren der deutschen Nationalmannschaft nimmt das Getöse rund um die angeblich bloß schönste Nebensache der Welt massiv zu. Und da die WM auch noch hierzulande ausgetragen wird, erhält sie erst recht den Rang einer nationalen Pflichtveranstaltung. Schließlich sind „wir" nicht nur Papst, sondern auch Deutschland und wollen daher natürlich Weltmeister werden – *cui honorem, honorem*. Als des Deutschen liebstes Kind jedoch vor anderthalb Jahren bei der Europameisterschaft schon nach der Vorrunde sang- und klanglos die Segel streichen musste und sich schließlich auch noch der zärtlich „Tante Käthe" gerufene Teamchef Rudi Völler vom Acker machte, brach die nackte Panik aus: Das kickende Personal präsentierte sich alles andere als weltmeisterlich, und über die eilends einberufene Trainerfindungskommission und ihre hektischen Versuche, einen geeigneten Übungsleiter für die Eliteauswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) aufzutun, wurden Kübel voll Hohn und Spott ausgegossen. Selbst die DFB-Führungsriege zerstritt sich und versuchte, ihre Krise durch die Installation einer „Doppelspitze" zu meistern; seitdem präsidiert neben dem deutschnationalen Gerhard Mayer-Vorfelder auch der hemdsärmelige Rheinland-Pfälzer Theo Zwanziger. Zu allem Übel folgte noch der so genannte Wettskandal um den Schiedsrichter Robert Hoyzer. Sieger sehen anders aus.

Ein „Revolutionär" zur rechten Zeit

Das konnte, nein, das *durfte* selbstverständlich nicht so bleiben, wenn das große Ziel, auch im Fußball wieder zu Weltgeltung zu kommen, nicht gefährdet werden sollte. Und so präsentierte der DFB, nachdem er sich wochenlang Absage um Absage eingehandelt hatte, schließlich einen neuen Bundestrainer: Jürgen Klinsmann. Der stand zwar in dem Ruf, eigentlich ein intellektuelles Weichei, ein *Querkopf* und national eher unzuverlässig zu sein – schließlich lebt er schon seit Jahren in den USA –, aber mit seinem Namen verband man auch Erinnerungen an die goldenen 1990er Jahre, in denen Deutschland erst „wiedervereinigt", dann Welt- und schließlich auch Europameister geworden war. Doch nicht bloß, weil Klinsmann ungefähr zehnte Wahl war, schwante Fußballfans wie Medien Böses: Die „Amerikanisierung des deutschen Fußballs" drohe, fand nicht nur die *Welt*. Ein Nationalcoach, der nicht wieder nach Deutschland ziehen, dazu noch Mental-, Fitness- und Ausdauertrainer mit aus „den Staaten" bringen und überhaupt alles umkrempeln will – das ging eigentlich gar nicht. Ein „Visionär" (*Zeit*), der alles rosa sieht und aus Scheiße Gold zu machen verspricht – da hatte einer offenbar schon die typisch amerikanische Oberflächlichkeit inhaliert, was ihn für den Posten des Retters des deutschen Fußballs zu disqualifizieren schien. Man hatte Zweifel an seiner Ernsthaftigkeit, beäugte misstrauisch den großen Stab an Spezialtrainern, Psychologen und Betreuern und legte die Stirn in Falten, als gestandene Nationalspieler plötzlich grotesk anmutende Übungen mit langen Gummibändern verrichten mussten. Selbst Klinsmanns Vorgänger Völler legte die Stirn in Falten: „Ich habe ihm gesagt, mach' das so, wenn du davon überzeugt bist. Mit der Amerikanisierung und das alles." (*dpa*-Meldung)

Doch die größten Zweifel schwanden recht bald und es mehrten sich stattdessen die Stimmen, die Klinsmanns sonnigen Optimismus und seine innovativen,

radikal anmutenden Vorschläge begrüßten – in Deutschland werde schließlich viel zu viel gemeckert und viel zu selten einfach angepackt; da komme so ein „Revolutionär" (*Zeit*) gerade recht: „Jürgen Klinsmann kommt aus Amerika, wo vieles auch nicht so gut läuft. Aber er hat gelernt, so zu tun, als sei alles gut, und das versucht er zu vermitteln", fasste etwa Bayern-Manager Uli Hoeneß die Vorzüge des Neuen zusammen und empfahl dabei gleichzeitig eine Nutzbarmachung des antiamerikanischen Ressentiments für die eigenen Zwecke. Der „polyglotte Sonnyboy mit Wohnsitz Kalifornien" (*Welt*) passte mit seinem flockig-forschen Auftreten also bestens zur neuen deutschen Unbeschwertheit und personifizierte geradezu idealtypisch einen Ausweg aus der vorgeblichen „gesellschaftlichen Erstarrung" und dem behaupteten „Reformstau": Er verhieß „Aufbruchstimmung" (so der damalige Manager von Borussia Dortmund, Michael Meier), brachte „positive Energie" (DFB-Präsident Zwanziger), und sein Appell an das Selbstvertrauen und den Glauben an die eigene Stärke kam nicht nur bei den Nationalspielern gut an. Das Projekt FC Deutschland 2006 machte Fortschritte. Klinsmann verordnete seinen Kickern „aggressiv-rote Trikots" (*Welt*) und verlegte das WM-Domizil der deutschen Auswahl gegen den erklärten Willen der DFB-Führung weg vom beschaulichen Leverkusen hinein in die Hauptstadt: „Berlin ist in Deutschland die Stadt schlechthin, das ist eine Metropole, da ist Energie, das pulsiert. Die Quartierwahl soll unser Selbstbewusstsein ausstrahlen", ließ der Chefcoach wissen.

Frauenheld Klinsmann

Nicht nur dafür erhielt er herzlichen Applaus von der Politik - „Alle sollten seine Entscheidungen respektieren und ihn bei seinen Vorbereitungen auf die WM mit allen Kräften weiterhin unterstützen", befand beispielsweise Ex-Innenminister Otto Schily - und den Medien. „Das Land sammelt sich hinter dem Hoffnungsträger für 2006", beschrieb die *Welt* im Dezember 2004 die neue Formierung und staunte: „Das Merkwürdige ist, dass der Bundestrainer, obwohl er die Fußballnation zahlreicher Gewohnheiten beraubt, immer mehr Anhänger gewinnt. Während Bundeskanzler Gerhard Schröder bei jeder Ankündigung einer Neuerung an Zustimmung in der Bevölkerung verliert, sind Klinsmanns Kritiker verstummt. Je energischer der Bundestrainer sein Projekt 2006 vorantreibt, desto geringer wird der Widerspruch." Doch nichts lässt den kranken Volkskörper schneller gesunden als die Aussicht auf eine goldene Zukunft Deutschlands: „Der wesentlichste Grund für die größere Akzeptanz der Reformen des Fußball-Kanzlers gegenüber seinem Pendant in der Politik ist allerdings die schnellere Wirkung der von Klinsmann verabreichten, manchmal bitteren Medizin. Während Schröders Hartz-IV-Gesetze ihre heilsamen Effekte erst auf lange Sicht entfalten werden, kann Klinsmann bereits auf Resultate verweisen. In vier Spielen unter seiner Regie fuhr er in imponierender Weise drei Siege ein, gegen Weltmeister Brasilien langte es zu einem respektablen Remis."

Von amerikanischen Parallelwelten...

Dennoch ist das Vertrauen in den „hoch intelligenten Systematiker" (*Zeit*) immer noch brüchig. Auf das Stimmungshoch in Fußball-Deutschland während des reichlich unbedeutenden Confederations Cup vergangenen Sommer, als die naiv-unbedarfte Boygroup „Schweini & Poldi" ausgiebig als neue deutsche Hoffnungsträgerin gefeiert wurde - die beiden Spieler nähmen „der Nationalmannschaft etwas von ihrem staatstragenden Ernst", freute sich zum Beispiel die *Süddeutsche Zeitung* -, folgte nach mehreren dürftigen Ergebnissen gegen zweit- und drittklassige Gegner nämlich der Kater, und mit ihm kehrten die Attacken gegen den „schwäbischen Sturkopf" (*Zeit*) zurück: „Der soll nicht ständig in Kalifornien 'rumtanzen und hier uns den Scheiß machen lassen. Er muss sich mit uns unterhalten und muss öfter hier sein, das ist alles", keifte beispielsweise Uli Hoeneß. Die lächerlichen Diskussionen um den Wohnsitz des Auswahlcoaches ebbten nicht ab und sind immer wieder Gegenstand von Kommentaren, Leserbriefen und Meinungsumfragen. Auch die *Zeit* glaubte, Klinsmann in einer „amerikanischen Parallelwelt" verorten zu müssen, und machte sich Sorgen: „Kopfschüttelnd blickten die Fans Klinsmann hinterher. Selbst wohlmeinende Kommentatoren fürchteten auf einmal ein gestörtes Verhältnis des Bundestrainers zu seinem Job. Seit mittlerweile 18 Monaten im Amt, gibt der Coach der deutschen Öffentlichkeit immer wieder Rätsel auf. Selbst enge Vertraute geste-

hen, den Freund nicht wirklich gut zu kennen."

Doch das bildungsbürgerliche Wochenblatt gibt Entwarnung: „Bei Klinsmann entscheidet der bessere Sprintwert und nicht der Kumpelfaktor. Das Zauberwort heißt Effizienz. Damit passt Jürgen Klinsmann in das neue Deutschland mit seiner Großen Koalition der Pragmatiker. Auch im Profifußball beginnt die Dämmerung der Ideologen, der schwitzigen Männerbünde und feucht-fröhlichen Mannschaftsabende. Volksnähe ist trotz aller Logen zwar noch gewünscht, die Fraternisierung mit der Basis wird (aber) als anachronistisch empfunden." Letztere grummelt darob durchaus vernehmlich und ist ihrem Führungspersonal gelegentlich gar gram, doch das ähnelt mehr dem Verhalten enttäuschter Liebhaber als es einen ernsthaften Einwand begründen würde. Zwar schlummern klassischer Deutschnationalismus und Pogrompotenzial nach wie vor in den Deutschen, aber sie werden seit dem rot-grünen Antifa-Sommer 2000 längst nicht mehr so häufig abgerufen wie noch zu Beginn der 1990er Jahre, übrigens auch nicht in den Fußballstadien. Inzwischen hat sich ein „nationaler Nie-wieder-Konsens" etabliert (Tjark Kunstreich in *konkret*), der keinen Schlussstrich unter die Vergangenheit mehr fordert, sondern Nazis hässlich findet, die Debatte um den Nationalsozialismus beständig perpetuiert und die „Vergangenheitsbewältigung" zum Exportschlager und Standortvorteil gemacht hat.

... und dem Ende der Bescheidenheit

Das, was die *Zeit* als „große Koalition der Pragmatiker" und „Dämmerung der Ideologen" bezeichnet, übersetzt sich in eine neue deutsche Unbefangenheit von Volk und Führung: Man wähnt sich mit sich und der Geschichte im Reinen und geht daher längst daran, die Weltenübel unverhohlen beim Namen zu nennen: Die kriegsgeilen und kulturell minderwertigen Amis bekommen die Leviten gelesen, und auch von den frechen Juden lässt man sich schon lange nichts mehr vorhalten. Beiden posaunt man millionenfach ein entschlossenes und selbstbewusstes „Nie wieder Krieg!" entgegen - und dazu ein „Nie wieder Faschismus!", wenn im Kosovo hufeisenförmige Konzentrationslager entdeckt werden -, sieht in der Befreiung Bagdads die Reinkarnation des „alliierten Bombenterrors", bringt Europa gegen den „amerikanischen Unilateralismus" in Stellung, sieht in Bush und Sharon die Wiedergänger Adolf Hitlers, verurteilt pflichtschuldig zwar Antisemitismus, lässt Antisemiten aber gewähren und tarnt die eigenen antisemitischen Ressentiments als vorgeblich legitime „Israel-Kritik", hat Verständnis für Selbstmordattentäter, begeistert sich für autochthone Völker, klagt deren „Selbstbestimmungsrecht" ein und hält Kulturrelativismus für praktizierten Antirassismus. Kurz: Die Deutschen wachsen wieder über sich hinaus, finden zu sich selbst und applaudieren begeistert ihrem „Friedenskanzler", wenn der ganz offensiv einen „deutschen Weg" proklamiert.

Das Ende der Bescheidenheit ist angesagt, und deshalb passt einer wie Klinsmann wie der sprichwörtliche Arsch auf den Eimer. Letztlich ist für ihn alles vor allem eine Frage des Willens, weniger der realistischen Möglichkeiten, denn die sind so beschränkt, dass eine maßvollere Zielvorgabe ratsam wäre – und das hört man hierzulande immer gerne. Zwar verdächtigt man ihn bisweilen immer noch, ein „Fremder" zu sein und im Vergleich zu seinem Vorgänger Völler zu wenig *street credibility* zu haben. Die *Zeit* etwa behauptete allen Ernstes: „Als Vertreter einer neuen Rationalität ähnelt Klinsmann der Kanzlerin Angela Merkel, von der es heißt, dass sie vom Volk nicht wirklich geliebt werde, weil sie ihrerseits das Volk nicht wirklich liebe." Doch das ist falsch. Das Blatt korrigierte sich – gewiss eher unfreiwillig – gleich im darauf folgenden Absatz: „Als Jürgen Klinsmann kürzlich wieder einmal in Frankfurt einschwebte, wurde er von einem Mann angesprochen. ‚Herr Klinsmann', sprach dieser energisch, ‚lassen Sie sich nicht von Ihrem Weg abbringen. Das Volk steht hinter Ihnen.'" - das bekam bekanntlich auch schon Gerhard Schröder im Zuge der Demonstrationen gegen den Irak-Krieg zu hören. Und dann: „Was der Bundestrainer bei diesen Worten empfand, ist nicht überliefert. Zeugen der Begegnung wollen jedoch eine gewisse Genugtuung in seiner Miene beobachtet haben."

Kein Grund zur Panik also – auch wenn echten Deutschland-Fans das „Klinsi" immer noch schwerer über die Lippen kommt als das „Ruuudi" bei seinem Amtsvorgänger – und kein Anlass zu Fragen wie der, ob man „in Klinsmann wirklich den großen Reformator des deutschen Fußballs sehen" soll oder doch nur „einen ehrgeizigen Anfänger, der Spieler und Öffentlichkeit mit Reizen überflutet und dessen ambitionierte Amerikanisierung mehr Schein als Sein darstellt" (*Welt*), der uns also alle bloß arglistig täuscht und hinterher wieder über den großen Teich entschwindet. Sondern vielmehr Anreiz, des nationalen Übungsleiters „Lebensphilosophie des proaktiven Optimismus" (wiederum die *Welt*) zu teilen und fest an eine Wiederholung des Rührstücks *Das Wunder von Bern* zu glauben.

Die revitalisierte Liebe der Linken zu ihrer Nationalmannschaft

Wie sehr die Weltmeisterschaft in Deutschland und der avisierte Titelgewinn ein wahrhaft nationales Projekt ist, lässt sich übrigens gut daran erkennen, dass auch die Linken ihre Liebe zur Nationalmannschaft (wieder-)entdeckt haben und vermuten lassen, dass ihre Jahrzehnte lang demonstrativ gepflegte Abneigung gegen die schwarz-rot-goldene Auswahl und ihre Anhänger eine bloße Attitüde war, die aus einer unerfüllten Liebe infolge grausam anzusehender Länderspiele und sich übel benehmender Landsleute resultierte. In dem Maße, wie sie Europa gegen die USA und Israel in Stellung bringen und maßgeblich den postnazistischen „Nie-wieder-Konsens" befördert haben, haben sie auch die DFB-Kicker und vor allem ihren Trainer längst ins Herz geschlossen. Denn Klinsmann bringt so ziemlich alles mit, was des Linken Herz begehrt: Er ist nicht so bräsig

und peinlich wie etwa der von der verhassten *Bild-Zeitung* ursprünglich favorisierte Lothar Matthäus, sondern weigert sich, sein Privatleben in der Boulevardpresse auszubreiten; er kommt intellektuell rüber, spricht mehrere Sprachen und ist weltgewandt; er macht sich nicht mit dem grölenden Mob gemein, genießt aber trotzdem einen gewissen Kultstatus und hat als Bäcker sogar noch einen proletarischen Beruf erlernt. Selbst über die deutsche Geschichte macht Klinsmann sich Gedanken, und er weiß, was er beizeiten zu tun und zu sagen hat, wie etwa 1997, damals noch als Spieler, in der Gedenkstätte Yad Vashem - „Es kam das Gefühl von Verantwortung hoch, dass wir die Aufgabe haben, dabei mitzuhelfen, dass so etwas nie wieder passiert" - oder als Mitglied im Beirat des Vereins Für die Zukunft lernen – Verein zur Erhaltung der Kinderbaracke Auschwitz-Birkenau e.V.: „Die Konfrontation mit der Geschichte habe ich als Spieler der Deutschen Nationalmannschaft bei Länderspielen in Polen wie auch in Israel erlebt. Beide Begegnungen waren und sind für unsere Völkerverständigung von unschätzbarem Wert." Kurz: Klinsmann steht für das „bessere", das postnazistisch-geläuterte Deutschland.

Und er bekommt den verdienten publizistischen Flankenschutz von links. *11 Freunde* etwa – längst vom subkulturellen und durchaus kritischen Fanzine zum auflagenstarken Intellektuellen*kicker* aus dem Hause *Intro* aufgestiegen und zum Zugpferd der neuen Vierfarb-Fußball-Illustrierten avanciert – stimmt nach anfänglichen Zweifeln - „Endgültig diskreditiert hat sich Klinsmann jedoch durch seine Ankündigung, 2006 sei im eigenen Land durchaus der Weltmeister-Titel drin" - mittlerweile in die „Klinsmania" ein. Und ihr prominenter Kolumnist Christoph Biermann – außerdem für diverse Tageszeitungen sowie als Buchautor tätig – bekannte in der *Taz* freimütig, dass seine „Schwierigkeit, Anhänger der deutschen Fußball-Nationalmannschaft zu sein", eher eine Jugendsünde war: „Zur ordentlichen Biografie eines jungen Bundesrepublikaners der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts gehörte es (...) mit Deutschland und seinen kickenden Protagonisten zu brechen. Dazu brauchte man sich nicht einmal zu fragen, ob man nach Auschwitz noch ‚Deutschland vor, noch ein Tor!' rufen durfte, schließlich wurde im dunklen Zeitalter unter Jupp Derwall so schauderhaft Fußball gespielt, dass man sich leicht von Deutschland lossagen konnte." Doch Adorno ist sowieso schon lange tot und vergessen: „Im Laufe der Jahre entspannte sich meine Deutschlandphobie. Den Jubel über den WM-Sieg 1990 sah ich auch nicht als nationalistischen Ausbruch, sondern als Ausdruck einer neuen Feierkultur (!), auch gegen den EM-Sieg sechs Jahre später in England hatte ich nichts weiter einzuwenden." Und „seit Jürgen Klinsmann ordentlich durchgelüftet hat", sind auch die letzten Bedenken gewichen: „Zwar ist um ihn mitunter arg viel Sound of Neoliberalismus" – typisch amerikanisch eben –, „aber man kann ihn halt beim Wort nehmen und schauen, ob all die schwungvollen Vorgaben wirklich eingelöst werden oder nicht. Zuletzt hat die deutsche Mannschaft eher Spaß gemacht", selbst wenn „deutsche Länderspiele Versammlungen der Allerblödesten" seien, weil auf den Rängen „provinzielle Lethargie" herrsche und der Deutschlandfan „bespaßt", das heißt unterhalten werden wolle, was für einen wie Biermann offenbar besonders verwerflich ist, wenn es um Höheres und Wichtigeres geht – nämlich um Deutschland.

Jenseits solcher Bekenntnisse sorgen sich besonders engagierte Fans derweil darum, dass sie vom nationalen Projekt Weltmeisterschaft ausgeschlossen bleiben könnten. Das Bündnis Aktiver Fußball-Fans (BAFF) etwa freut sich zwar darüber, „zu einem viel gefragten Ansprechpartner für die Medien und staatliche Institutionen" geworden zu sein, beklagt aber eine schleichende Zerstörung des „Volkssports Fußball" im Allgemeinen und einer „gewachsenen Fankultur" im Besonderen durch „Kommerzialisierungswut", „Repression" und „Versitzplatzung": „Der Fußball verliert so seine Vielfalt und entwickelt sich Schritt um Schritt zum reinen Medienspektakel." Schuld daran hätten die „Seelenverkäufer in den Chefetagen", denen „das liebe Geld und der totale Kommerz zu Kopf gestiegen" seien. Konsequenter Weise versinnbildlicht das BAFF auf einem zum Verkauf angebotenen T-Shirt daher auch diese Feinde des Fußballs, die das schöne Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden" leider ad absurdum führen und das ganz große Volksfest sabotieren: Dominiert wird das Textil, dessen Aufmachung eine Verfremdung des offiziellen WM-Logos ist, durch einen behelmten Polizistenkopf und einen grimmig drein schauenden Anzugträger mit Zigarre, der der klassischen Darstellung des „Bonzen" auf linken Plakaten nachempfunden ist, während der „echte" Fan erfasst und hinter Gitter gesperrt wird.

Das Ganze atmet durchweg den Geist typischer *No Global*-Proteste. Man klagt über den Verlust eines vermeintlichen Biotops und fühlt sich von kafkaesken Bürokraten ums Vergnügen betrogen, obwohl man doch so konstruktive Vorschläge für das große Ganze macht und einfach nur dazu gehören will. Dass auch der Fußball längst ein lohnendes Marktsegment ist und daher kapitalistischer Rationalität folgt – mithin nun ein mal einen Teil des falschen Ganzen darstellt –, kommt dem BAFF nicht in den Sinn. Der berechtigte Ärger über exorbitant teure Eintrittskarten, eine absurde Datenerhebung und die peinliche Ticketvergabepraxis übersetzt sich stattdessen in eine Ressentiment geladene Attacke gegen „die da oben", die dem Volk absichtlich seinen Spaß verderben würden, das - nirgendwo verbriefte - „Recht auf Fußball" nähmen und lieber unter sich sein wollten.

Am Ende dürfte aber ausnahmsweise einmal Franz Beckenbauer Recht haben: „Entscheidend wird doch sein, wie das deutsche Team bei der WM abschneidet." Falls der – glücklicherweise ziemlich unwahrscheinliche – Fall eintreten sollte, dass dessen „Spielführer" - so heißt der Mannschaftskapitän in Deutschland sicher nicht zufällig ganz offiziell - den Pokal in den Berliner Nachthimmel stemmen darf, wird man landauf, landab Klinsmann als neue Lichtgestalt feiern und dankbar sein wie dereinst für die Care-Pakete. Andernfalls jedoch wird man ihn mit Schimpf und Schande davonjagen und sich als Opfer eines amerikanischen Luftikus fühlen, den man niemals hätte gewähren lassen dürfen. ■

Dogma 2005

Lars von Trier und Thomas Vinterberg sind die „Avantgarde für Vollidioten"

FELIX HEDDERICH

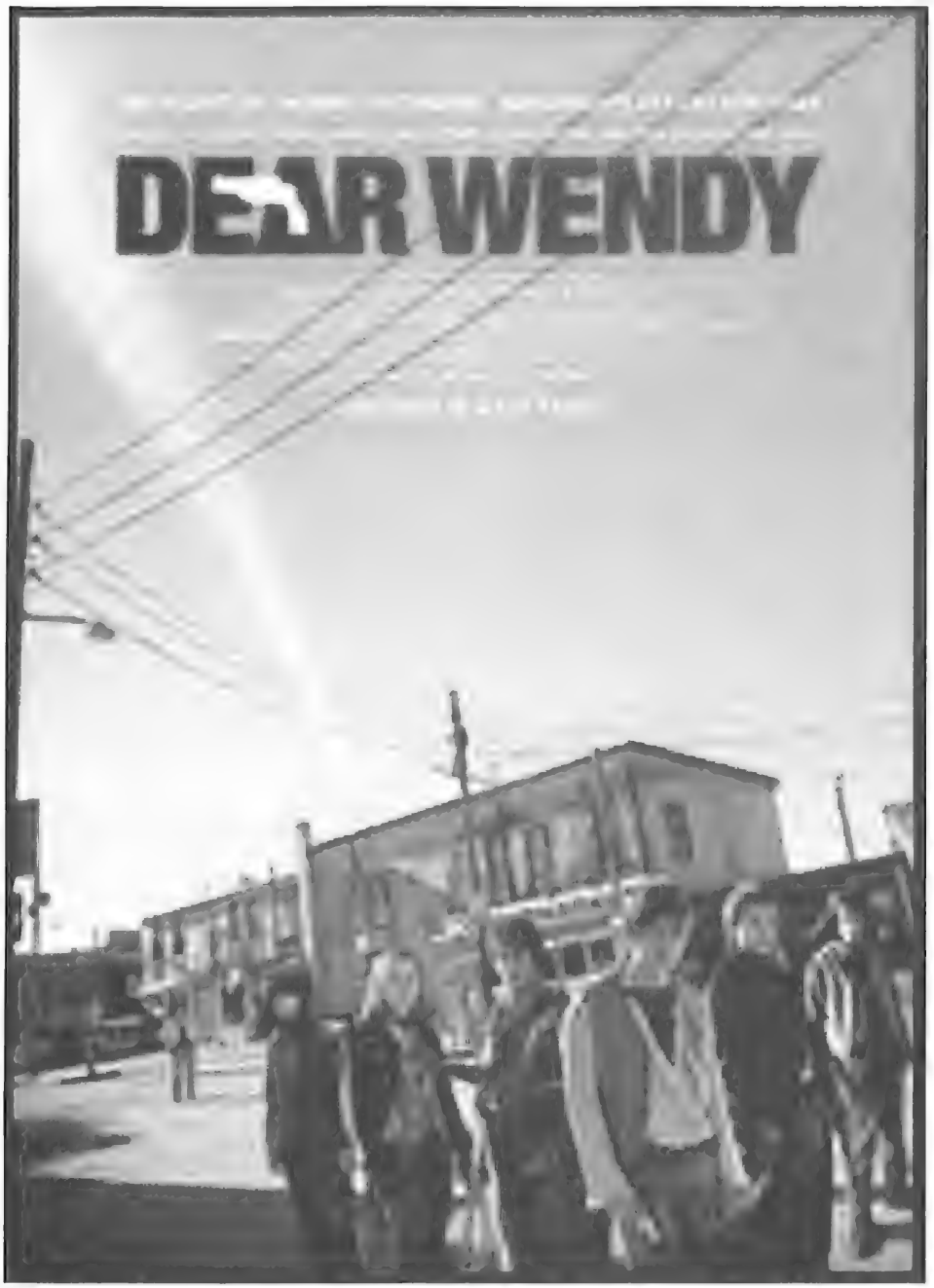
1995, zum hundertsten Geburtstag des Films, präsentierten die dänischen Regisseure Lars von Trier und Thomas Vinterberg in Cannes publikumswirksam ihr Dogma95-Manifest und lösten damit - vor allem unter europäischen Filmemachern - einen regelrechten Hype aus. Dogma95, als „Rettungsaktion" des Kinos konzipiert und als Befreiungsschlag des europäischen Kinos rezipiert, hatte mit filmischen Freiheiten von vornherein allerdings nur wenig zu tun, richtete sich das Manifest doch bereits in den ersten Sätzen gegen die Freiheit und Individualität der Filmschaffenden: „Für Dogma95 ist Kino nicht individuell!" Der individuelle Film sei nämlich per se dekadent und nicht dazu fähig, Änderungen im Filmbetrieb herbeizuführen. Die Avantgarde, forderten von Trier und Vinterberg, solle ihren Namen ernst nehmen und sich auf den ursprünglichen Kontext des Wortes besinnen. Da das Wort dem französischen Militär entlehnt ist, dürfe der Film als avantgardistische Kunst nicht individuell sondern müsse – ganz im Gegenteil - uniformiert sein. Jeglicher Individualität entkleidet hören die Dogma95-Filme, die wie ein Ei dem andern gleichen, eher auf Kunst zu sein, als dass sie ihre Künstlichkeit abstreifen. „Ich bin kein Künstler mehr" lautete folgerichtig der Schwur, den von Trier und Vinterberg am Ende des Manifestes ablegten. „Die Vorhersehbarkeit (Dramaturgie) ist zum golden Kalb geworden, um das wir tanzen." Zur zukünftigen Verhinderung oberflächlicher Filme lagen dem Manifest deshalb gleich „zehn Gebote" bei. Ein „unangreifbares" Regelwerk mit dem pragmatischen Titel *Keuschheitsgelübde (Vow of Chestity)*, an das sich jeder Regisseur, der sich auf die Dogma-Idee einließe, streng zu halten habe: Ausschließliches Drehen mit digitalen Handkameras an Originalschauplätzen ohne Requisiten, Stative, Beleuchtung und nachträgliche Bearbeitung des Ton- und Bildmaterials. Der Anarchismus, den viele Linke in der Dogma95-Bewegung zu erkennen glaubten, war daher nichts als pure Illusion – also genau das, was die dänischen Regisseure am Studiokino amerikanischer Prägung als Betrug am Publikum brandmarkten und sich deshalb berufen sahen, dem „amerikanischen Kulturimport" mit Aufrichtigkeit, Wahrheit und Ehrlichkeit entgegenzutreten.

2005, zehn Jahre nach der Veröffentlichung des Dogma95-Manifestes, haben Lars von Trier und Thomas Vinterberg einen gänzlich anderen Weg eingeschlagen, um ihre Filme gegen die „Künstlichkeit" hollywoodscher Machart in Szene zu setzen. Auf der Suche nach der Wahrhaftigkeit des Kinos arbeiten sie nun verstärkt mit renommierten Hollywood-Schauspielern zusammen und versuchen mit ihren Filmen Hollywood einen Spiegel vorzuhalten. Sie versuchen nicht mehr die Grenzen zwischen Schein und Sein bis zur Unkenntlichkeit zu verwischen, sondern setzen jetzt bewusst auf eine nicht-realistische, theatralische Inszenierung. Bei Lars von Trier, der ausschließlich mit spärlichen Requisiten und Grundrissen arbeitet, tritt dies am deutlichsten zu Tage. Vor allem aber hat sich das latent antiamerikanische Dogma von der Form auf den Inhalt verlagert und manifestierte sich Ende 2005 in gleich zwei Kinofilmen: *Dear Wendy* von Thomas Vinterberg und Lars von Triers *Manderlay*.

Vinterberg war es, der mit *Das Fest* 1998 den ersten nach Dogma-Regeln gedrehten Film zur Aufführung brachte. Sein neuer Film *Dear Wendy*, nach dem Drehbuch Lars von Triers, ist eine mehr als deutliche Abkehr von den alten Prinzipien. Schrieb das sechste Gebot des „Keuschheitsgelübdes" noch vor, „Morde, Waffen etc. dürfen nicht auftauchen", mangelt es daran in *Dear Wendy* nicht, schließlich thematisiert der Film das Verhältnis der Amerikaner zu ihren Waffen. Inspiriert, das Script zu verfilmen, wurde Vinterberg unter anderem durch das Massaker an der Columbine Highschool in Colorado, das auch schon Michael Moore zu seinem Pseudo-Dokumentarfilm *Bowling for Columbine* anregte.

Vinterberg und von Trier präsentieren im Film die Idee eines bewaffneten Pazifismus. Die Hauptfigur Dick - nur einer der Verlierer der Kleinstadt Estherslope - hat keine Lust, wie all die anderen Bewohner sein Leben als Minenarbeiter zu fristen und beginnt im Geschäft von Herrn Salomon zu arbeiten. Dass der Ladenbesitzer - neben dem Sheriff, der von Bill Pullman gespielt wird, als wäre er direkt aus einem Wildwest-Comic entsprungen - als einziger Erwachsener, der nicht in der Kohlemine arbeitet, einen jüdischen Namen trägt, kann kein Zufall sein. Ein Händler und Ausbeuter, der die harte Arbeit in der Mine scheut – das muss, vom Standpunkt eines Antisemiten betrachtet, ein Jude sein. Hinzu kommt, dass Salomon auch noch eine Paranoia vor gewalttätigen Gangs, die es in dem verschlafenen Städtchen offensichtlich nicht gibt, angedichtet wird. Beschreibt von Trier hier etwa die nach dem 11. September durchaus berechtigte Angst der

Amerikaner vor Terroristen als bloße Paranoia vor einem Gespenst, das gar nicht existiert? Und will er mit der Figur des Salomon darauf verweisen, dass diese Paranoia von den amerikanischen Juden ausgeht?



Filmplakat von Dear Wendy

Dick jedenfalls erwirbt eines Tages zufällig eine Waffe, die er naiver Weise für eine Spielzeugwaffe hält. Als er erfährt, dass es sich bei dem Spielzeug um einen echten Revolver handelt - eine „Damenwaffe" zwar, aber immerhin eine Waffe - tauft er diese auf den Namen Wendy. Mit seinem besten Freund Stevie gründet er die „Dandies", eine Art Geheimbund, der ausschließlich aus den jugendlichen Verlierern der Stadt besteht und sich den Gebrauch von Schussfeuerwaffen als „moralischen Beistand" aneignet. Nicht zum Töten natürlich, denn der wirkliche Gebrauch der Waffen ist ein Tabu, das von keinem der Dandies in Frage gestellt wird. Das Wort „Töten" wird kurzerhand aus dem Sprachgebrauch gestrichen und durch sein Gegenteil, das „Lieben", ersetzt. Die Parallelen zur europäischen Vorstellung von Interventionstruppen, die in Krisenherden stationiert werden, aber ihre Waffen bloß zur „Abschreckung" tragen und auf diese Weise „humanitär" und keineswegs kriegstreiberisch handeln, drängen sich automatisch auf. Hier das pazifistische und um „Völkerverständigung" bemühte Europa, dort das kriegslüsterne und schießwütige Amerika, das die Welt in den Abgrund reißen will. Doch im Film verkehrt sich dieser Dualismus auf eigentümliche Weise. Als Sebastian zu der Truppe stößt, ein Schwarzer, der bis zum großen Showdown am Ende des Films der einzige Kriminelle des Dorfes ist, verwandeln sich die pazifistischen Dandies in Killer. Doch es ist nicht Europa, das hier ins Visier der Kritik gezerrt wird, sondern es handelt sich um den alten Vorwurf der Verschleierung des wahren Charakters Amerikas. Im wilden Geballer kommt das eigentliche Wesen der Amerikaner zum Vorschein - die zivilisatorische Hülle fällt.

Um diese ressentimentgeladene Skizze der amerikanischen Gesellschaft abzumildern, hilft es auch wenig, die Protagonisten als Underdogs darzustellen - „Sie sind enttäuscht über die Situation, in die sie von ihrer Umwelt gebracht wurden. Einem fehlt ein Bein, ein anderer ist Schwarzer, eine andere ist ein Mädchen, das nicht den Rollen-Klischees entsprechen will." (Thomas Vinterberg im Interview mit der *StadtRevue*, 10/2005) - denn gerade hierin findet sich die Wahnwelt des Antiamerikanismus wieder: Die USA sind eine Gesellschaft der Underdogs, „ein Land der Millionäre, Gangster, gedungener Mörder, Schönheitskönigginnen, der dümmlichen Schallplatten und des schlechten Geschmacks" (Adolf Hitler). Ein hinterhältiger Sheriff, ein krimineller Schwarzer, ein paranoider Jude – das sind Vinterbergs Figuren, die auf dem sehr begrenzten Raum des Filmsets agieren, das mit dem grundrisshaften Theaterbühnenkino Lars von Triers eng verwandt ist. Vinterberg und von Trier zeigen ein „europäisches Klischee-Amerika" (*Freitag*, 07.10.2005), das sicherlich noch krasser ausgefallen wäre, hätte Vinterberg von Triers Drehbuch nicht mehrere Male überarbeitet und viele Verweise auf Ame-

rika aus dem Script geworfen.

Bleiben Thomas Vinterbergs Äußerungen in Interviews zum Thema Amerika eher vage, wenn er zum Beispiel von der anglophilen Durchdringung des europäischen Blicks spricht (*Jungle World*, 05.10.2005), so stellt sich Lars von Trier da schon viel deutlicher als Antiamerikaner dar. Und das sowohl durch seine Filme als auch durch seine Statements. Sein Amerikabild ist das eines Europäers, der noch nie in Amerika war, und „noch nicht einmal davon träum(t), einen Fuß in eine der amerikanischen Großstädte zu setzen." (*Die Zeit*, 23.10.2003). Das hat Lars von Trier schon des Öfteren den Vergleich zu Karl May eingebracht, der seine aus Europa gestellten Diagnosen über Amerika ja ebenfalls in zahlreichen antiamerikanischen Ergüssen unters Volk brachte. Wie Amerika aussieht, wisse von Trier schließlich auch so. Denn: „Amerika, so höhnt der Däne, ist längst überall." (*Die Welt*, 10.11.2005)

Schon nach seinem ersten Dogma-Film „Idioten" von 1998 begann von Trier mit dem „Keuschheitsgelübde" von Dogma95, beziehungsweise mit dessen zweitem Punkt - „Musik darf nur verwendet werden, wenn sie in der Szene auftaucht" - zu brechen: Das tat er mit dem Musical *Dancer In The Dark*, das er mit der isländischen Sängerin Björk in der Hauptrolle besetzte. Mit diesem Film begann auch von Triers inhaltliche Auseinandersetzung mit Amerika. Der erste Punkt an dem sich von Trier hier abarbeitete war die Todesstrafe. Die Darstellung des amerikanischen Justizsystems, bei dem sich der Regisseur mehr von seinen Ressentiments als von der Realität leiten ließ, brachte ihm zu Recht die Schelte vieler amerikanischer Filmkritiker ein. Während der Dreharbeiten kam es zum Streit zwischen Björk und von Trier, da sich die Sängerin nicht ohne weiteres in das Frauenbild des Regisseurs fügen wollte, das neben dem Antiamerikanismus vielleicht die größte Gemeinsamkeit der von Trier-Filme der letzten zehn Jahre ist: „In jedem der (...) Filme steht eine tragische Frauengestalt im Mittelpunkt, die sich für andere aufopfert und deren Liebe nicht davon abhängt wie sie - vom Schicksal oder von den Menschen - behandelt wird." (Lars von Trier im Interview mit *Spiegel online*) Mit von Triers Amerika-Bild scheint Björk hingegen keine Probleme gehabt zu haben. Im März 2005 gab sie dem *Observer* ein Interview, in dem sie T-Shirts und Jeans verdammte, da sie – „wie Coca Cola trinken" – ein Symbol des „weißen, amerikanischen Imperialismus" seien.

Mit *Dogville* startete von Trier dann 2003 die auf drei Teile angelegte Reihe *America – Land of Opportunities*. Dogville, ein imaginärer Ort in den Rocky Mountains, dient als Austragungsort von Ausbeutung, Erniedrigung und Macht. Die Zeitschrift *Variety* interpretierte den Film als „ideologisch apokalyptischen Rundumschlag gegen die amerikanischen Werte". 2004 erhielt von Trier dann für seine „Avantgarde für Vollidioten" (*FAZ*, 9.11.2005) den deutschen Konrad-Wolf-Filmpreis. Mit *Manderlay* geht die Amerika-Trilogie jetzt in die zweite Runde und wird, wenn von Trier will, 2007 mit *Washington* abgeschlossen. Der Lieblingsfeind von Triers ist – und damit trägt der dänische Regisseur den Titel „(Michael) Moore des Spielfilms" (*Die Welt*, 10.11.2005) nicht zu unrecht – George W. Bush. Mal beschimpft er diesen bloß plump als „Arschloch", mal frotzelt er: „Ich glaube er ist in Condoleeza Rice verliebt. Und er träumt davon, von ihr ausgepeitscht zu werden." (*Jungle World*, 16.11.2005). Das Auspeitschen als Sinnbild für die Sklaverei ist auch Dreh- und Angelpunkt von *Manderlay*. Der in acht Akte unterteilte Film beginnt damit, dass die Hauptfigur Grace von Dogville nach Alabama kommt und in Manderlay Zeugin davon wird, wie der Schwarze Timothy ausgepeitscht werden soll. Obwohl die Sklaverei in Amerika mit dem Ende des Bürgerkriegs 1865 abgeschafft wurde, besteht sie in Manderlay auch 70 Jahre später fort. Die folgenden zwei Stunden handeln davon, wie Grace die Schwarzen aus der Sklaverei befreit, diese mit den neuen demokratischen Werten nichts anzufangen wissen und stattdessen ihr altes Leben in der Sklaverei zurückfordern. Am Ende schließt sich der Kreis und Grace, die antrat, die Sklaverei abzuschaffen, ist es nun selbst, die die Peitsche gegen Timothy erhebt.

„Für Lars von Trier führt eine direkte Linie von Manderlay in den Irak" (FAZ, 09.11.2005): Die Iraker, die durch den Krieg der US-Army von der Unterdrükkung des Baath-Regimes befreit wurden, so will von Trier den Kinozuschauer glauben machen, können mit der amerikanischen Demokratie eigentlich gar nichts anfangen und wünschen sich die alten Zustände unter Saddam Hussein zurück. Und George W. Bush, der Mann, der ihnen die Freiheit brachte, ist eigentlich selbst der neue Diktator. Manderlay, so schließt der Off-Sprecher in Lars von Triers Amerika-Erzählung, ist ein Ort „the world would be better off without". Der Abspann des Films zeigt dann, wie schon im Vorgänger *Dogville*, Fotografien des Dänen Jacob Holdt aus dem von ihm 1978 veröffentlichten Fotoband *American Pictures*. Die Bilder porträtieren den Rassismus in Amerika, zeigen den Ku-Klux-Klan, amerikanische Nazis und dazwischen, zur Textzeile „Do you remember president Nixon?" aus dem David Bowie-Song „Young Americans", mit dem der Abspann unterlegt ist, ein Bild von – wie sollte es auch anders sein – George W. Bush.

Lars von Trier freut sich schon auf die Kritik des amerikanischen Publikums: „Ich stelle mir eine Verbrüderung zwischen dem Ku-Klux-Clan und den Farbigen vor. Beide werden große Lust haben, mich totzuschlagen." (*FAZ.NET*)■

Dear Wendy, 2005, 105 min. Regie: Thomas Vinterberg. Buch: Lars von Trier. Darsteller: Jamie Bell, Bill Pullman, Danso Gordon u.a.

Manderlay, 2005, 139 min. Regie: Lars von Trier. Buch: Lars von Trier. Darsteller: Bryce Dallas Howard, Willem Dafoe, Isaach De Bankolé u.a.

Alle Zitate sind aus dem Dogma95-Manifest auf: http://www.revolver-film.de/Inhalte/rev1/html/Dogma95.html

Das englische Original findet sich auf der offiziellen Dogma-Homepage: http://www.dogme95.dk

Termine

Dienstag, 31. Januar
Suicide Attack
Zur Kritik der politischen Gewalt
Buchvorstellung und Diskussion mit Gerhard Scheit
HundertMeister, Duisburg, 20 Uhr.
Veranstalter: Antifa 3D Duisburg.

Mittwoch, 1. Februar
Der neue Behemoth und die alten Grenzen des Liberalismus
Vortrag und Diskussion mit Gerhard Scheit
Mensa der Uni Bonn, Carl-Duisberg-Zimmer, Nassestraße 11, Bonn, 19.30 Uhr.
Veranstalter: Bonner Bündnis/ Berliner Verhältnisse (BB/BV), Georg-Weerth-Gesellschaft Köln, Gruppe Casablanca, unterstützt vom Referat für politische Bildung des AStA der Uni Bonn.

Donnerstag, 2. Februar
Hass auf die Juden als Bereitschaft zum Opfer
Über den Antisemitismus
Vortrag von Gerhard Scheit
Stadtbibliothek Frankfurt, 19.30 Uhr.

Samstag, 4. Februar
Für Israel - Gegen den antisemitischen Wahn
Demonstration
Dellplatz, Duisburg, 15 Uhr.
Veranstalter: Freunde Israels NRW.

Dienstag, 7. Februar
Die friedfertige Antisemitin?
Kritische Theorie über Geschlechterverhältnis und Antisemitismus
Vortrag und Diskussion mit Ljiljana Radonic
Jos Fritz-Café, Willhelmstr. 15, Freiburg, 20 Uhr.
Veranstalter: ISF Freiburg.

Mittwoch, 8. Februar
Die kollektive Unschuld
Wie der Dresden-Schwindel zum nationalen Opfermythos wurde
Buchvorstellung von Gunnar Schubert
SO 36, Oranienstr. 190, Berlin, 20 Uhr.
Veranstalter: Desperados Berlin.

Falsches Denken im falschen Ganzen
Über Antiamerikanismus und Antizionismus
Vortrag und Diskussion mit Fabian Kettner
Club Courage, Friedensstraße 42, Münster, 20 Uhr.
Veranstalter: Offene Antifa Münster.

Donnerstag, 9. Februar
Amerika, dich hasst's sich besser - Antiamerikanismus in der Globalisierungsbewegung
Vortrag von Lars Rensmann
Uni Mainz, 18 Uhr.
Veranstalter: AStA Uni Mainz - Referat für politische Bildung.

Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus
Vortrag von Wolfgang Kraushaar
Vortragssaal der VHS Duisburg, König-Heinrich-Platz, Duisburg (Nähe Hauptbahnhof), 19.30 Uhr.
Veranstalter: DIG - Jugendforum Rhein Ruhr.

Samstag, 11. Februar
Skaturday Night
Ska – D - Lite (Leiden NL)
anschl. Ska`n`Soul Nighter mit DJ Mr. Trojan und Prof. Andi
Ska, Nothern Soul, Rocksteady - Cocktailbar.
Druckluft Oberhausen, ab 20.00 Uhr, Eintritt € 6.
Veranstalter: Antifa 3D Duisburg.

Dienstag, 21. Februar
Marx und Adorno: Kritik als Darstellung
Vortrag und Diskussion mit Hans-Georg Backhaus
Jos Fritz-Café, Wilhelmstr.15, 20 Uhr.
Veranstalter: ISF Freiburg.

Donnerstag, 23. Februar
Zurück zum Glück
Eigentlichkeit als Marktvorteil oder: Was ist Deutsch-Pop?
Vortrag und Diskussion mit Philipp Lenhard (Redaktion Prodomo)
HundertMeister, Duisburg, 20 Uhr.
Veranstalter: Antifa 3D Duisburg.

Samstag, 25. Februar
Textkritik
Moishe Postone: Antisemitismus und Nationalsozialismus
Büro der ISF, Wilhelmstr. 15, 15-18 Uhr.
Veranstalter: ISF Freiburg.

Samstag, 11. März
Skaturday Night
Skapiche (NL) angefragt
anschl. Ska`n`Soul Nighter mit DJ Mr. Trojan und Prof. Andi
Ska, Nothern Soul, Rocksteady - Cocktailbar.
Druckluft Oberhausen, ab 20 Uhr, Eintritt € 6.
Veranstalter: Antifa 3D Duisburg.

Sonntag, 12. März
Israelsolidarität und Kritik der politischen Ökonomie
Vortrag von Stephan Grigat
Jugendclub Bureau, Hafnersgraben 9, Sulzbach-Rosenberg, 19.30 Uhr.
Veranstalter: Jugendclub Bureau.

Montag, 13. März
Beethoven und die französische Revolution
Vortrag von Clemens Nachtmann
Moderation: Gerhard Scheit
Österreichische Gesellschaft für Musik, Hanuschgasse 3, Wien, 3. Stock.
Veranstalter: Café Critique, Stv Politikwissenschaft, Österreichische Gesellschaft für Musik.

Samstag, 18. März
Die kollektive Unschuld
Wie der Dresden-Schwindel zum nationalen Opfermythos wurde
Buchvorstellung von Gunnar Schubert
Im Anschluss Aftershowdisko mit britischer und amerikanischer Populärmusik der letzten 61 Jahre.
Conne Island, Koburger Straße 3, Leipzig, 20 Uhr.

Samstag, 8. April
Skaturday Night
Frau Doktor (Wiesbaden)
anschl. Ska`n`Soul Nighter mit DJ Mr. Trojan und Prof. Andi
Ska, Nothern Soul, Rocksteady - Cocktailbar.
Druckluft Oberhausen, ab 20 Uhr, Eintritt € 7.
Veranstalter: Antifa 3D Duisburg.

anzeige

Impressum

Prodomo e.V., Postfach 30 10 22, 50780 Köln
Telefon/Fax: (0221)5894381

E-Mail: redaktion@prodomo-online.org
anzeigen@prodomo-online.org
vertrieb@prodomo-online.org

Website: www.prodomo-online.org

Vereinsnummer: 14888
Amtsgericht: Köln
1. Vorsitzender: B. Assion

Verantwortlicher i.S.v. § 10 MDStV: B. Assion

Prodomo erscheint im Selbstverlag, Hrsg.: B. Assion

Einzelheft- und Abobestellung

Wir versenden die aktuelle Ausgabe zum Preis von € 4 zuzüglich € 1 Versandkosten, jede noch lieferbare ältere Ausgabe zum Preis von € 3 zuzüglich € 1 Versandkosten überallhin, auch in das nichteuropäische Ausland.

Die Bestellung können Sie entweder per Post (die Anschrift ist im Impressum zu finden), oder per Email an vertrieb@prodomo-online.org übermitteln. Die Zahlung können Sie per Überweisung auf unser Konto (siehe unten) tätigen, oder entweder einen Verrechnungsscheck, oder den Gegenwert der Bestellung in Briefmarken an unsere Postadresse schicken. Der Versand erfolgt nach Zahlungseingang.

Abonnement

Das Jahresabonnement* kostet € 16 für vier Ausgaben inklusive Versandkosten. Die Bestellung ist auch hier per Post, oder per Email an vertrieb@prodomo-online.org möglich.

Förderabonnement + Prämie

Das Förderabonnement* kostet € 24 für vier Ausgaben inklusive Versandkosten. Außerdem erhalten Sie mit der ersten Ausgabe eine der aktuell angebotenen Abopräämien nach Wahl. Diese können sie auf unserer Website finden oder telefonisch bzw. via Email erfragen. Die Bestellung ist wiederum per Post, oder per Email an vertrieb@prodomo-online.org möglich.

Auslandsabonnement

Für ein Auslandsabonnement* gelten die gleichen Preise und Konditionen, wie für das normale Jahres- bzw. Förderabonnement.

Bankverbindung

Prodomo e.V.
Kölner Bank
KTO: 929 361 008
BLZ: 371 600 87
IBAN: DE54 3716 0087 0929 3610 08
BIC: KOLNDE33XXX

Das Kleingedruckte

* Der Gesamtbetrag ist im Voraus zu zahlen. Sollten keine anderen Angaben gemacht werden, beginnt das Abonnement mit der jeweils nächsten Ausgabe. Die Kündigung ist jederzeit mit einer Frist von zwei Wochen schriftlich, oder per Email möglich; bei Kündigung vor Ablauf eines Jahres werden für bereits bezahlte, aber nicht gelieferte Ausgaben je € 4 erstattet. Das Abonnement kann innerhalb von zwei Wochen widerrufen werden.

Alle Preise verstehen sich inklusive Mwst.

Die nächste Ausgabe erscheint im Mai 2006.

SATZ LESEN!

PROBEABO

☐ **Ich möchte die Wochenzeitung *Jungle World* fünf Wochen lang für zehn Euro testen. Ich lege zehn Euro in bar oder als Verrechnungsscheck bei. Das Probe-Abo gilt für fünf Wochen, es verlängert sich nicht automatisch.**

Datum, Unterschrift

Das Probe-Abo geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel (für evtl. Rückfragen)

Ausfüllen und einschicken an: Jungle World · Bergmannstr. 68 · 10961 Berlin